

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Krieg oder nicht Krieg?

Geschichte wiederholt sich nicht, Klasseninteressen aber bleiben konstant. Das gilt auch für den deutschen Imperialismus. Vor allem mit Hilfe der USA wurde er nach 1945 in der BRD wieder auf die Beine gestellt. Denn die von den Westmächten z. B. im Münchner Abkommen von 1938 gestützte Mission Adolf Hitlers, die Sowjetunion sowie Ost- und Südosteuropa zu kolonisieren, war nicht erfüllt. Vielmehr stand die Rote Armee an der Elbe

einige doch lieber eine eigene deutsche Atom-bombe. Trumps nationalsoziales Programm zur Belebung der US-Industrie schafft zusätzliche Probleme.

Auch in der Bundesrepublik hat sich eine nationalsoziale Fraktion, die früher zu CDU und CSU gehörte, in der AfD selbständig gemacht. Ihre Propagandalüge, die Bundesrepublik zahle für alles Elend der Welt und erleide durch Einwanderung den „Volkstod“, mobi-

ganzen Wucht der NATO zu tun bekommt.“ Die Wucht sieht beim geplanten Manöver an der russischen Grenze so aus: „Rund 33 000 Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Lastwagen, Jeeps und Material-Container, von denen zwei Drittel ebenfalls über den Atlantik verschifft werden.“ So liest sich Größenwahn.

Faschisten, die noch nicht an der Macht sind, müssen ihre Abhängigkeit von der Bourgeoisie verdecken. Ein erprobtes Mittel ist die Spaltung der Arbeiterbewegung und aller Friedenskräfte durch Rassenwahn und Nationalismus. Die Großbourgeoisie ist es gewohnt, die eigenen Interessen dagegen vergleichsweise klar zu formulieren, läßt aber Rassisten und Hetzer gern gewähren. Die kämpfen nicht um höhere Löhne und um die Macht.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber die Stoßrichtung nach Osten, die Jagd unter Migranten und Linken auf der Suche nach Sündenböcken für Mißstände sind geblieben. Die Strategen gehen längst anderen Fragen nach: Krieg oder nicht Krieg?

Arnold Schözel



US-Panzer nahe der litauisch-belorussischen Grenze

und machte den Weg frei für den ersten deutschen Friedensstaat. Die Westalliierten und ihr Bundeskanzler Konrad Adenauer erhoben zur außenpolitischen Doktrin: Erst wenn die UdSSR auf die Grenzen von 1939 zurückgeht, kann uns ganz Deutschland gehören.

Die Konterrevolution in der DDR und die Zugeständnisse Michail Gorbatschows an den Westen erfüllten 1990 diese Vorbedingungen. Seitdem hat sich aber das Verhältnis von deutschem und US-Imperialismus geändert: Elemente der Konkurrenz treten deutlich neben die der Kooperation. Die überwiegt in den gemeinsamen Kriegen wie im Nahen Osten beim Versuch, Syrien zu zerstückeln, oder bei den Sanktionen, um Venezuelas sozialistische Regierung zu erwürgen, oder denen gegen Rußland, Kuba und andere unbotmäßige Länder. Die Konkurrenz begann mit dem deutschen Vorpreschen bei der Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens 1991. Heute möchten die USA erneut einen „begrenzten“ Atomkrieg gegen Rußland führen können, was selbst der deutschen Großmannssucht nicht paßt. Deutschland wäre Schlachtfeld. Da hätten

lisiert bundesweit bis zu 25 Prozent der Wähler. Nazis verstecken sich längst nicht mehr nur in der Anonymität des Internet, sondern zeigen sich demonstrativ im Alltag wie in Parlamenten.

Die deutsche Großbourgeoisie hat vorläufig ein taktisches Verhältnis zu ihnen. Sie schwankt zwischen transatlantischem Treuebekenntnis und Unterordnung unter Washingtons Wünsche einschließlich Kriegsvorbereitung gegen Rußland und der Gier nach Profit auf dem russischen Markt.

Ein Beispiel für erstere Haltung: Die FAZ veröffentlichte am 1. November einen Artikel unter der Überschrift „Zur Abwehr bereit“. In der Unterzeile heißt es: „Das amerikanische Heer verlegt im nächsten Frühjahr Tausende Soldaten zum Manöver nach Europa. Rußland soll wissen: Wir wollen und wir können noch.“ Der Text liest sich nicht nur wie seinerzeit „Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt“, es ist auch so gemeint. Kostprobe: „Jeder Angreifer, gemeint sind hier natürlich russische Verbände, soll wissen, daß man es beim Angriff auf einzelne Truppenteile des Bündnisses alsbald mit der

Aus dem Inhalt



Antikommunismus als Staatsdoktrin	2
Sevim Dagdelen: Jenseits des Friedens	3
Ein fast vergessenes israelisches Verbrechen	7
Nachlese zu den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen	8
Thüringer Wahlabend	9
Kapitalismus zerstört und tötet	10
Karl Marx und die Philosophie	12
Das Gift des Hasses	14
Der faschistische Anschlag von Halle	15
Europaparlament entlastet Nazideutschland	16
Die drei Freunde – ein Weihnachtsmärchen	17
„Ein reines Geistwesen“	18
Rudi Kurz: Habemus papam	19
K. Deschner: Alternative für Weihnachten	20
Wilhelm Pieck und die Aktionseinheit	21
Niklas Frank über die Rhetorik der AfD	23
Das Spremberger Kinderheim und der Partisan	24
Die DDR stand an der Seite Afghanistans	25
„Erinnerungsbibliothek DDR“ aufgelöst	28
Samir Amin: Eurozentrismus	30
„RotFuchs“-Veranstaltungen im Dezember	32
Leserbriefe	33

Antikommunismus als Staatsdoktrin

Wer die letzten dreißig Jahre genau verfolgte, konnte feststellen: Die mit über vier Milliarden Euro (manche sprechen sogar von sechs Milliarden) an Steuergeldern gefütterten Akteure der „DDR-Aufarbeitungsindustrie“ konzentrierten sich überwiegend auf die 80er Jahre. Doch wer die Geschichte beider deutscher Staaten verstehen will, muß sich mit den Anfängen (auch mit denen im Westen!) befassen. Auf keinen Fall darf die Zeit nach der Befreiung bis zum November 1989 außer acht gelassen werden. Die menschenverachtende Politik aller westdeutschen und Westberliner Regierungen und der Westalliierten gegen die Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone und der DDR muß mit aufgearbeitet werden.

Was sich nach der Befreiung in den Westsektoren Berlins zugetragen hat, schildert der Zeitzeuge Arthur D. Kahn, der an verantwortlicher Stelle in der US-Militärregierung in Deutschland arbeitete, in seinem Buch „Offiziere, Kardinal und Konzerne. Ein Amerikaner über Deutschland“, erschienen im Verlag der Nation, Berlin 1963.

Am 3. April 1946 gab Oberstleutnant Swoboda, der Vorsitzende des Militärgerichts, zwei Kommunisten und Antinazis, von denen der eine zehn Jahre in Nazigefängnissen und Konzentrationslagern zugebracht hatte, eine Lektion in Demokratie. Swoboda war der Mann, der die Hauptverantwortung dafür trug, daß vor anderthalb Jahren in Aachen, der ersten deutschen Stadt, die wir eroberten, Nazis und Nazianhänger in administrative Posten eingesetzt wurden. Streng dienstlich erklärte er: „Nach geheimer Beratung verurteilt das Gericht Sie, Gerhard Jurr, und Sie, Wilhelm Kammermeier, zu fünf Jahren Gefängnis.“

Der Staatsanwalt hatte erklärt, das Urteil betreffe „nicht so sehr den zur Verhandlung stehenden Fall; es gehe vielmehr darum, für die deutsche Öffentlichkeit ein Exempel zu statuieren“. Faktisch war es eine Hexenverfolgung, ähnlich wie die Prozesse gegen Sacco und Vanzetti und andere Justizverbrechen. Es gab kaum eine juristische Begründung für den Fall. Hauptmann Kent, ein Offizier der Militärregierung in dem Berliner Stadtteil Schöneberg, hatte die beiden Kommunisten verhaftet, weil sie Flugblätter verteilt hatten, durch die angeblich ein Druck auf Regierungsstellen ausgeübt wurde und die eine Einmischung in die Funktionen der Militärregierung darstellten. Es war jedoch lediglich ein Exemplar des Flugblattes „verteilt“ worden; der Text enthielt auch keinerlei „Einmischung“ in die Angelegenheiten der Militärregierung.

Fünf Jahre Kerker zur „Statuierung eines Exempels“ sind eine lange Zeit für einen Mann, der gerade zehn Jahre in Nazi-Zuchthäusern gegessen hat (das Gericht weigerte sich, die antifaschistische Aktivität der beiden Angeklagten zu berücksichtigen). Man kann das schreiende Unrecht in diesem Fall erst voll ermessen, wenn man bedenkt, daß die „christlichen“ und „konservativen“ Politiker, die Rebellion predigen, die Entnazifizierung sowie die Lebensmittelversorgung sabotieren und zum Krieg gegen die

Sowjetunion aufrufen, unbestraft bleiben und in der amerikanischen Zone sogar mit höchsten Posten belohnt werden.

Zwar entspricht unser Antagonismus den Kommunisten gegenüber unserer allgemeinen Besatzungspolitik; dennoch ist es erstaunlich, wie die antikommunistische Hysterie ohne offizielle Direktive fast jeden in der Militärregierung erfaßte. Natürlich gab es Ausnahmen, besonders 1945, als man häufig von Offizieren der Militärregierung hören konnte: „Die Kommunisten arbeiten wirklich angestrengt. Wenn man ihnen einen Auftrag gibt, kann man sicher sein, daß er ausgeführt wird.“ Ich erinnere mich, daß ein Offizier der Militärregierung in Stuttgart erklärte, er würde, wenn er Deutscher wäre, bestimmt die Kommunistische Partei wählen, denn nur sie habe ein klares und bestimmtes Programm. Ich glaube, kein Offizier der Militärregierung, selbst nicht solche, die Angst vor der „roten Gefahr“ haben, wird bestreiten wollen, daß die Politik der Kommunisten in der amerikanischen Zone mit dem Potsdamer Abkommen im Einklang steht und daß sie von Anfang an ihre völlige Bereitschaft bekundeten, mit der Militärregierung bei der Verwirklichung unserer ursprünglichen Ziele zusammenzuarbeiten. (...)

Diese Versuche, bei der Durchführung der Potsdamer Direktiven mitzuwirken, sind der Hauptgrund für die gegenwärtige hysterische Hetzjagd auf Kommunisten in der amerikanischen Zone. Wie mir ein leitender Funktionär der deutschen Kommunistischen Partei Ende 1946 schrieb, wurde die Hetze gegen die Kommunisten – anderthalb Jahre nach dem VE-Tag [Victory in Europe Day / Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus] – böserartiger und intensiver als je durchgeführt. Alle, die eine durchgreifende, längst überfällige Bodenreform fürchten und begründete Angst vor der Bestrafung und Enteignung der faschistischen Kriegstreiber haben, und alle, die Reparationszahlungen an die Opfer des deutschen Aggressionskrieges wie auch jede soziale Veränderung zur Schaffung einer festen demokratischen Basis verhindern möchten – sie alle wenden sich wütend gegen die „Bolschewiken“. (...)

Die Militärregierung führte – verbündet mit den reaktionären Politikern, den senilen, machthungrigen rechten sozialdemokratischen Führern, der Kirche sowie den Industriellen und Junkern – den Kampf gegen die Kommunisten, besonders seit der Ankündigung der ersten Wahlen und nachdem eine gegen das Potsdamer Abkommen gerichtete Politik eingeschlagen wurde. In einigen Gemeinden zögerten Offiziere der Militärregierung die Zulassung der Kommunistischen Partei unter den verschiedensten Vorwänden hinaus, was die bereits über großen Schwierigkeiten der Kommunisten bei den feindselig eingestellten Menschen auf dem Lande noch vergrößerte. Da wir es unterlassen hatten, Kommunisten an wichtigen Stellen zu plazieren, hatten sie kaum Gelegenheit gehabt, die nazifizierte Bevölkerung richtig aufzuklären. In Bayern zum Beispiel gehörte nicht ein einziger Kommunist

den Redaktionskollegien der etwa dreißig lizenzierten Zeitungen an. Wir schreckten die Kommunisten derart ab, daß viele Bedenken hatten, ihre Zugehörigkeit zur Partei bekanntzugeben. (...)

Die deutschen Kommunisten dienen der Sache des Weltfriedens, indem sie eine durchgreifende Demokratisierung ihres Landes fordern und versuchen, die Freundschaft zwischen allen Besatzungsmächten zu fördern. Im Gegensatz zu anderen politischen Gruppen verzichten sie darauf, Unstimmigkeiten zwischen den vier Mächten auszunutzen, um für sich politische Vorteile herauszuholen. Während die Führer der Sozialdemokratischen Partei sich dem antisowjetischen Kreuzzug anschlossen und jegliche Verantwortung für das Aufkommen des Nazismus ablehnen, und während die Nationalisten Krieg predigen und an die „nationale Ehre“ appellieren, um Stimmen zu fangen, argumentieren die Kommunisten ständig, daß die Deutschen sich das Recht verdienen müssen, als gleichberechtigte Partner mit den Vereinten Nationen zu verhandeln.

So erklärte der jetzige Vorsitzende der Kommunistischen Partei in der amerikanischen Zone, Albert Buchmann, im August 1945 in einer öffentlichen Versammlung: „Eines müssen wir erkennen: daß die ausländischen Nationen nicht mit sich handeln lassen werden. Selbst wenn ein oder zwei Prozent des deutschen Volkes wirklich Widerstand gegen den destruktiven Geist der Nazis gezeigt haben, so kann das unser Volk als Ganzes nicht entschuldigen. Wir müssen den anderen Nationen zeigen, daß wir bereit sind, Reparationen zu zahlen. Es muß von uns aus als ein Willensakt dargelegt werden. Wir müssen in dieser Aktion erkennen, daß wir die Verbrechen der Nazis kaum wiedergutmachen können, und erklären, daß wir dazu bereit sind. Je eher wir zu der Überzeugung gelangen, daß wir aus eigenem freiem Willen wiedergutmachen müssen, desto eher werden die ausländischen Nationen Vertrauen zu uns gewinnen und anerkennen, daß wir reif geworden sind.“

Johann Weber
Niederbayern

Der „RotFuchs“ gratuliert Dir, liebe

Christiane Anders

zu Deinem besonderen Geburtstagsjubiläum, das Du am 15. Dezember begehst. Wir wünschen Dir gute Gesundheit und ein abwechslungsreiches Programm in Deinem Leben. Bleibe neugierig!

Für Dein beharrliches Engagement als Vorsitzende der Regionalgruppe Neubrandenburg bedanken wir uns besonders. Gemeinsam mit Deinem Leitungskollektiv ist es gelungen, die „RotFuchs“-Gruppe fest im politischen Leben der Stadt zu verankern. Schön, Dich in unserer Mitte zu wissen.

Zur aktuellen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik

Jenseits des Friedens

Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik – so das Selbstverständnis von Union und SPD, das auch im Koalitionsvertrag für die 19. Wahlperiode des Bundestages niedergeschrieben ist. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft allerdings eine große Lücke, die sich dazu noch Jahr für Jahr vergrößert.

Seit dem 3. Oktober 1990 haben sich die Paradigmen der deutschen Außenpolitik zunächst unmerklich, doch dann immer schneller verschoben. Heute haben wir es in drei großen Bereichen mit einer durchgängigen Orientierung auf die Beteiligung an Kriegen und das Schüren von Konflikten zu tun. Das Friedensgebot des Grundgesetzes droht völlig ad acta gelegt zu werden. Die Akteure, die sich der deutschen Außenpolitik zur Durchsetzung von Interessen bedienen, haben sich einen Werkzeugkasten gewaltsamer Mittel zugelegt, mit dem Ziel, Rohstoffe, Absatzmärkte und geopolitische Einflusssphären zu sichern. Imperiale Zwecke werden mit gewaltsamen Mitteln verknüpft. Auslandseinsätze und Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr, Wirtschaftskriege und Rüstungsexporte zur geopolitischen Einflusnahme gehören inzwischen zu den alltäglichen Machtmitteln.

Zur Zeit sind über 3200 deutsche Soldaten im Auslandseinsatz: Die drei größten Missionen sind die Kriegsbeteiligungen in Afghanistan (1164 Soldaten), in Mali (893 Soldaten) und in Syrien/Irak (445 Soldaten). Unter Vorspiegelung der Terrorismusbekämpfung werden Bundeswehrsoldaten im Rahmen internationaler Allianzen eingesetzt, während gleichzeitig islamistische Terroristen, die in Syrien schlimmste Kriegsverbrechen wie etwa jetzt im Nordosten Syriens an Kurden und Christen begehen, als moderate Rebellengruppen verharmlost werden und Infrastrukturprojekte wie der Straßenbau jahrelang im von der Al-Kaida kontrollierten Teil Syriens in der Provinz Idlib vom deutsch-emiratischen Aufbaufonds auch mit deutschen Steuergeldern finanziert wurden. Die Entsendung deutscher Soldaten dient allein der militärischen Machtprojektion in der internationalen Politik wie der Unterstützung der Regime-Change-Kriege der USA und anderer NATO-Verbündeter. Dabei sticht die enge Gefolgschaft zur noch abenteuerlichsten Wendung der US-Außenpolitik ins Auge. So flankieren die deutschen Militäreinsendungen in der Regel US-Interessen oder unterstützen den NATO-Partner Frankreich bei dessen postkolonialer Einflusssphärenpolitik in Afrika.

Auch Wirtschaftskriege gehören mittlerweile zum unverzichtbaren Teil des Instrumentenkastens der Gewalt. Über die EU werden unter Verletzung der Prinzipien der UN-Charta eigene gewaltsame ökonomische Instrumente eingesetzt, um andere Länder zu einer bestimmten Politik zu zwingen. Auch hierbei folgt die deutsche Außenpolitik treu den USA. US-Präsident Donald

Trump hat die Wirtschaftskriege seines Vorgängers Barack Obama noch einmal verschärft. Aktuell beteiligt sich Deutschland an vorderster Front an dem Versuch, die Wirtschaft Rußlands in die Knie zu zwingen – oder wie im Fall von Venezuela oder Syrien einen Regime Change durch Ächtung der legitimen Regierung und Anerkennung einer illegitimen Pseudo-Regierung bei gleichzeitiger völliger Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung mittels Wirtschaftssanktionen zu befördern. Im Falle Rußlands ist die Inkaufnahme einer Selbstschädigung besonders signifikant. Während für die USA der Handel mit Rußland eine untergeordnete Bedeutung hat, liegt der Schaden für Deutschland seit der Verhängung der Sanktionen 2014 im dreistelligen Milliardenbereich. Auch im Fall des Irans ist die Bundesregierung nicht willens, die US-Sanktionen, welche sich auch gegen Dritte richten, die Wirtschaftskontakte mit dem Iran unterhalten, zu umgehen. Durch Untätigkeit wurde die Bundesregierung so zum Komplizen der Kündigung des Atomabkommens durch die USA und ist indirekt an einem Wirtschaftskrieg gegen den Iran beteiligt, der seinesgleichen sucht. Ausgemachtes Ziel ist es, jegliche Außenhandelsstätigkeit inklusive aller Ölexporte zum Erliegen zu bringen. Die UN haben mittlerweile sogar die Stelle eines Sonderberichterstatters „zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen“ geschaffen, der über die Leiden der Bevölkerung der betroffenen Länder berichten soll.

Dieser UN-Sonderberichterstatter, Idriss Jazairy, hat mehrfach die US-Wirtschaftskriege wie gegen Venezuela und Syrien als gravierende Verletzung der Menschenrechte angeprangert. In Deutschland wird über diese brutale Form der Gewalt in der internationalen Politik – bis auf wenige Ausnahmen – in den Medien praktisch nicht berichtet. Die gängige Rechtfertigung der Maßnahmen, die Hunderttausende Menschen das Leben kosten, ist, daß man damit unliebsame Diktatoren stürzen könnte. Während auch schlimmste Kriegsverbrechen des NATO-Partners und EU-Beitrittskandidaten Türkei in Syrien oder des engen Verbündeten der islamistischen Kopf-ab-Diktatur Saudi-Arabiens im Jemen keine Sanktionen nach sich ziehen, bleiben Wirtschaftssanktionen einzig den unliebsamen Regimen vorbehalten. Die behauptete Orientierung an Menschenrechten als Richtschnur deutscher Außenpolitik bleibt so unglaubwürdig und erweist sich als Nebelkerze.

Deutsche Rüstungsexporte werden oft lediglich unter dem Aspekt der blutigen Profite von Rüstungskonzernen wie Rheinmetall kritisiert. Das ist zwar richtig, und die Bundesregierung setzt sich engagiert für die Profite deutscher Rüstungsfirmen ein und versucht, wie jüngst mit den Folge-Abkommen zum Aachener Vertrag die ohnehin bereits löchrigen Rüstungsexportrichtlinien

für Gemeinschaftsprojekte praktisch ganz auszuhebeln; ein Aspekt, der aber bei der Kritik an Rüstungsexporten oft zu kurz kommt, ist, daß Waffenexporte mittlerweile als ganz normales Mittel deutscher Außenpolitik eingesetzt werden, insbesondere um Länder wie die Türkei besonders eng an sich zu binden, sie in der NATO zu halten und durch den exzessiven Export von Waffensystemen Konkurrenten wie Rußland geopolitisch gar nicht erst zum Zug kommen zu lassen. Insgesamt steuern die Genehmigungen für die Ausfuhr von Kriegsgerät 2019 einen neuen Rekord an. In diesem Jahr konnte Deutschland nach den USA, die mit weitem Abstand den ersten Platz behaupten, nach Rußland und knapp hinter Frankreich erneut den vierten Platz in der Weltrangliste der Rüstungsexporteure erreichen, mit einer enormen Steigerung von 13 Prozent. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, daß alles Gerede von einer angeblich restriktiven deutschen Rüstungsexportpolitik lediglich der Schlummertrunk für die deutsche Öffentlichkeit sein soll. Fakt ist: Die expansive Rüstungsexportpolitik ist auch Teil einer neuen aggressiven deutschen Außenpolitik.

Wie perfide die Bundesregierung dabei vorgeht, läßt sich gut an den Beispielen Türkei und Saudi-Arabien ablesen. Gegenüber der Türkei wurde anders als öffentlich verlautbart lediglich ein Genehmigungsstopp für Waffen, die unmittelbar in Syrien eingesetzt werden können – im Rahmen der türkischen Invasion mit ihren Massakern und Kriegsverbrechen –, erlassen. Damit aber kann weiter hemmungslos ausgeliefert werden, nicht nur „im maritimen Bereich“, wie es schönfärberisch heißt. Als würde Erdoğan in Deutschland gebaute U-Boote nicht für seine neo-osmanische Politik einsetzen können. Auch Bauteile für türkische Mittelstreckenraketen können weiter geliefert werden. Dazu kommen die Umgehungen über die ins Ausland verlagerte Produktion von Rheinmetall. Im Fall Saudi-Arabien hat man sich zwar angesichts der humanitären Katastrophe zu einem Waffenembargo durchgerungen, allerdings bleiben auch hier die Umgehungsmöglichkeiten über Auslandsfilialen deutscher Rüstungskonzerne, über vergebene Lizenzen zur Produktion deutscher Waffen im Ausland oder über den Trick der Gemeinschaftsprojekte mit Frankreich und England wie Tornados oder Eurofighter, die den Rüstungsexportstopp schlicht aushebeln. Unterm Strich kann an den „Stabilitätsanker“ (de Maizièrre) und sein verbrecherisches Regime munter weiter geliefert werden.

Deutsche Außenpolitik hat in den letzten Jahren nicht nur das Selbstbild einer friedlichen Außenpolitik gepflegt, sondern auch die Einbindung in die „Wertegemeinschaft“ NATO für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder beschworen. Mit dem jüngsten Einmarsch der Türkei wird

allerdings deutlich, daß Erdoğan und seine islamistische Soldateska mit furchtbarsten Kriegsverbrechen nicht gerade als Stoßtrupp für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte bezeichnet werden können. Und die Bundesregierung, welche die Türkei in der NATO halten will, auch wenn die

Kurden darüber zugrunde gehen, besiegelt damit, wenn auch unfreiwillig, das Ende des Selbstbilds der NATO als Wertegemeinschaft in Aktion. Die NATO ist somit auch moralisch ans Ende gekommen. Der Leitpartner Deutschlands in der NATO indes, die USA, haben den Raub des syrischen Öls

offen zur Invasionslegitimation erhoben. Ein Völkerrechtsbruch jagt den nächsten. Die deutsche Außenpolitik steht damit an der Seite von Mördern, Kriegsverbrechern und Rechtsbrechern. Es ist höchste Zeit für eine friedliche Wende!

Sevim Dagdelen. MdB (Partei Die Linke)

Ans Messer geliefert

Denke ich an den völkerrechtswidrigen Überfall des Diktators am Bosphorus gegen die Kurden, kommen mir die schrecklichen Bilder des Völkermordes an den Armeniern in den Sinn, welche die Türkei zwischen 1915 und 1918 verübt hat.

Von den Hauptverantwortlichen Innenminister Talaat Pascha und Kriegsminister Enver Pascha zentral und systematisch vorbereitet, wurde am 24. April 1915 die gesamte armenische Oberschicht aus Politikern, Künstlern, Journalisten und Unternehmern in Konstantinopel zusammengetrieben und anschließend ermordet. In den folgenden Monaten brachten türkische Polizisten, Gendarmen und Soldaten alle Armenier im Osmanischen Reich in Sammellager und schickten sie danach auf Todesmärsche in die syrische Wüste. Auf diesen Todesmärschen verdursteten und verhungerten 1,5 Millionen der zwei Millionen türkischen Armenier. Grundlage für den Genozid war ein Dekret von Talaat Pascha. Als Angehöriger der 1909 an die Macht gekommenen sogenannten Jungtürken träumte er von einem türkischen Großreich, dem „Turan“, der Vereinigung aller türkischstämmigen Völker, in dem die Armenier keinen Platz mehr haben sollten. Der Erlaß forderte, die Armenier aus der Türkei vollständig zu vertreiben, sie auszurotten. Sie wurden zum „inneren Feind“ erklärt. So wie jetzt die Kurden, nur heißen sie heute Terroristen! Das Ziel ist das gleiche.

Das Deutsche Kaiserreich, dessen Verbündeter die Türkei war, ließ durch Reichskanzler von Bethmann Hollweg erklären: Unser einziges Ziel ist es, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht!“

Das Kaiserreich hatte ja auch gerade den Völkermord an den Herero und Nama verübt. Da will man ja einem „guten Freund“ nicht in den Arm fallen! Und die restliche Welt, auch von Königen und Fürsten regiert, von Niccolò Machiavelli in seinem Hauptwerk „Der Fürst“ als „abartiges Gesindel“ bezeichnet, hatte genug damit zu tun, den 1. Weltkrieg zu führen – also kein Platz für Menschlichkeit.

So hat man die Armenier den türkischen Mörderbanden ans Messer geliefert.

Und heute? Die Türkei führt erneut einen Vernichtungs- und Vertreibungsfeldzug, diesmal gegen die Menschen in Rojava. Nun kann man sich natürlich fragen, warum Trump seine Besatzungstruppen in Nord-Syrien angewiesen hat, sich in Sicherheit zu bringen, denn die Absurdität dieser Handlung ist nicht zu übersehen. Waren es doch die Kämpfer der YPG im Kampf gegen den IS, welche die Befreiung der Jesiden erreichten und die Mordbrenner aus dem gesamten Norden vertrieben, und nicht die Soldaten der USA, die sich so gerne als ruhmreiche unerschrockene Kämpfer darstellen. Das Versprechen, das befreite Gebiet, dessen Verwaltung die Kurden übernommen hatten, zu schützen, war nur eine leere Worthülse.

Die Flucht der US-Armee schuf einen „Freiraum“, der nun von der türkischen Armee genutzt werden soll. Und auch vom zahnlosen Papiertiger EU wurden die Kurden verraten, denn der Erpresser Erdoğan droht mit einer „Invasion“ von Millionen von Flüchtlingen. Die Sprach- und Machtlosigkeit Deutschlands und der EU ist geradezu eine Steilvorlage für Erdoğan, nach der ausgehandelten Waffenruhe weiterzumachen.

Und so sterben wieder Menschen in Nordsyrien, die erkennen müssen, daß Versprechen

und Zusagen, vor allem wenn sie aus den USA oder aus Europa kommen, kein Vertrauen verdienen. Nichts entlarvt das Geschwätz von der Überlegenheit der westlichen Demokratien klarer als der schändliche Verrat an den Kurden. Wieder einmal zeigt sich: Was zählt, sind die eigenen wirtschaftlichen Interessen an der Vermehrung des Profits und sonst nichts.

Unsere Solidarität gilt den Menschen in Rojava und ihrem Überlebenskampf, damit sie nicht die „Armenier“ des 21. Jahrhunderts werden.

Joachim Augustin

Türkei überfällt Syrien!

„Der Angriff der Türkei auf das Territorium Syriens zeigt mehrere Dinge: **Erstens** ging es den USA, Führungsland der NATO, mit denen dieser Angriff abgesprochen ist, nie um den Kampf gegen den Islamischen Staat oder für die Kurden – es ging immer um die Zerstörung der territorialen Integrität Syriens. **Zweitens** geht es dem NATO-Land Türkei nicht um seine Sicherheit, sondern um einen Angriff gegen Syrien und die dort lebenden Kurden. **Drittens**: Die Herrschenden in der Türkei, die USA, die NATO spielen mit dem Feuer und brechen das Völkerrecht. Wir fordern die Bundesregierung auf, dies unmißverständlich zu verurteilen und sofort alle deutschen Truppen aus der Region inklusive der Türkei zurückzuziehen.“

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP (9. Oktober 2019)

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Dezember!

Zum 92. Geburtstag

Christa Riemer (Güstrow) am 26. Dezember
Jasper Oelze (Berlin) am 31. Dezember

Zum 91. Geburtstag

Dr. Karl Söder (Panketal) am 15. Dezember
Werner Herzig (Altenbrak) am 16. Dezember
Hellmut Michel (Dohna) am 24. Dezember

Zum 90. Geburtstag

Maria Benditz (Eberswalde) am 2. Dezember
Günter Stolzenburg (Waren) am 6. Dezember

Prof. Dr. Rolf Sieber (Berlin) am 10. Dezember

Dr. Rosemarie Buhr (Berlin) am 12. Dezember

Zum 85. Geburtstag

Hans-Georg Vogl (Zwickau) am 7. Dezember
Hans-Dieter Kunze (Dresden) am 11. Dezember
Bernhard Werner (Berlin) am 12. Dezember
Hans-Peter Höffer (Rostock) am 16. Dezember
Ilse Thormeyer (Zwickau) am 17. Dezember
Claus Ohmert (Frankfurt/Oder) am 24. Dezember

Zum 80. Geburtstag

Gisela Ströber (Weimar) am 15. Dezember

Zum 75. Geburtstag

Erika Beltz (Gießen) am 21. Dezember

Zum 70. Geburtstag

Lothar Dannhauer (Wernigerode) am 20. Dezember
Jürgen Barz (Wismar) am 21. Dezember
Peter Jehnichen (Halberstadt) am 24. Dezember

Zum 60. Geburtstag

Karin Hildebrandt (Schwedt/Oder) am 7. Dezember
Rainer Lange (Schwerin) am 23. Dezember

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Krieg der Türkei in Nordsyrien

Am 9. Oktober begann die Türkei ihren Krieg gegen die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete im Norden Syriens mit Schlägen aus der Luft und mit dem Einmarsch türkischer und verbündeter arabischer „Freiwilligenverbände“ in syrisches Territorium. Der Angriff, der schon zu Beginn auch eine hohe Zahl ziviler Opfer forderte und weitere Tausende Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat veranlaßte, kam dabei weder überraschend noch unvermittelt. Bereits seit Wochen tönte der türkische Staatspräsident Erdoğan, die Vorbereitungen zum Feldzug liefen, und er stünde unmittelbar bevor. Dann wurde der beginnende Abzug der US-Streitkräfte, die dort von den Kurden auch als Schutztruppen gegen die drohende türkische Offensive gesehen wurden, genutzt, um loszuschlagen. Bei „Spiegel-online“ konnte man am 10. Oktober lesen: „Jetzt ist Krieg ...“; der Begriff Krieg wird allerdings in den nächsten Tagen aus der Berichterstattung verschwinden zugunsten der euphemistischen Begriffe „Militäroffensive“, „Feldzug“ und ähnlichem. Denn natürlich führen NATO-Staaten keine Kriege, sie führen „Ordnungsoperationen“ durch. Diese hier trägt den besonders demagogischen Namen: „Operation Friedensquelle“.

Die westeuropäischen NATO-Staaten üben sich in Betroffenheit, schließlich zündelt da einer der ihren. NATO-Generalsekretär Stoltenberg ruft die Türkei zur Zurückhaltung auf, und ein paar westeuropäische Regierungen verhängen einen Stopp zukünftiger Waffenlieferungen – natürlich müssen bestehende Verträge noch erfüllt werden ... Kommentatoren schwadronieren über die Hilflosigkeit des Westens gegenüber Erdoğan, nachdem die USA als Ordnungsmacht ja nun ausgefallen seien, die Türkei, die so lange Hort der Stabilität in der Region gewesen sei, nun „schwierig“ werde, die EU leider noch keine EU-Armee besitze, um für die USA einzuspringen, und das alles nun diktatorischen Herrschern wie Assad und Putin Tür und Tor öffne ...

Was für ein hanebüchener Schwachsinn, der zudem auf mangelnde Geschichtskennntnisse bei den Empfängern solcher Botschaften setzt! Aber der Reihe nach: Beginnen wir mit ein paar Hintergründen zum Konflikt zwischen der Türkei und den Kurden. Die einschneidendste historische Zäsur der letzten 100 Jahre war das Ende des Ersten Weltkrieges und die damit einhergehende Auflösung des Osmanischen Reiches, das als Verbündeter Deutschlands zu den Verlierern gehörte. Nicht nur in Europa, vor allem im Nahen Osten wurden völlig neue Grenzen gezogen, neue Staaten entstanden, und die Beute wurde zwischen Großbritannien und Frankreich aufgeteilt. Den Entente-Mächten gelang es im Ersten Weltkrieg, die wichtigsten Anführer arabischer Clans auf ihre Seite zu bringen, um sie im Kampf gegen die Osmanen zu unterstützen. Die meisten werden zumindest vom Hörensagen die Geschichte des britischen Majors Lawrence kennen, der später als Lawrence von Arabien bekannt wurde und dem große Verdienste bei den Bemühungen, die arabischen Kräfte auf die Entente-Seite

zu ziehen, zugeschrieben werden. Versprochen wurde dafür nach dem Sieg über die Achsenmächte, ein Königreich Großsyrien zu schaffen und den Haschemiten-Prinzen Faisal als König einzusetzen (die Haschemiten bilden heute sowohl die Herrscherhäuser in Jordanien als auch in Saudi-Arabien). Aber wie das so ist, wenn man sich auf die Versprechen westlicher imperialer Staaten verläßt – es kam anders, und zwar weil sich Briten und Franzosen schon lange über die Aufteilung des Gebietes geeinigt hatten. Die neuen Staaten Syrien und Libanon fielen unter französischen Einfluß, und die Briten sicherten sich den Zugriff auf den Irak und den Iran. Die Kurden als ethnische Gruppe von Stammesbünden siedelten nun plötzlich in drei neuen Nationalstaaten: Türkei, Irak und Syrien. Aber auch über die drei Staaten hinaus gab es kurdische Siedlungsgebiete, z. B. im aserbaidzhanischen Gebiet Nagorny Karabach. Im Vertrag von Sèvres von 1920 (Sèvres ist ein Pariser Vorort), in dem in vertraglicher Form ein Teil der „Kriegsbeute“ – u. a. das Osmanische Reich, aber auch die Auflösung und staatliche Neuorganisation des Habsburger Reiches – geregelt und die Einflusssphären festgelegt wurden, versprachen die Siegermächte des Ersten Weltkrieges den Kurden Autonomie. Allerdings wurde das Recht nie durchgesetzt und später durch die Vereinbarungen mit Mustafa Kemal (bekannt als Atatürk, welches aber kein Name, sondern nur ein Titel, „Vater aller Türken“, ist) revidiert, der einen neuen türkischen Nationalstaat auf den Ruinen des Osmanischen Reiches errichtet hatte. Nun versprach Mustafa Kemal den Kurden, die auf dem Gebiet der türkischen Republik siedelten, mit ihnen gemeinsam einen neuen türkischen Staat aufzubauen. So freundlich war er mit anderen Ethnien nicht, wovon Armenier und andere ein Lied singen können.

Allerdings kam es schon in den 20er und 30er Jahren zu bewaffneten Konflikten mit den Kurden in der Türkei, die von der türkischen Armee blutig beendet wurden. Schließlich wurde 1945 das Tragen kurdischer Nationalkleidung sowie der Gebrauch der kurdischen Sprache in der Öffentlichkeit verboten. 1967 wurden diese Verbote noch einmal verschärft. Schließlich wurde 1978 die PKK gegründet, die sich als konsequente Verfechterin kurdischer Interessen erweisen sollte. In den 80er Jahren ging dann der türkische Staat mit aller politischen, ökonomischen und militärischen Gewalt gegen die Kurden in der Türkei vor, es begann ein regelrechter Bürgerkrieg. Kurden machen heute übrigens mit fast 25 Prozent der Gesamtbevölkerung die größte ethnische Minderheit in der Türkei aus. Im Irak, dem zweiten großen Siedlungsgebiet von Kurden, entstand 1970 unter Saddam Hussein quasi eine autonome kurdische Verwaltungseinheit, die auch nach der Invasion der USA im Irak weiter bestehen blieb, ja ihre Autonomie noch ausbaute. Die Beziehungen zwischen dem irakischen Kurdengebiet und den Kurden auf türkischem Gebiet sind nicht problemlos, zumal

letztere eher sozialistisch-demokratisch orientiert sind, während die irakischen Kurden eher stammesgebunden-bürgerlich sind. Das hielt allerdings die türkische Armee nicht davon ab, das irakische Kurdengebiet mehrfach zu bombardieren, vorgeblich, „um den Nachschub der Terroristen zu stören“. Die auf syrischem Gebiet lebenden Kurden leben nur bedingt in zusammenhängenden Gebieten, weil die Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg die kurdischen Siedlungsgebiete völlig außer acht gelassen hatte. Die Kurden nennen ihr Gebiet Rojava. Das Verhältnis zum syrischen Staat und seinen Machthabern war durchaus ambivalent. Mehr oder weniger wurden ihnen eigene Rechte zugestanden, allerdings kaum in Form von einklagbaren Gesetzen. Gerade die Liberalisierungen unter Baschar al-Assad kamen ihnen zugute. Allerdings waren kurdische Aktivisten auch unter denen, die um 2010 herum mehr demokratische Rechte in Syrien einforderten und dadurch Probleme mit dem syrischen Staat bekamen.

Als viel größere Gefahr für die Existenz Rojavas sollten sich die islamistischen Krieger des Daesch (Daesch ist eine Abkürzung von „Islamischer Staat im Irak und der Levante“ („Al-Da'wa al-Islamiya fil-Irak wal-Scham“)) erweisen, die einen sogenannten islamischen Gottesstaat in großen Teilen des Iraks und Syriens errichten wollten. Von den Westmächten am Beginn durchaus geduldet und hier und da heimlich unterstützt, fanden sie mit den Sponsoren aus Saudi-Arabien solvente Geldgeber, die es ihnen ermöglichten, schnell große militärische Erfolge zu erzielen. So nahmen sie Teile des Iraks und große Teile Syriens ein. Dabei massakrierten sie gnadenlos in den von ihnen besetzten Gebieten alle, die nicht ihrem mittelalterlichen Weltbild folgen wollten. Besonders betroffen waren die Gebiete Rojavas. Doch die Kurden wußten sich zu wehren und stellten eigene Truppen zusammen, die erfolgreich gegen die Islamisten kämpften. Nun folgt wieder so eine typische imperialistische Volte. Die Westmächte verkündeten, im Zeichen von Frieden und Demokratie gegen den Daesch kämpfen zu wollen. Zum einen war ihnen die Truppe aus dem Ruder gelaufen, und zum anderen konnte man dabei die Verhältnisse im Nahen Osten neu regeln und insbesondere Assad, den syrischen Präsidenten, gleich mit entsorgen, der noch bis 2010 ein „guter“ Verbündeter war. Als einheimische Verbündete suchte man sich unter anderem die kurdischen Selbstverteidigungskräfte Rojavas heraus. Die USA, die BRD, Frankreich und andere NATO-Staaten schickten Waffen und Berater zu den Kurden – vor allem in der Hoffnung, dort einen Verbündeten gegen Assad aufzubauen. Doch wie ein Buschbrand ist auch so ein Weltenbrand schwer zu kontrollieren, und es lief nicht alles nach Plan. Der Daesch wurde zwar militärisch geschlagen, aber Syrien ist nicht zusammengebrochen, auch weil es russische Unterstützung bekam. Die Türkei stand nun vor dem Problem, daß

unmittelbar an seiner Grenze ein recht fortschrittliches kurdisches Gebiet existierte, das über eigene funktionierende Strukturen verfügt und zudem auch militärisch ziemlich gut organisiert ist. Die Furcht, daß die Kurden aus Rojava den Kurden auf türkischem Gebiet ein gutes Beispiel sein könnten und sie auch politisch, organisatorisch und anderweitig unterstützen könnten, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, war groß. Gleichzeitig wollte Erdoğan, in guter großosmanischer Manier, Einfluß gewinnen auf das Geschehen im Nahen Osten und sich als mächtiger Kriegsherr gerieren. Schließlich verfügt er in der NATO über die zweitgrößten konventionellen Streitkräfte. Zudem unterstützte er seit langem antisyrische Kräfte, die nun die Speerspitze im Kampf gegen die Kurden bilden.

Der Westen steht wieder einmal vor dem Scherbenhaufen seiner Politik. Welchen seiner potentiellen Verbündeten, die sich alle als kaum steuerbar erwiesen haben, sollte er opfern? Dank eines selbsternannten „brillanten Denkers und Strategen“ aus Washington fiel die Entscheidung. Opfer ist nicht nur die kurdische Bevölkerung, die wieder Tod und Vertreibung erleiden müssen. Opfer sind auch die internationalen Beziehungen, Verträge, Gesetze, das Völkerrecht, welches immer mehr zu einem wertlosen Stück Papier verkommt, solange wie selbstherrliche Diktatoren wie Erdoğan und „geniale Politiker“ aus Washington mit ihren Verbündeten aus Berlin, Paris, Rom und London im Schlepptau die Welt nach ihrem Bilde zu formen versuchen. Und wir alle sind dank unserer demokratisch gewählten Regierungen dabei. Gute Nacht! Nun gibt es zum türkischen Krieg in Syrien noch zwei Epiloge:

1. Epilog. Rußland versucht bei der Lösung der Friedensfrage in Nordsyrien die Quadratur des Kreises. Es unterstützt Syriens Staatschef Assad und seine Armee bei der Bekämpfung des Daesch (IS), was zur fast

völligen Befreiung Syriens von den „Islamischen Gotteskrieger“ geführt hat. Rußland bemüht sich aber auch um gute Beziehungen zu seinem Nachbarn, der Türkei. Dabei geht man großzügig darüber hinweg, daß die Türken eine russische Su-24 abgeschossen haben, wobei ein Pilot zu Tode kam. Ja, man liefert sogar dem NATO-Staat Türkei sein Superluftabwehrsystem S-400 und stellt weitere Waffendeals in Aussicht. Gleichzeitig hielt man sich zurück gegenüber allen Aktivitäten der Türkei, die gemeinsam mit den USA, aber auch mit ihren zwielichtigen arabischen Verbündeten im syrischen Kurdengebiet veranstaltet wurden. Allerdings machte man auch schnell deutlich, daß die türkische Invasion nicht im Interesse Rußlands und seines Verbündeten Assad wäre. So trafen sich Putin und Erdoğan in Sotschi und legten am 22. Oktober eine Vereinbarung zur Beendigung der Kämpfe vor, in welcher der Status quo festgeschrieben wird, daß die kurdischen militärischen Kräfte aus dem Raum, den die Türken besetzt haben, abziehen und daß die Grenze durch russisch-türkische Patrouillen gesichert werden solle. Später soll die Grenzsicherung an die regulären syrischen Streitkräfte und die mit ihnen verbündeten Russen übergeben werden. Dem haben die Kurden zugestimmt und ziehen ab. So kann Erdoğan einen Sieg verkünden, die Assad-Armee erhält (formal) die Kontrolle über die Grenze zur Türkei, die arabischen Hilfstruppen der Türken werden (auch formal) unter Kontrolle gehalten, und Rußland hat die Quadratur des Kreises geschafft und seine Position als friedensstiftend gefestigt. Verlierer sind vor allem die Kurden Rojawas, die wohl auf die falschen Verbündeten vertraut hatten.

2. Epilog. Was auch immer Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU-Vorsitzende und aktuell Herrin übers deutsche Militär, gerade gelesen, gedacht oder gehört hatte – vielleicht hat der Film „Mord im Orientexpress“ sie

an das alte Bagdad-Bahn-Projekt, welches der deutsche Kaiser mit den „Großosmanen“ verwirklichen wollte, erinnert ... Jedenfalls orakelte sie fast gleichzeitig zum russisch-türkischen Vorschlag von einer international kontrollierten Sicherheitszone, in der nun, nach dem Rückzug der US-Amerika-



ner, die Europäer die Leitung übernehmen müßten, natürlich unter bewährter deutscher Führung. Auch wenn dieser absurde Vorschlag sofort von allen Seiten kritisiert wurde, von den eigenen Parteigränden, von den NATO-Verbündeten, vom eigenen Außenminister und erst recht vom französischen Präsidenten, der ja gerade erst mit seinen EU-Herrschaftsplänen gegen die Deutschen gescheitert war, sollte man diesen Vorschlag nicht unterbewerten. Sicher wußte „AKK“, daß die Sache nicht machbar ist. Aber eine solche Idee, daß es ein europäisches militärisches Engagement in der Welt unter deutscher Führung geben könne, ist dann beim nächsten Mal nicht mehr so neu und ruft auch nicht mehr soviel Widerstand hervor. Für mich ist es ein weiterer kleiner Schritt zu einer europäisch-imperialen Militärmacht, zu deren Führung die Deutschen bereitstehen. Die EU-Armee, nicht mehr kontrolliert von nationalen Parlamenten, läßt grüßen. Da erscheint auch eine EU-Führung von Frau von der Leyen in einem anderen Licht.

Zum Thema „Die Militarisierung der EU. Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht“ empfehle ich das gleichlautende Buch von Claudia Haydt und Jürgen Wagner, erschienen 2018 in der edition berolina (256 S., 14,99 €). Auch hier gilt: Wehret den Anfängen!

Uli Jeschke
Chorin



Karikatur: Klaus Stuttmann

Sabra und Schatila – ein fast vergessenes israelisches Verbrechen

Als Folge des Überfalls Israels 1967 auf seine arabischen Nachbarn waren ca. 850 000 Palästinenser aus Israel und den besetzten Gebieten (Ost-Jerusalem, Gaza, Westjordanland) vertrieben worden, aufgenommen in riesigen Flüchtlingslagern im kleinen Nachbarland Libanon, politisch und militärisch vertreten durch die Freiheitskämpfer der PLO unter Yassir Arafat.

Ursprünglich war gemäß der Balfour-Deklaration eine Heimat für Juden und Araber in Palästina, die dort seit 2000 Jahren lebten, angedacht. Doch die Juden wollten von Anfang an ganz Palästina für sich allein. Dieser Anspruch geht zurück auf das Jahr 1897, als auf dem 1. Zionistischen Weltkongreß in Basel der Begründer des politischen Zionismus, der Schriftsteller Theodor Herzl einen Staat Israel einschließlich der Gebiete von Samaria und Galiläa (Westjordanland) vorgab. Die Teilung Palästinas auf Grund der Vorgaben der UNO (Peel-Kommission) brachte ebenfalls keinen Frieden.

Bis heute verhindert Israel friedenspolitische Schritte zur Lösung des Konflikts. Erinnern wir uns der Bilder der lachenden Soldateska, die vor kurzem die Häuser in Ostjerusalem gesprengt und die Bewohner deportiert hat. Oder denken wir an das Ghetto von Gaza, wo Israel bestimmt, wann es Strom und Lebensmittel gibt. Und wenn die geschundenen Menschen aufbegehren und ihre aus Pappe, Ammoniumnitrat und Klebestreifen gebastelten „Raketen“ auf die Atommacht Israel schießen, dann trifft sie die Rache der geballten Militärmacht. Zurückgebombt in die Steinzeit leben die meisten zwischen Ratten, Ruinen, Blindgängern und Fäkalien. Ziel ist die Annexion der seit 70 Jahren besetzten Gebiete. Die Zwei-Staaten-Lösung ist ein blutiges Märchen, vom Westen in die Welt gesetzt, um sich den Fakten der praktizierten Vertreibung und der Annexion nicht stellen zu müssen.

Als Blaupause gilt die Vertreibung und der Völkermord an den amerikanischen indigenen Völkern. Treibende Kraft beim Landraub und

Ermordung der Indianer waren die Siedler in den entstehenden USA. Das Sagen haben auch in Israel die Siedler, Rassisten wie gemalt!

Das Massaker von Sabra und Schatila ist nicht direkt von Israelis ausgeführt worden, doch es wurde von ihnen geplant, geduldet, beaufsichtigt und damit möglich gemacht.

Israel hatte 1978 die PLO im Südlibanon angegriffen, um die Palästinenser weiter Richtung Beirut zu vertreiben. Denn die PLO führte ihren Kampf zur Befreiung Palästinas von dort weiter. Die Operation „LITANI“ diente Israel dazu, im Südlibanon eine „Sicherheitszone“ zu etablieren, die sie von einer ihr bezahlten Miliz, der „Südlibanesischen Armee“ bewachen ließ. Der sich 1982 anschließende, durch Israel angezettelte Krieg sollte die PLO ein für alle Mal vernichten. Allein in Beirut, das Tag und Nacht von israelischen Kampffliegern bombardiert wurde, waren 11 000 tote Zivilisten zu beklagen. Der Bombenterror war so verheerend, daß sich sieben Piloten der israelischen Luftwaffe weigerten, weiter Bomben und Napalm auf Frauen und Kinder zu werfen.

Am Abend des 15. September 1982 umstellte die israelische Armee die beiden Flüchtlingslager Sabra und Schatila, in denen sich ca. 80 000 Frauen, Kinder und alte Menschen aus Palästina zusammendrängten, in der Hoffnung, dort vor der israelischen Bande von Mordbrennern sicher zu sein.

Einen Tag vorher, am 14. September 1982, war der Führer der christlichen Forces Libanaises und neue Präsident des Libanon, Baschir Gemayel, und viele seiner Leibwächter, durch eine Bombe ermordet worden. Was für eine günstige Gelegenheit, an den Flüchtlingen ein Exempel zu statuieren!

Auf Befehl von Kriegsminister Sharon und Generalstabschef Rafael Eitan wurden die beiden Lager von Panzern umstellt und alle Ausgänge gesperrt. Es durfte niemand raus oder rein. Unter dem Vorwand, Waffen und Kämpfer der PLO, die man ohne Beweise für den Mord verantwortlich machte, in den Lagern

zu suchen, schickte die israelische Armee den Phalangisten-Führer Elie Hobeika mit 150 von Israel mit Munition und Waffen versorgten Milizionären in die Lager. Unter den Augen der israelischen Armee, die von umliegenden Gebäuden zuschaute, begann eine Orgie der Gewalt, der 3300 Frauen, Kinder und alte Menschen zum Opfer fielen. Folterungen und Vergewaltigungen ließen die Henkersknechte der Israelis ebenso kalt wie das Leid der Kinder.

In der Nacht erhellten die Israelis mit Leuchtkegeln das Schlachtfeld, damit die Mörderbande ein gutes Schußfeld hatte und sich niemand verstecken konnte. Am 18. September drangen gegen den Befehl der israelischen Armee Sanitäter derselben Armee ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben in die Lager ein, um den Säuglingen und Kleinkindern der ermordeten Frauen zu helfen. Erst da wurde das beispiellose Morden beendet.

Der amerikanische Auslandskorrespondent von „Newsweek“, James Pringle, dem es gelungen war, heimlich in die Lager einzudringen, konnte berichten, daß mit von den Israelis zur Verfügung gestellten Bulldozern die Toten in hastig ausgehobene Massengräber geschoben wurden, damit man die genaue Zahl und Zusammensetzung der Altersgruppen vertuschen konnte, offiziell natürlich, um Seuchen vorzubeugen. Vergessen wir nicht: Netanjahu hatte nach diesem Vernichtungsfeldzug keine Skrupel, seine Soldaten als „die Armee mit der höchsten Moral“ auf der Welt zu bezeichnen. Das Massaker von Sabra und Schatila wurde am 16. Dezember 1982 als Genozid gewertet. Und heute beginnt die menschenverachtende israelische Regierung, das letzte Kapitel der Vertreibung auszuführen, die Annexion des Jordantales als Wahlgeschenk an die Rechte und die Siedler.

Doch Unrecht wird immer nur Unrecht nach sich ziehen. Und Frieden braucht einen Willen. Das ist die Mahnung der Ermordeten von Sabra und Schatila.

Joachim Augustin

Über J. Todenhöfers Buch „Die große Heuchelei“

Der Autor ist seit über 50 Jahren in den Krisengebieten der Welt unterwegs. Über seinen politischen Werdegang berichtet er in Kapitel 4, wo er über die Zeit der NATO-Nachrüstung in Europa schreibt: „Ich war in jenen Jahren rüstungskontrollpolitischer Sprecher der Regierungsparteien CDU/CSU. (...) Dem Imperialismus der USA habe ich in jenen Jahren zu wenig Beachtung geschenkt. Als Freund der USA, als Ehrenoberst und Ehren-Girlscout, war ich in dieser Frage blind. Wie die meisten meiner Kollegen in der CDU/CSU. Und in den anderen Parteien.“ Heute noch profitiert Todenhöfer vom weiten Netzwerk, das er damals aufgebaut hat: Er trifft sich weiterhin mit Admiral Dennis Blair,

Ex-Chefkoordinator der US-Geheimdienste unter Präsident Obama. Diesem hatte er 2010 als Bote ein „recht konkretes Friedensangebot der iranischen Regierung überbracht“. Oder mit Richard Perle, dem „mächtigsten Befürworter des Krieges gegen den Irak“, der heute recht ernüchtert ist.

In 21 Kapiteln, unterteilt in kurze Unterkapitel, berichtet Todenhöfer von seinen Erlebnissen und Gesprächen in den von Militärinterventionen betroffenen Ländern des Mittleren Ostens. Er recherchiert den historisch-politischen Hintergrund und unterhält sich eingehend mit Vertretern aller Schichten und aller politischen Richtungen, selbst mit IS-Kämpfern. Er hält nicht zurück

mit seinem persönlichen, äußerst kritischen Urteil. Die Texte werden ergänzt durch 32 Seiten Quellenangaben, Orts-, Sach- und Personenregister. Die Fotos stammen zum Teil von seinem Sohn Frederic, der den Vater oft begleitet. Es gibt auch Lichtblicke: Es werden Freunde besucht, es wird Fußball gespielt, es werden Spielplätze eröffnet, die der Autor finanziert (zum Beispiel in Palästina).

„Alles, was der Westen tut, wird in penetranter Weise moralisch überhöht. Er ist der ewige ‚Befreier‘. In Korea, Vietnam, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien. Immer kommt er nur zur Befreiung. Obwohl die Völker der Welt schon

lange nicht mehr vom Westen befreit werden wollen.“ Und: „Wir kämen der Wahrheit amerikanischer und westlicher Außenpolitik ganz nahe, wenn wir das Wort ‚Werte‘ einfach durch das Wort ‚Interessen‘ ersetzen würden.“

Die Richtigstellung „Interessen statt Werte“ vermisst der Autor etwa in den Berichten über Sanktionen.

Beispiel Irak: „Diese Sanktionen, die der Vatikan ‚pervers‘ nannte, hatten in Mossul Tausende Menschen getötet. Im Gesamt-Irak hatten sie einer halben Million Kindern das Leben gekostet.“

Beispiel Jemen: Ein Land, das Todenhöfer seit zwölf Jahren kennt und das er als sein Traumland bezeichnet. Nach der Eroberung des Nordens (70 % der bewohnbaren Fläche) durch die Huthi-Rebellen 2014 riegelten die Saudis und die Vereinigten Arabischen Emirate den Norden hermetisch ab. „Im Jemen machte man einfach alle Grenzen dicht: Seehäfen, Flughäfen, Landesgrenzen. Mit geschlossenen Grenzen aber hatte der Norden gar keine Chancen mehr. Alles brach zusammen. Wir besuchten das ‚Al Sabeen‘-Hospital. In mehreren Räumen

sahen wir zu Skeletten abgemagerte Kinder.“ Und: „Wenn es dem Westen um Menschenrechte ginge, hätte er den Boykott der Häfen und Flughäfen nie zugelassen, der zu dem verheerenden Kindersterben führte [und hätte] sich nicht erst dann für Friedensverhandlungen eingesetzt, als er erkennen mußte, daß der Bomben- und Hungerkrieg gegen den Jemen nicht zu gewinnen war.“

Anhand von Zitaten und Dokumenten zeigt der Autor auf, wie Kriege geplant und wie die Gründe dafür verschleiert werden.

Die USA und das Öl: Ihr Ziel ist es, die Kontrolle über das „Blut der Weltwirtschaft“ zu behalten und sie nicht an China oder Rußland zu verlieren. Wesley Clark, der frühere Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, zitierte 2007 aus einem Geheimpapier des US-Verteidigungsministeriums, das kurz nach 9/11 entstanden ist: „Wir werden sieben Staaten angreifen. In fünf Jahren. Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran.“

Deutschland und Afghanistan: 2001 wird im Deutschen Bundestag über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan diskutiert. Ein beliebtes Argument: die Befreiung

afghanischer Schulmädchen von Al-Qaida und Taliban. Heute weiß kein deutscher Politiker, wie es den afghanischen Schulmädchen geht. Die USA indessen haben vier große Luftwaffenstützpunkte gebaut: Bagram, Kandahar, Schindand, Helmland.

Das letzte Kapitel, das die Flucht eines irakischen Jungen nach Deutschland beschreibt, widmet der Autor „allen, die unsere Migranten täglich kollektiv diffamieren. Damit sie wissen, wovon sie reden.“ Doch vorher stellt er Überlegungen an, welche Wege zu einem Frieden führen könnten. Eine Idee: „Der Mittlere Osten braucht zur Beilegung der vielen regionalen und innerstaatlichen Konflikte eine auf Dauer angelegte Friedens- und Sicherheitskonferenz: eine Middle-East-KSZE im Stil jener Konferenz von Helsinki ...“

Antoinette Mächtlinger

Jürgen Todenhöfer: Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte ver-raten. Propyläen-Verlag, Berlin 2019. 352 S., 19,99 €

(Red. bearbeitet aus „Unsere Welt“, 3/2019)

Nachlese zu den Landtagswahlen in Brandenburg

Nun sind die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen schon ein paar Wochen vorbei, die neuen Landesregierungen haben sich konstituiert, das Erschrecken über die AfD-Ergebnisse hat sich gelegt – ist nun wieder alles normal?

Zuerst sollte man sich noch einmal die konkreten Ergebnisse ins Gedächtnis rufen. Die SPD verlor zwar kräftig (-5,7 Prozent) wurde jedoch mit 26,2 Prozent der Zweitstimmen stärkste Partei. Dahinter kamen die AfD mit 23,5 Prozent (+11,3), die CDU mit 15,6 Prozent (-7,4), die Grünen mit 10,8 Prozent (+4,6), Die Linke mit 10,7 Prozent (-7,9) sowie die sogenannten Freien Wähler mit 5,0 Prozent (+2,3) auf die Plätze. Noch deutlicher wird die Tendenz, wenn wir uns die Erststimmenergebnisse anschauen. Von den 44 Wahlkreisen gingen jeweils einer an die Grünen und die Freien Wähler, und in zwei Wahlkreisen gewann die CDU-Kandidaten. In 24 Wahlkreisen gewann der SPD-Kandidat und in 16 ein AfD-Bewerber. Vergleichen wir das mit den Kommunalwahlen vom Mai 2019, stellen wir fest, daß die SPD und die CDU, aber auch die AfD, schwächer waren, während sich hier noch 14,5 Prozent für die Kandidaten der Linken entschieden haben. Natürlich sind Kommunalwahlen und Landtagswahlen nur bedingt zu vergleichen, weil bei ersteren die Kandidaten als Personen eine noch größere Rolle spielen und eine Menge Wählergemeinschaften dazukommen, die politisch eher bürgerlich oder rechts zu verorten sind. Trotzdem kann man wohl feststellen, daß es in Brandenburg zu einer Zuspitzung zwischen dem sozialdemokratischen/Linken-Wähler-votum und den bürgerlich-rechten Wählern gekommen ist. Daß dabei bei Letzterem eindeutig die AfD die Nase vorn hatte, beweisen

auch die Erststimmen, und daß die Gewinner im linken Lager eindeutig die „originalen“ Sozialdemokraten waren, sollte vor allem der Linken zu denken geben.

Wenn man mal über die reinen Zahlen zu den Wahlen hinausgeht, wird deutlich, daß trotz großen Geraunes über die Wahlerfolge der AfD in der bürgerlichen Presse nun zur Tagesordnung übergegangen wird. Und dieser Übergang zum „Normalen“ verweist auf eine gefährliche Entwicklung nach den Wahlen. Die AfD-Kandidaten erhalten zwar im Landtag hier und da Widerstand, wenn sie allzu offen rassistische, nationalistische und präfaschistische Positionen vertreten. Doch insgesamt verflacht die Auseinandersetzung und wird von außen auch nicht wahrgenommen. Noch schwieriger ist das in den Kommunalparlamenten. Anders als bei früheren Vertretern rechtsextremer Parteien werden die AfD-Politiker relativ geräuschlos in den Politikbetrieb einbezogen. So finden Auseinandersetzungen nur noch zu „Sachfragen“ statt, und in Eberswalde bekommt der AfD-Vertreter sogar den Vorsitz im Ausschuß „Stadtentwicklung, Wohnen, Umwelt“, ein nicht unwichtiger Ausschuß, was die soziale Entwicklung angeht. Noch schwieriger ist das in den kleineren Kommunen. Hier firmieren die Rechtsaußen oft in Wählervereinigungen, und man weiß bei der Wahl nicht, was und wen man bekommt.

Die Strategie der Neonazis in den Dörfern und Gemeinden ist es, sich freundlich anzubiedern, mitzumachen in Vereinen, nett und adrett zu sein, „deutsche Tugenden“ vorzuleben und schleichend zu unterwandern. Sportvereine sind dabei besonders beliebt. Hinzu kommen in dörflichen Gegenden „Traditionsvereine“ oder „Kulturvereine“, die

einen besonderen Wert auf „nationale Kultur“ und „nationale Traditionen“ legen und dann erst peu à peu mit ihrem nationalistischen, rassistischen und menschenverachtenden Gedankengut rüberkommen. Alte Feindbilder wirken dabei immer noch, wie das faschistische Attentat am 9. Oktober auf eine Hallenser Synagoge beweist, und die neuen dazu, denn der Täter wandte sich als nächstes gegen einen türkischen Imbiß. Der Haß gegen alles Fremde speist sich auch aus einem Gefühl der scheinbaren Überlegenheit, des Besserseins aufgrund von Kultur und Rasse. Was für eine dumpfe Weltsicht offenbart sich dort! Aber der Gedanke der Überlegenheit über Fremde, die hier nicht hingehören, uns alles wegnehmen, was nur uns zusteht, und die bleiben sollen, wo sie sind, bzw. vor denen man Deutschland schützen muß – sind das wirklich nur Minderheitsgedanken?

Der Kampf gegen die neuen Faschisten darf sich nicht nur auf Wahlkampfzeiten erstrecken, sondern muß immer und überall geführt werden. Und das Totschlagsargument, daß man doch den Wählerwillen der AfD-Wähler respektieren müsse, ist spätestens seit 1932 perdu, da kamen die 13,7 Millionen Stimmen für die NSDAP auch nicht nur von Nazis – aber die, welche sie gewählt haben, waren auch die, welche dem 1933 erfolgten faschistischen Putsch einen anscheinend demokratischen Rahmen gegeben hatten.

„Wehret den Anfängen!“ ist eine politische Tageslosung von großer Aktualität! Organisiert Euch, kämpft gegen Dummheit und Haß! Nur dumpfes Grollen zu Hause und die Faust in der Tasche ballen wird nicht ausreichen, uns vor Schlimmerem zu bewahren.

Uli Jeschke
Chorin

Thüringer Wahlabend

Rot-Rot-Grün sei abgewählt, verkündete am 27. Oktober der CDU-Frontmann Mohring unter dem Jubel seiner Zuhörer. Wäre er als desaströser Wahlverlierer halbwegs ehrlich gewesen, hätte er sagen müssen, daß die bisherige Regierung „dank“ der AfD nicht mehr die absolute Mehrheit erreicht hat. Dazu war er nicht in der Lage, genausowenig wie sein „Sitznachbar“, der FDP-Chef Lindner. Statt dessen bejammerten sie das Wegbrechen der bürgerlichen Mitte. Die Einsicht, daß deren politische Akteure selbst einen erheblichen Beitrag dazu geliefert und den eigenen rechten Rand so lange und reichhaltig gefüttert haben, bis dieser flügge geworden ist, verschließt sich ihrer klassenbornierten Grundhaltung. Auf die Frage eines Journalisten, ob denn nicht Die Linke in eben dieser Mitte angekommen sei, verweigerte man einfach die Antwort. Statt dessen suchte man im verbalen Stechschritt Zuflucht bei der „untoten“ DDR, um dem nun unweigerlich auf FDP und CDU zukommenden Druck, sich doch gegenüber der Linken gesprächskompromißbereit zu zeigen, standzuhalten. Das Wort „Unrechtsstaat“ wurde sowohl am Wahlabend als auch am Tag danach in Statements, Interviews und Kommentaren mehrfach als Waffe eingesetzt. Es drängte sich das Gefühl auf, als „gäbe es nichts Wichtigeres, als eine neue Unrechtsstaats-Debatte“ einzuleiten und die Linke als „größtes Problem im Land“ anzuprangern – und „nicht den erstarkenden Rechtsextremismus“, empörte sich Sabine Rennefanz am 29. Oktober in der

„Berliner Zeitung“. Und als könne man sich auf diese Weise den Leibhaftigen (Die Linke) vom Leibe halten. Das allein beweist mehr als manche wortreiche Analyse die Nähe des konservativen Blocks zur AfD. Genau deshalb halten wir es für angebracht, den Begriff des Unrechtsstaats noch einmal unter die Lupe zu nehmen, weil er in den nun folgenden Wochen hoch- und runterdekliniert werden wird.

„Unrechtsstaat“ – Kampfbegriff und Diffamierungsformel

Unter dieser Überschrift hat der Jenaer Historiker Ludwig Elm schon vor einigen Jahren einen Beitrag geschrieben, in dem er den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags sowie den ehemaligen Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde zu Wort kommen läßt: Am Maßstab einer wissenschaftlich fundierten und verantwortungsbewußten Erörterung sind, so Elm, die von parteipolitischen Eigennutz geleiteten Anhänger vom „Unrechtsstaat“ DDR längst bloßgestellt. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hatte sich im April 2008 auf Anfrage von MdB Gesine Löttsch (Die Linke) klar positioniert: „Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs ‚Unrechtsstaat‘ gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in der Sozial- und Geisteswissenschaften.“ Zumeist gehe es darum, den als Unrechtsstaat Gebrandmarkten vom Rechtsstaat abzugrenzen und „moralisch zu diskreditieren“. Obendrein: Die „Wortverbindung ‚Rechtsstaat‘“ gäbe es nur im deutschen Sprachraum. Eine

„allgemeingültige Definition des Begriffs des Rechtsstaats“ sei noch nicht verfügbar. Soweit der wissenschaftliche Dienst ... „Die allzu pauschale Verurteilung der DDR als Unrechtsstaat“ so der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD), trage dazu bei, daß „die Gräben zwischen Ost und West“ noch immer nicht geschlossen sind. „Sie will umfassend delegitimieren und desavouieren. Sie läßt der Normalität, die es vielfach gab, keinen Eigenstand. Sie ist eine Verzerrung der Wirklichkeit in politischer Absicht.“ Der „ideologische Schlagabtausch des kalten Krieges“ werde damit fortgeführt: „Die globale Kennzeichnung der DDR als Unrechtsstaat ist nicht nur falsch, sie kränkt auch die Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR.“

Die willkürliche Anwendung von „Unrechtsstaat“ verdeutlicht, so Elm, seinen Charakter als Kampfbegriff, welcher der Gleichsetzung mit dem Nazifaschismus und der Rechtfertigung von Abwehrmaßnahmen dient. Es ist unsere Aufgabe, im Umgang mit Gesellschaft und Geschichte der DDR das dumpf antikommunistische Meinungsklima zu durchbrechen, das weiterhin Verzerrungen oder Fälschungen hervorbringt und verbreitet. Es muß der Linken gelingen, eine Aufarbeitung der DDR-Geschichte offensiv, also von links, durchzusetzen, d. h. aus den Quellen an Erkenntnissen für alternative Gesellschaftsmodelle zu schöpfen, die den Weg für eine sozialistische Orientierung öffnen.

Hans Schoenefeldt

21. Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien Für Frieden und Sozialismus

Vom 18. bis 20. Oktober fand im türkischen Izmir das „21. Internationale Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ statt, das in diesem Jahr gemeinsam von der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) und der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) organisiert wurde. Es nahmen Vertreterinnen und Vertreter von 74 Parteien aus 58 Ländern aus der ganzen Welt teil. Thema des Treffens war: „Der 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Internationale. Der Kampf für Frieden und Sozialismus geht weiter!“ Ein wichtiges politisches Thema des Treffens war, allein schon wegen des Veranstaltungsorts, der Angriff der Türkei auf Syrien. Alle anwesenden Parteien sprachen sich entschieden gegen diese militärische Aggression aus. In der vergangenen Woche waren 16 Mitglieder der TKP in Izmir im Zusammenhang mit ihrer Teilnahme an einer Kundgebung gegen diesen Krieg festgenommen worden. Die TKP informierte ausführlich über ihre Sicht der Auseinandersetzungen im Osten der Türkei, der Lage der Angehörigen der kurdischen Nation und über die türkische Aggression gegen Syrien. Aus der Sicht der Genossen ist es wichtig, daß die Arbeiterklasse unabhängig von

nationaler Zugehörigkeit gegen Ausbeutung und Krieg kämpft. Das Thema spielte auch in der Abschlußresolution eine wichtige Rolle, in welcher der türkische Angriff auf Syrien verurteilt und das Recht des kurdischen Volks, das unter Imperialismus und reaktionären Regimen leidet, über seine eigene Zukunft zu entscheiden, gefordert wird. Die teilnehmenden Parteien informierten in Beiträgen über ihre Sicht der Entwicklung der kommunistischen Bewegung und die Lage in ihrem Land. Der Beitrag der DKP befaßte sich mit dem Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt, der nur gegen die – nicht reformierbare – EU möglich ist, und den Schwierigkeiten, in einem der stärksten imperialistischen Länder gegen die Propaganda zugunsten der EU anzukommen. In den Beiträgen spiegelten sich auch die verschiedenen Herangehensweisen an mögliche Übergänge zu einer sozialistischen Entwicklung wider. Die „Working Group“, in der Vertreter verschiedener Parteien das Treffen vorbereiteten, hatte einen Entwurf für eine Abschlußresolution erstellt, in dem neben einer kurzen Skizzierung der Weltlage – des Angriffs des Imperialismus auf die Rechte der Arbeiterklasse, die Entfaltung von Kriegen und

Umweltzerstörung – zu Aktionen und Solidarität der Kommunistischen und Arbeiterparteien mit Kämpfen weltweit aufgerufen wird. Nach einer längeren Diskussion wurde der Text an einigen Stellen ergänzt, aber grundsätzlich bestätigt. Er wird in den nächsten Tagen auf solidnet.org zu finden sein. Zudem wurde beschlossen, daß bereits im November in Syrien eine internationale Solidaritätsaktion mit dem syrischen Volk und gegen die imperialistischen Angriffe auf Syrien stattfinden wird.

Neben der Möglichkeit, über die Lage und die Arbeit von Parteien in vielen Ländern der ganzen Welt und über kontroverse Standpunkte aus erster Hand etwas zu erfahren, bot das Treffen die Möglichkeit, mit Vertretern verschiedener Parteien am Rande zu diskutieren und einen Austausch von Informationen und gemeinsame Aktivitäten zu vereinbaren, was die Vertreter der DKP ausführlich genutzt haben. Das nächste, das 22. Internationale Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien, wird 2021 in Pjöngjang in der Demokratischen Volksrepublik Korea stattfinden.

Renate Koppe

(Aus: UZ, 25. Oktober 2019)

Wir nehmen nur die mit, die wir mitnehmen wollen

Mitnehmen – das Zauberwort aller hiesigen politischen Akteure in Regierungsverantwortung. Es ist eine Art Leitmotiv in Interviews, Talkshows oder Regierungserklärungen. „Wir dürfen unsere Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern. Wir stehen in der Verantwortung für den Erhalt der sozialen Balance bzw. des sozialen Friedens ...“ Das Wort *Mitnehmen* steht an zentraler Stelle all jener, die das jüngst beschlossene Klimapaket rechtfertigen. Das von der GroKo beschlossene Klimapaket wird mit dem Argument geadelt, daß die Politik „bei einem derart tiefgreifenden Wandel alle Bürger mitnehmen“ müsse (Bundeskanzlerin Merkel in New York). Ihr Pudel Peter Altmeier folgt ihr und verspricht als Hobbykoch, seine Gäste weniger mit Rindfleisch, statt dessen mit Hühner/Hähnchenfleisch zu bedienen.

Szenenwechsel:

Der Jurist und Völkerrechtler Professor Norman Paech hat in einem Beitrag erzählt, wie Artikel 87a, Abs. 2 des Grundgesetzes geschreddert wurde. Nach diesem Artikel dürften Streitkräfte nur im Verteidigungs- und Spannungsfall sowie bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen eingesetzt werden. Bis 1990 wurde ein Kampfeinsatz im Ausland von jeder Bundesregierung abgelehnt. Dann kam aber mit Hilfe des von der Bundesregierung unter Druck gesetzten Bundesverfassungsgerichts der Stein ins Rollen. Es fand eine Formulierung, derzufolge die Tür für Kampfeinsätze „out of area“ ohne Verfassungsänderung gestattet wurde. Um der Gewaltenteilung ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, wurde der im Grundgesetz nicht erwähnte Begriff des „Parlamentsvorbehalts“ generiert. Norman Paech schreibt dazu: „Fünf Jahre später ging auch dieser Satz im Bombardement der NATO über Jugoslawien

unter. Weder hatte Jugoslawien einen Staat angegriffen, noch hatte der UN-Sicherheitsrat ein Mandat zu den Angriffen der NATO erteilt.“ Zuvor wurde der nach der von Rot-Grün gewonnenen Bundestagswahl nach dem Posten des Außenministers lechzende Joschka Fischer nach Washington zitiert, wo er mit „klarer Kante“ konfrontiert wurde. Er könne sich seine angestrebte Karriere abschminken, wenn er den geplanten Überfall auf Jugoslawien nicht mitzutragen bereit sei. So entstand seine Auschwitz-Phrase. Den Farbbeutel, der ihn auf einem Parteitag seiner Partei erwischte hat, wird er vermutlich als Trophäe ins NATO-Hauptquartier getragen haben.

Wurde damals die Frage gestellt, ob man es der Bevölkerung zumuten könne, sich an diesem Staatsverbrechen zu beteiligen, ob sie bereit sei zu glauben, daß Deutschland überall dort verteidigt würde, wohin die Bundeswehr geschickt wird, und willens sei, sich dorthin mitnehmen zu lassen?

Mehr Macht – mehr Verantwortung

Das ist das neue Leitmotiv einer Regierung, die, ohne Rücksicht auf die Stimmungen der Menschen, denen sie zu dienen vorgibt, ihren Weg zu neuen Kriegseinsätzen finden will. Entsprechend wird die Rhetorik neu justiert, um höhere Rüstungsausgaben und eine stärkere Beteiligung an Auslandseinsätzen zu rechtfertigen. Diese beiden Herausforderungen werden nur von den Waffenschmieden angenommen und jenen, welche die Ansicht des Ex-Pfarrers und Ex-Bundespräsidenten Joachim Gauck teilen, daß es süß und ehrenvoll sei, fürs Vaterland zu sterben („Dulce et decorum est pro patria mori“, schrieb einst der römische Dichter Horaz). Die Bürger haben nämlich in ihrer übergroßen Mehrheit zu diesen Haltungen eine ganz andere Einstellung. Deshalb kommt das Personalpronomen *ich* zum

Einsatz. Vor einigen Wochen ließ sich die neue Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer in New York für ihre Worte feiern: „*Ich* hab’ noch einmal sehr deutlich gemacht, daß es *mein* politisches Ziel ist“, die Erhöhung der Rüstungsausgaben mit Blick auf das Zwei-prozentziel zu richten, um die Fähigkeit und die Bereitschaft zu erwerben, „in Missionen mitzugehen“. Mitgehen? Allein?

Als Alternative zum Personalpronomen wird auch gern das Wort „Deutschland“ eingesetzt, ganz aktuell, wenn es um die Beteiligung an einer Mission in der Straße von Hormus geht: „*Ich* habe sehr deutlich gemacht, daß *Deutschland* bereit ist, sich zu engagieren.“ Hat die Dame gefragt, wie die Stimmung in der Bevölkerung zur zunehmend aggressiven Außenpolitik der Bundesregierung ist? Sie hat gute Gründe, sich diese Frage zu verkneifen. Die einzigen, die sie und ihre momentan noch vorge-setzte Kanzlerin mitnehmen können, sind die profitorientierten Konzerne. Die tun das sogar freiwillig.

Im Kinderbuch des Norwegers Thorbjörn Egner „Die Räuber von Kardemomme“ singen die drei Räuber nach jedem gelungenen Raubzug für den Erhalt ihrer Grundsicherung:

Wir nehmen nur mit,
was man mitnehmen kann,
wir sind Kasper, Jesper und Jonathan.

Die heutigen politischen Akteure in Regierungsverantwortung haben einen neuen Vers gefunden:

Wir nehmen nur mit,
und das tun wir auch gerne,
die Waffenschmieden
und die Autokonzerne.

Die ganze regierungsoffizielle Argumentation ist so verlogen und morsch wie das komplette politische System. **H. Sch.**

Kapitalismus zerstört und tötet

Selbst der Papst kommt um die Feststellung nicht herum: „Kapitalismus braucht Krieg.“ Und die Bundesregierung handelt in diesem Sinne. Die „Verteidigungs“-ausgaben sollen 2020 auf über 47 Mrd. Euro erhöht werden – ein Geschäft, das für die Rüstungskonzerne sprudelnde Gewinne verspricht. Der Rüstungsgigant Rheinmetall beispielsweise steigerte seinen Umsatz im ersten Halbjahr 2019 auf 2,8 Mrd. Euro und den Nettogewinn um rund 20 % auf 110 Mio. Euro. Die Börse bedankte sich für diese Zahlen mit einem Anstieg der Aktie des Konzerns um über 6,7 %. So wird mit der Produktion von Waffen und deren Export in alle Welt zum Zwecke der Kriegsführung Profit gemacht. Selbst in Deutschland gültige gesetzliche Regelungen über ein Verbot von Waffenlieferungen in Krisengebiete werden durch Unternehmen mit der Schaffung von Tochterfirmen in anderen Ländern umgangen.

Eines der jüngsten Beispiele dafür, wie Kapitalismus zerstört und tötet, ist die Offensive türkischer Truppen gegen die Kurden in Nordsyrien. Auch hier dient die Phrase vom „Kampf gegen den Terror“ wieder als Vorwand. Mit dem Einmarsch soll offensichtlich das seit langem bestehende Ziel der Abspaltung Nordsyriens erreicht werden. Die türkisch-deutsche „Waffenbrüderschaft“ begann bereits mit dem 1. Weltkrieg und setzt sich bis heute fort. Seit Jahren beliefert Deutschland die Türkei mit Rüstungsgütern, allein in den ersten 4 Monaten für über 184 Mio. Euro. Im Jahr 2005 kaufte die Türkei 354 deutsche Kampfpanzer vom Typ Leopard 2, der zu den modernsten der Welt zählt. Und keiner soll glauben, daß diese Waffen nicht zum Einsatz kämen. Sie wurden auch an die Kurden im Irak geliefert und werden von ihnen, wie diverse Veröffentlichungen vermuten lassen, in Nordsyrien

eingesetzt. Deutsche Waffen bringen den Tod – für beide Seiten. Kriegsgerät wird an jeden geliefert, der zahlen kann. Damit bleiben deutsche Waffenfirmen deutschen militaristischen Traditionen treu. Erinnerung sei hier nur an den Rüstungskonzern Krupp, der schon vor dem 1. Weltkrieg Waffen in alle Welt verkaufte, die dann gegen die eigene kaiserliche Armee gerichtet wurden. Überliefert ist die Tatsache, daß bei der Seeschlacht am Skagerak deutsche und britische Schiffe Granaten mit Krupp-Zündern einsetzten – im Namen Gottes und des Profits.

Nachfragenswert ist auch, in welchem Umfang Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen für den Krieg forschen. Das wird von der Bundesregierung – selbst nach Anfrage – verschwiegen. Gesetzliche Regelungen, die derartige Forschungen untersagen, sind kein Hindernis, munter weiterzumachen. Auch die USA förderten die militärische

Forschung an deutschen Hochschulen mit Millionen von Dollar.

Hochrüstung und die Einkreisung Rußlands und Chinas stehen ganz oben auf der Agenda deutschen Vormachtstrebens, wie damals, als der deutsche Kaiser den Satz vom „Platz an der Sonne“ prägte. Durch die NATO wird im kommenden Jahr das Manöver „Defender 2020“ – das größte seiner Art seit 25 Jahren – mit Stoßrichtung gegen Rußland vorbereitet. Aufmarschgebiet wird Deutschland sein. Rußland wird reagieren: Die Eskalation ist schon jetzt

vorprogrammiert. Die Kosten für das Manöver belaufen sich voraussichtlich auf über 340 Mio. Dollar, Umweltschäden, allein durch den CO₂-Ausstoß, nicht inbegriffen. All das dient der Vorbereitung auf einen modernen Krieg mit neuesten Massenvernichtungswaffen. Die zerstörerischen Ausgaben fressen die natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen der Länder auf, die nicht nur im Kampf gegen die Erderwärmung, sondern auch bei der Bekämpfung von Armut, Kriminalität und Rauschgiftkonsum erforderlich wären.

Das politische Kalkül der Herrschenden setzt darauf, den geistigen Dämmerzustand deutscher Bürger aufrechtzuerhalten, damit Protest und Widerstand gegen Hoch- und Kriegsrüstung kleingehalten werden.

Doch es gilt zu begreifen: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Rettung unseres Planeten. Es geht um den Kampf zur Rettung des Menschengeschlechts und der Menschlichkeit.

Dietmar Hänel
Flöha

Warum der Kapitalismus sich nicht reformieren läßt

Mit ihrem „globalen Klimastreik“ vom 20. September erreichte die „Fridays for Future“-Kampagne gegen den CO₂-Ausstoß bzw. die Erderwärmung einen vorläufigen Höhepunkt. Erstmals kritisierte Greta Thunberg das „Märchen vom ewigen Wachstum“ vor der UN-Versammlung. Während der öffentliche Druck wächst, bieten Politiker und Konzerne ein Bild der Konfusion, bemüht um Trittbrettfahrerei, Scheinlösungen und Ummarmungstaktik. Dabei geriet in linken Medien die ursprünglich fordristische Ideologie des „sanften, regulierbaren, sozial-marktwirtschaftlichen Kapitalismus“ in den Fokus. Während Jean Ziegler in seinem neuesten Buch den Kapitalismus als „nicht reformierbar“ bezeichnet, geistert diese gefährliche Verharmlosungstheorie noch immer in den Köpfen vieler Linker, auch beim Führungspersonal der PDL, als Patentlösung herum. Inbegriffe Erhardscher „sozialer Marktwirtschaft“ wurden das „Häuschen im Grünen“ und das Privatauto, von dem es (2016) schon 45 Millionen in der BRD gab: Öffentliche Verkehrsmittel wurden eingestellt oder reduziert, Nahversorgungsgeschäfte geschlossen, Großmärkte entstanden (gemäß den Konzentrationstendenzen marktwirtschaftlicher Konkurrenz) an Knotenpunkten autogerechter Siedlungen. Ballungsräume und vergreisende abgeschnittene ländliche Gebiete waren die Folgen. Lohnabhängige

wurden autoabhängige fleißige Sparer, Kreditnehmer, Versicherungs- und Werkstattkunden. Der Ölmarkt boomte mit dem „Blut der kapitalistischen Wirtschaft“. So hatte Henri Ford 1908 mit seiner Geschäftsidee der „Tin Lizzy“-Autos vom Fließband den „American Dream“ unter doppelter Ausbeutung der leicht erhöhten Kaufkraft der Produktionsarbeiter selbst geschaffen. Die deutschen Faschisten hatten diese Idee – weil sie für die „Volksgemeinschafts“-Ideologie nützlich schien – 1937 mit dem „Volkswagen“ aus Wolfsburg aufgegriffen. Für die Containment-Politik der USA nach 1947 wurde dieses Konsum-Modell zum wichtigsten Integrationsfaktor in Westeuropa und ein scharfes propagandistisches Schwert gegen die ÖPNV-Orientierung der sozialistischen Länder. Als Konjunkturmotor, auch für den Export, förderte die BRD mit ihrer Verkehrspolitik ein rapides Wachstum des Autoverkehrs mit allen seinen Folgen.

Durch technologisch-wissenschaftliche Neuerungen treibt der Kapitalismus einen Fortschritt voran, der ihn zunehmend überfordert und infrage stellt. Quelle der sich katastrophal verschärfenden, immer häufiger kaum noch kontrollierbaren Widersprüche, Klassenkämpfe, weltweiter imperialistischer Konflikte und Umweltzerstörung ist die Umsetzung dieses Umbruchs durch die zwangsläufige brutale Verwertung innovativer Produktivkräfte nach den anachronistischen Wirtschaftsprinzipien des Kapitalismus. Der Grundwiderspruch der privaten Aneignung der Produktivkräfte und Ressourcen, des Mehrwerts, zur gesellschaftlichen Produktion der Werte ist als die Ursache der brisanten ökologischen Probleme deutlich erkennbar, manifestiert sich sogar in allen Spielarten einer „öko-kapitalistischen“ Umweltpolitik.

Obwohl die cyber-technologischen und weitere Innovationen ein Potential neuer Möglichkeiten bieten – international solidarisch abgestimmt, vernetzt und planvoll –, die bedrohlichen Menschheitsprobleme zu lösen, setzt sich der ruinöse Umgang mit den lohnabhängigen Menschen und unser aller Lebensgrundlagen fort.

Karl Marx weist darauf hin, daß „... die sämtlichen Wissenschaften in den Dienst des

Kapitals gefangengenommen sind ... Die Erfindung wird dann ein Geschäft und die Anwendung der Wissenschaft auf die unmittelbare Produktion selbst ein für sie bestimmender und sie sollicitierender [antreibender] Gesichtspunkt.“ (Grundrisse der politischen Ökonomie; MEW 23/600). Der Wissenschaftler verwandelt sich zu einem seinem eigenen Produkt entfremdeten „Humankapital“. Sogar Erkenntnisse von Universitäten unterliegen diesem Verwertungszusammenhang: Produziert und angewendet wird nur noch, was Profit bringt oder Konkurrenten aussticht: keine Antibiotika-Forschung, keine Umwelttechnik, die nicht gleich was abwirft, aber nicht marktreifer gefährlicher Technologie-Schrott, giftige Pharmazeutika, Abgas-Mogel-Elektronik, umsatz- und wachstumsförderliche Wegwerfprodukte, z. B. von kurz bemessener kalkulierter Haltbarkeit und mit hohem Plastik-Anteil, ständiger Modellwechsel und mit werbe-psychologischer Finesse inszenierte Mode-Konsumkampagnen, Waffentechnologie, immer neue Warenfetische, frei von Gebrauchswert, zur marktgerechten fremdbestimmt-uniformen „individuellen Lifestyle-Selbstoptimierung“ der entfremdeten Konsumenten, unsinnige umweltschädliche globale Warentransporte und vernichtende Kriege zur Ausbeutung von Billiglohnländern, ihrer Bodenschätze und Landwirtschaft. Die Profite werden privatisiert, die Schadenslasten und jede Präventionsforschung sozialisiert – durch Steuergeld-Subventionen und Verbraucherpreise.

Eine „Umgewöhnung“ jahrzehntelang mit allen Mitteln auf ständig steigenden Energie- und Güterkonsum getrimmter Menschen, von denen viele ihr Selbstwertgefühl nach Kaufkraft definieren, andere auf gerade noch erschwingliche Grundversorgung angewiesen sind, schafft gefährliche Unruhe. Zumal sich Teile der Jugend von diesem Modell abgewandt zu haben scheinen.

Das sind einige Gründe mehr, der Pflege illusionärer „sozial-marktwirtschaftlicher“ Vorstellungen unter Linken eine Absage zu erteilen, weil solche Ideen verhindern, daß grundlegende Erkenntnisse über die Ursachen der System- und Umweltkrise errungen werden.

Jobst Heinrich Müller

Am 21. Dezember feiert

Edda Winkel

aus Hönow ihren 80. Geburtstag. Edda hat sich seit Jahren mit vielen feuilletonistischen Beiträgen, welche die Handschrift einer erfahrenen, fest zur Sache des Sozialismus stehenden Pädagogin und früheren Schulleiterin tragen, im „RotFuchs“ verdient gemacht.

Liebe Edda, wir danken Dir für Dein verlässliches Engagement und wünschen Dir von Herzen bestmögliche Gesundheit und Kraft für alles Kommende.

Karl Marx und die Philosophie

Die früheste Quelle, die man zur vorliegenden Thematik prüfen kann, ist Karl Marx' Abituraufsatz im Fach Deutsch „Betrachtung eines Jünglings bei der Wahl eines Berufes“, Trier 1835. Darin vertrat er folgende deistische Position: „Dem Tiere hat die Natur selber den Wirkungskreis bestimmt, in welchem es sich bewegen soll, und ruhig vollendet es denselben, ohne über ihn hinauszustreben, ohne auch nur einen anderen zu ahnen. Auch dem Menschen gab die Gottheit ein allgemeines Ziel, die Menschheit und sich zu veredeln, aber sie überließ es ihm selber, die Mittel aufzusuchen, durch welche er es erringen kann; sie überließ es ihm, den Standpunkt in der Gesellschaft zu wählen, der ihm am angemessensten ist, von welchem aus er sich und die Gesellschaft am besten erheben kann. [...]“

Aber wir können nicht immer den Stand ergreifen, zu dem wir uns berufen glauben; unsere Verhältnisse in der Gesellschaft haben einigermaßen schon begonnen, ehe wir sie zu bestimmen imstande sind. [...]

Die Geschichte nennt diejenigen als die größten Männer, die, indem sie für das Allgemeine wirkten, sich selbst veredelten [...].

Wenn wir den Stand gewählt, in dem wir am meisten für die Menschheit wirken können, dann können uns Lasten nicht niederbeugen, weil sie nur Opfer für alle sind, dann genießen wir keine arme, eingeschränkte, egoistische Freude, sondern unser Glück gehört Millionen, unsere Taten leben still, aber ewig wirkend fort, und unsere Asche wird benetzt von der glühenden Träne edler Menschen.¹

Im Brief an seinen Vater, der in Trier Rechtsanwalt war, schrieb der Student der Rechtswissenschaft Marx am 10. November 1837 aus Berlin: „Der Begriff ist ja das Vermittelnde zwischen Form und Inhalt. In einer philosophischen Entwicklung des Rechts muß also eins in dem andern hervorspringen; ja die Form darf nur der Fortgang des Inhaltes sein. [...] Am Schlusse des materiellen Privatrechtes sah ich die *Falschheit* des Ganzen, das *im Grundschemata an das Kantische grenzt* [siehe die von Immanuel Kant in der Schrift „Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre“ vorgenommene Klassifizierung der Verträge], in der Ausführung gänzlich davon abweicht, und wiederum war es mir klar geworden, *ohne Philosophie sei nicht durchzudringen*. So durfte ich mit gutem Gewissen mich abermals in ihre Arme werfen [...]“²

Marx schrieb im März 1841 in der Vorrede zu seiner Doktordissertation: „Die Philosophie, solange noch ein Blutstropfen in ihrem weltbezüglichen, absolut freien Herzen pulsiert, wird stets den Gegnern *mit Epikur* zurufen: ‚Gottlos aber ist nicht der, welcher mit den Göttern der Menge aufräumt, sondern der, welcher die Vorstellungen der Menge den Göttern andichtet.‘

Die Philosophie verheimlicht es nicht. Das *Bekenntnis des Prometheus*: ‚Mit einem Wort, ganz haß' ich all und jeden Gott' ist ihr eigenes Bekenntnis, ihr eigener Spruch gegen alle himmlischen und irdischen Götter, die *das menschliche Selbstbewußtsein* nicht als *die oberste Gottheit* anerkennen. [...] Prometheus ist *der vornehmste Heilige und Märtyrer im philosophischen Kalender*.“³

Nach der griechischen Sage stahl Prometheus dem Göttervater Zeus aus dem Olymp Feuer – das Mittel der Erleuchtung, ohne das man in der Dunkelheit nichts erkennen kann – und brachte es den Menschen. Dafür bestrafte Zeus den Prometheus damit, daß er ihn an einen Felsen im Kaukasus schmiedeten ließ und die Raben ihm immer wieder seine nachwachsende Leber aushackten. Das heißt, nach der Sage war es das größte Verbrechen, daß nicht nur die Götter am Olymp, sondern auch die Menschen über Feuer, d. h. Erleuchtung, Aufhellung, Aufklärung, Erkenntnis bzw. Einsicht verfügten! Erkenntnis, gewonnen aus Erfahrung, wird somit – im Unterschied zu anderen Lebewesen – eine spezifische Eigenschaft der Menschen.

Goethe – er starb, als Marx 14 Jahre jung war – hatte die Aufklärung der Menschen, d. h. das Erarbeiten und Vermitteln von Kenntnissen, als wesentlich für die Entwicklung des Menschengeschlechtes angesehen. Er schrieb in seinem Gedicht „Prometheus“:

Bedecke deinen Himmel, Zeus, mit
Wolkendunst!

Und übe dem Knaben gleich, der Disteln
köpft,

an Eichen dich und Bergeshöh'n!
Mußt mir meine Erde doch lassen stehn.

Und meine Hütte, die du nicht gebaut,
und meinen Herd, um dessen Glut du
mich beneidest.

Ich kenne nichts Ärmeres unter der Sonne
als euch Götter.

Ihr nähret kümmerlich von Opfersteuern
und Gebetshauch

eure Majestät und darbtet, wären nicht
*Kinder und Bettler hoffnungsvolle
Thoren*. [...]

(Hervorhebungen: E. K.)

Marx hat diesen zuletzt angesprochenen Gedanken Ende 1843 für die mit Arnold Ruge vorbereitete neue Zeitschrift „Deutsch-Französische Jahrbücher“ aufgegriffen und folgendermaßen in seinem Einleitungsartikel „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ so weiterentwickelt: „Der Mensch, der in der phantastischen Wirklichkeit des Himmels, wo er einen Übermenschen suchte, nur den *Widerschein* seiner selbst gefunden hat, wird nicht mehr geneigt sein, nur den *Schein* seiner selbst, nur den Unmenschen zu finden, wo er seine wahre Wirklichkeit sucht und suchen muß.

Das Fundament der irreligiösen [also der atheistischen, von der irdischen Realität ausgehenden, 1841 zu Leipzig in Ludwig Feuerbachs Werk „Das Wesen des Christentums“

dargelegten] Kritik ist: *Der Mensch macht die Religion*, die Religion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst [wie ein Kind] entweder noch nicht erworben oder [wie ein Bettler oder Senior] schon wieder verloren hat.“ Hier fügte Marx sein Menschenbild an: „Der Mensch, das ist die *Welt des Menschen*, Staat, Sozietät [also Gemeinschaft, Gesellschaft]. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein *verkehrtes Weltbewußtsein*, weil sie eine *verkehrte Welt* sind. Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt [eine Art Weltanschauung], ihr enzyklopädisches Kompendium, ihre Logik in populärer Form [möglicherweise Marx' Anspielung auf Hegels 1812 und 1817 veröffentlichte Werke „Wissenschaft der Logik“ und „Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften“], ihr spiritualistischer Point-d'honneur [Ehrenpunkt], ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die *phantastische Verwirklichung* des menschlichen Wesens, weil das *menschliche Wesen* keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen *jene Welt*, deren geistiges *Aroma* die Religion ist. [...] Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volks.

Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf*. Die Kritik der Religion ist also im *Keim die Kritik des Jammertales*, dessen *Heiligenschein* die Religion ist. [...] Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die *Kritik der Religion* in die *Kritik des Rechts*, die *Kritik der Theologie* in die *Kritik der Politik*. [...]

Resümieren wir das Resultat: Die einzig *praktisch* mögliche Befreiung Deutschlands ist die Befreiung auf dem Standpunkt *der Theorie*, welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt. [...] Die *Emanzipation des Deutschen* ist die *Emanzipation des Menschen*. Der *Kopf* dieser Emanzipation ist die *Philosophie*, ihr *Herz* das *Proletariat*. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie.“⁴

„Aufhebung des Proletariats“ bedeutete für Marx die Überwindung der ökonomischen Ausbeutung und der rechtlichen Erniedrigung werktätiger Massen. „Verwirklichung der Philosophie“ bedeutete für Marx die kritische und schöpferische praktische Nutzung allgemeinsten Erkenntnisse über die Entwicklung der Natur, der menschlichen Gesellschaft und der Wissenschaften und Künste zur Neugestaltung

1 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (nachfolgend: MEW), Bd. 40, S. 591 f., 594

2 MEW, Bd. 40, S. 6 f. – Hervorhebungen: E. K.

3 MEW, Bd. 40, S. 262 f. – Hervorhebungen: E. K.

4 MEW, Bd. 1, S. 378 f. und 391 – Hervorhebungen: Marx; die Einfügungen in eckigen Klammern: E. K.

der Werke tätigen menschlichen Individuen und Gemeinschaften.

Nachdem Ludwig Feuerbach die christliche Religion als eine der beiden „Säulen“, auf denen die Macht im feudalen Preußen vor 1848 ruhte (der König von Preußen übte zugleich die Oberaufsicht über die evangelischen Kirchen aus), vor allem mit seinem Werk „Das Wesen des Christentums“ (1841) kritisiert hatte, setzte sich Marx das Ziel, die andere „Säule“, die Politik in Preußen, zu kritisieren, weil er darin bis 1843 die letzte Grundlage der gesamten Gesellschaft sah. Diese Kritik wollte er unter der Form einer Kritik der Rechtsphilosophie Hegels darlegen, in der das Staatsrecht abgehandelt worden war.⁵ Das war sein erster Plan für die Kritik an der damals bestehenden Gesellschaft. Marx machte also die Einleitung der Artikelserie „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ für den Druck fertig.⁶

Nicht zuletzt durch den Artikel „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“⁷ den Engels aus Manchester an Marx als Mitherausgeber der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ nach Paris gesandt hatte, erkannte Marx etwa im Frühjahr des Jahres 1844, daß nicht die Politik, sondern die Ökonomie die wichtigste Grundlage der Gesellschaft ist. So entwickelte er seinen zweiten Plan der Kritik an der damals bestehenden Gesellschaft. Er wollte ein Werk „Kritik der Politik und Nationalökonomie“ schreiben, worüber er am 1. Februar 1845 einen Vertrag mit einem Verleger abschloß.⁸ Marx begann in diesem Sinne etwa ab April 1844 in Paris an seinem ökonomischen Manuskript zu arbeiten.⁹

Diesem Plan folgte dann der dritte, und zwar mit dem bekannten Titel „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (bestehend aus sechs Büchern), den Marx am 1. Februar 1859 in einem Brief an Joseph Weydemeyer¹⁰ und kurz danach der Öffentlichkeit mitteilte¹¹ und den er schließlich als Untertitel seines Hauptwerkes „Das Kapital“ nahm.¹²

In einschlägigen Bücherkatalogen findet man: „Marx (Carl) Zur Kritik der politischen Ökonomie. Hft. 1 pp. VIII.170 Berlin, 1859, 8°“.

In dieser Annonce wurde der Publikationsbeginn eines wissenschaftlichen Systems mitgeteilt, welches die Wissenschaft Politische Ökonomie umwälzen sollte und mit den

Worten begann: „Ich betrachte das System der bürgerlichen Ökonomie in dieser Reihenfolge: *Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit; Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt.*“¹³

Auf diese Veröffentlichung hatte Marx – mit Unterbrechungen – seit Mitte 1844 hingearbeitet; mit ihr begann bis zu seinem Tode ein Forschungs- und Darstellungsprozeß, welchen er allerdings nicht selbst in die gedachte vollendete Form bringen konnte.

Der dargelegte Plan mit seinen sechs Büchern umfaßte die Basis der bürgerlichen Gesell-

Bedingungen „die Empörung [!] der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten [!], vereinten [!] und organisierten [!] Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist.“¹⁵ Marx hat also durchaus auf Bedingungen verwiesen, nicht einer Art Automatismus des Geschichtsprozesses das Wort geredet.

Marx schrieb über die geschichtliche Berechtigung und Rolle der Bürgerklasse: „Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist.“¹⁶

Weitere vier Jahre später erkannte er aus der Herrschaft der Pariser Kommune, dem weltgeschichtlich ersten Versuch der Schaffung eines neuen Gesellschaftstyps, daß die Arbeiterklasse „lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen, sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der [...] Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“¹⁷

Die Problematik des Übergangs zu einem neuen Zivilisationstyp beschäftigte Marx seitdem, wie das auch aus seinen kritischen Randglossen zum Entwurf des Gothaer Parteiprogramms ersichtlich ist: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie

sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt [...] *Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre.* Der entspricht auch eine *politische Übergangsperiode* [!], deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats.*“¹⁸

Das Bewußtwerden und Bewußtmachen dieser weltgeschichtlich grundlegenden Umwälzung hat – wie in diesem kurzen Überblick gezeigt wurde – 1843/44 mit den neuartigen philosophischen Erkenntnissen von Marx und Engels begonnen.

Eike Kopf
Erfurt



Aufmarsch

Karl Hubbuch (1926)

schaftsordnung, die zu schaffen die weltgeschichtliche Aufgabe der Bürger- oder Kapitalistenklasse ist.

Diese Entwicklung ist – obwohl sich die handelnden Personen dessen nicht bewußt waren – mit der Reformation, der frühen bürgerlichen Revolution im 15./16. Jahrhundert ausgelöst worden, die in den Niederlanden, in England, in den USA, in Frankreich und schließlich in Deutschland, Österreich-Ungarn, China [Nov. 1911], Rußland [29. Februar 1917], Deutschland und Österreich-Ungarn [1918] bis ins 20. Jh. hinein ihre Fortsetzungen fand.

Schon bei der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1864 gab Marx hinsichtlich der Arbeiterklasse zu bedenken: „Ein Element des Erfolges besitzt sie, die *Zahl*. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.“¹⁴

Im gleichen Sinn veröffentlichte er drei Jahre später im ersten Band des „Kapitals“ als

13 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie.

Vorwort. In: MEW, Bd. 13, S. 7

14 MEW, Bd. 16, S. 12

5 Siehe Marx' Manuskript zur Kritik des Hegelschen Staatsrechts (§§ 261–313). In: MEW, Bd. 1, S. 203–333

6 Siehe MEW, Bd. 1, S. 378–391

7 Siehe MEW, Bd. 1, S. 499–524

8 Siehe MEW, Bd. 27, S. 618, Anm. 6, u. S. 672, Anm. 365

9 Siehe Ökonomisch-philosophische Manuskripte. In: MEW, Bd. 40 (= Ergänzungsband Schriften bis 1844, Teil I), S. 465–588

10 Siehe MEW, Bd. 29, S. 570 u. 572 f.

11 Siehe Zur Kritik der politischen Ökonomie.

Vorwort. In: MEW, Bd. 13, S. 7

12 Siehe Marx an L. Kugelmann, 28. 12. 1862. In: MEW, Bd. 30, S. 639; MEW, Bd. 23, S. 13

15 MEW, Bd. 23, S. 790 f.

16 K. Marx: Das Kapital. Bd. 3. In: MEW, Bd. 25, S. 457

17 MEW, Bd. 17, S. 343

18 MEW, Bd. 19, S. 20, 28; Hervorhebungen: E. K.

Flüchtlingsfrage, globaler Kapitalismus und das Überleben der Menschheit

Das Gift des Hasses

Der faschistische Mörder von Halle sieht sich in einem „Rassenkrieg“, mit dem Ziel, möglichst viele „Antiweiße“ zu ermorden. Juden seien dabei „bevorzugt“. Da es ihm nicht gelang, in der Synagoge ein Massaker anzurichten, schoß er auf eine Straßenpassantin und in einen Dönerladen. Der Haß auf Minderheiten hat stets ein übergeordnetes Prinzip: Menschenfeindlichkeit. Synagoge oder Dönerladen – für Faschisten ein zu vernachlässigender Unterschied.

Menschenfeindlichkeit ist kein Alleinstellungsmerkmal der Neonazis. Sie charakterisiert das Profitsystem, in dem der Ellenbogen immer mehr und die Empathie immer weniger zählt. Und hier liegt – so bitter das ist – das Bindeglied zwischen dem mörderischen Verbrechen und dem dumpfen Alltagsrassismus, von dem so viele befallen sind. Letzterer kommt nicht von alleine, sondern ist das Resultat einer permanenten Massenmanipulation. Thilo Sarrazin oder Björn Höcke, Alexander Gauland oder Hans-Georg Maaßen, Alice Weidel oder Friedrich Merz und nicht nur sie huldigen offen oder verbrämt dem völkischen Prinzip. Und die Medien liefern ihnen die Podien. Die Manipulation ist kein Selbstzweck. Mit dem sich erweiternden Weltwirtschaftskrieg und dessen verheerenden Folgen, mit jedem gefährdeten Arbeitsplatz, mit jedem zusätzlichen Arbeitslosen, mit der steten Erweiterung des Niedriglohnssektors, mit den explodierenden Mieten – mit all diesen zunehmend zur Normalität werdenden Auswüchsen des Kapitalismus wächst die Notwendigkeit für das Kapital, Sündenböcke zur Hand zu haben. Kurz, Horst Seehofer und Boris Johnson, Viktor Orban, Jaroslaw Kaczynski und wie sie alle heißen liefern diese. Das Gift des Hasses frisst sich in alle Poren der Gesellschaft. Die nachfolgenden Zeilen habe ich einen Tag vor dem Anschlag von Halle geschrieben. Es gibt Tage, da möchte man verzweifeln. Es begann mit dem ZDF-„Morgenmagazin“ vom 7. Oktober. Zwei SPD-Mitglieder aus dem Ruhrgebiet – der Vater, Ingenieur, zweiundsiebzigjährig, und der Sohn, Chemiker – wurden vom ZDF-Reporter im Anschluß an eine der SPD-Regionalkonferenzen gefragt, warum sich ihre Partei in einem so schlimmen Zustand befinde. Die Antwort: Das bewirke deren Flüchtlingspolitik. Überall fehle es an Geld für notwendige Dinge. Für die Flüchtlinge aber sei es da. Das könnten die Menschen nicht verstehen. Offenkundig ist das so – sehr viele Menschen akzeptieren das Erklärungsmuster, die Flüchtlinge seien schuld an jeglicher Misere. Von SPD-Genossen erwartet man das nicht unbedingt. Doch auch für die beiden ist nicht die Agenda 2010 schuld. Es sind nicht die enormen, der Militarisierung geopfert Summen. Es war nicht der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien, in dem ein SPD-Bundeskanzler erstmalig nach 1945 deutsche Soldaten wieder töten ließ. Es ist nicht die irrsinnige,

zuvörderst der deutschen Wirtschaft schädende Rußland-Politik der großen Koalition oder deren unverbrüchliche Verbundenheit zum US-Imperialismus. Nicht diese und weitere Todsünden brachten die SPD an den Abgrund: Es ist die Flüchtlingspolitik. Und das, obwohl kaum noch welche hier ankommen. Am selben Tag ging ich zum Reha-Sport und hörte mir – meine erste Übung auf dem Rad absolvierend – fünfzehn Minuten lang das Gespräch zwischen zwei Frauen an. Als bald waren sie bei den Flüchtlingen. Die bekämen alles und würden das auch verlangen. Und



Aus einer demokratischen Republik G. Grosz (1926)

alle wollten nach Deutschland. Besonders die Schwarzen; und was im Görlitzer Park laufe, wisse ja jeder. Aber wenn man das sage, sei man gleich ein Nazi. Nun würden bald wieder so viele kommen wie 2015. Und die Herkommenen kriegten dann in Deutschland viele Kinder. In fünfzig Jahren würde hier der Islam herrschen, wenn es so weitergehe. Klar: Man könne die nicht ersaufen lassen. Aber zurückbringen müsse man sie: nach Libyen, in die Türkei oder wo die sonst noch herkämen. Nachdem ich mein Pensum bewältigt hatte, stieg ich vom Rad und ging zu den beiden. „Entschuldigen Sie“, sprach ich sie freundlich an, „ich habe ihr Gespräch unfreiwillig mitgehört und möchte Sie etwas fragen. Warum spielt es für Sie keine Rolle, daß viele Menschen vor den Kriegen fliehen, die vor allem der Westen, darunter wir, in den Herkunftsländern der Flüchtenden führt und mit Waffenlieferungen befeuert?“

„Die fliehen nicht vor dem Krieg“, wurde mir entgegengehalten. „Und warum“, so meine Frage, „riskieren die Menschen ihr Leben und das ihrer Kinder?“ Die Antwort: „Weil sie zu uns nach Deutschland wollen.“ In Afrika sei

kein Krieg, und gerade die Schwarzen kämen, sagte eine. Sie sei in Afrika gewesen. Ich verzichtete darauf, Kriege in Afrika aufzuzählen und darauf hinzuweisen, daß die EU mit subventionierten Waren die afrikanischen Kleinbauern ins Elend konkurriert. Zu ungehalten die Gesichter meiner Gesprächspartnerinnen. „In Afrika verhungern sie nur“, sagte ich. „Ja – aber die können nicht alle zu uns nach Deutschland kommen.“ Ich flüchtete zum nächsten Gerät.

Danach wurde nur noch getuschelt, wenn ich in der Nähe war. Was ich hörte und wohl auch hören sollte, war: „Man wird ja wohl noch seine Meinung sagen können.“ Das galt für mich eher nicht. Auch diese Frauen wollten nicht belehrt werden, was sie zu sagen und zu denken haben. Dabei hatte ich nur eine Frage gestellt.

Ein Extrem? Nein – der Alltag! So auch die Phrase, wir könnten ja nicht alle aufnehmen. Niemand bei vollem Verstand wird annehmen, „alle“ würden kommen. Aber – mit dieser Feststellung kann sich jede und jeder total aus der Verantwortung stehlen. Wir verantworten Kriege mit. Kann sein – aber wir können nicht alle aufnehmen. Wir beuten die ärmsten Länder aus. Ja, aber wir können nicht ... Menschen verhungern, aber Bürgerkriege werden durch unsere Waffenlieferungen angeheizt. Möglich, aber ... Nicht die werden an den Pranger gestellt, die vom Elend in der Welt profitieren, sondern diejenigen, deren Leid am größten ist. Das sich dahinter auch verborgene Maß an fehlender Empathie schmerzt. Und dennoch kann man Menschen, denen die gesellschaftlichen Verhältnisse das Gefühl verkümmern ließen, nicht einfach abschreiben.

Nicht abschreiben heißt nicht, sich ihnen anzupassen. Es heißt für Linke, eine Politik zu verfechten, die geleitet ist von den Interessen der lohnabhängigen und prekär lebenden Menschen, und zugleich darüber aufzuklären, daß das Profitsystem Kriege, Umweltzerstörung und soziale Verelendung verursacht. Der Liberalismus gibt keine brauchbaren Antworten. Wir müssen diese Wahrheiten aussprechen, müssen antikapitalistisch denken und agieren – und uns kümmern um den Alltag der Menschen, gleich welcher Nationalität und Hautfarbe. Wir dürfen nicht hinter dem zurückbleiben, was Hans-Jürgen Urban formulierte, der auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag die meisten Stimmen erhielt: „Wir leben heute in einem globalen Kapitalismus, der die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen spaltet.“ Dieser wachse, indem er die Natur zerstöre. „Die Überwindung dieses Modells ist zur Überlebensfrage der Menschheit geworden.“

Ellen Brombacher

(Aus „Junge Welt“, 14. Oktober 2019)

Ellen Brombacher ist Mitglied im Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke.

Aus dem Programm der Partei Die Linke

Offene Grenzen für Menschen in Not!

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Linke lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen für das Kapital als „nützlich“ oder „unnütz“ gelten. Wir wollen die soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen erreichen. Der Familiennachzug muß sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein. Die Förderung der sprachlichen Entwicklung und die Förderung des Bildungserfolges sind wichtig, aber nicht ausreichend für die Integration. Wir wollen die strukturellen Diskriminierungen beim Zugang zu Bildung, zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen beseitigen. Allen in Deutschland lebenden Menschen ist unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine

Gesundheitsversorgung zu garantieren. Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen. Die Linke setzt sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft ein. Das erfordert vor allem demokratische Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten in allen gesellschaftlichen Entscheidungen. Die Linke setzt sich für das aktive und passive Wahlrecht für all jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sowie für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die Einbürgerung muß wieder erleichtert werden. Doppelte Staatsbürgerschaften sollen grundsätzlich möglich sein. Die Linke ist für die Anerkennung von zertifizierten, im Ausland

erworbenen Qualifikationen für alle Migranten-gruppen. Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, gegen jede Form von Sondergesetzen wie die Residenzpflicht sowie gegen Sammellager. Die Abschottungspolitik der EU ist unmenschlich – wir wollen keine Festung Europa. Die Linke richtet ihre Flüchtlingspolitik nach Humanität und Menschenrechten, so daß der Schutz von Menschen in Not im Vordergrund steht und nicht ordnungspolitische oder ökonomische Überlegungen. Deshalb setzt sich Die Linke für die Abschaffung der Grenzschutz-agentur Frontex ein, die das wichtigste Abschottungsinstrument der EU darstellt.



Etwa 13 000 Menschen haben am 13. Oktober in Berlin gegen Antisemitismus und neonazistische Gewalt demonstriert. Nach einer Kundgebung am Bebelplatz und einer Schweigeminute zog der Protestzug in Richtung der Neuen Synagoge in Mitte. Mit der Protestkundgebung vier Tage nach dem Terroranschlag in Halle wollte das Bündnis „unteilbar“ damit ein deutliches Zeichen setzen. Bereits einen Tag zuvor waren Menschen in vielen Städten mit derselben Zielsetzung auf die Straße gegangen.

Der faschistische Anschlag von Halle

Der Anschlag von Halle mit zwei Todesopfern hat die Debatte um Rassismus und Antisemitismus in Deutschland neu entfacht. Statt wohlfeiler Sonntagsreden geht ein Zusammenschluß migrantischer, antirassistischer und antifaschistischer Kräfte nun einen Schritt weiter. Vom 1. bis 3. November 2019 tagt in Chemnitz und Zwickau ein zivilgesellschaftliches Tribunal. An den drei Tagen werden die Opfer von Rassismus und Antisemitismus beklagt, Täter an- und die „Gesellschaft der vielen“ eingeklagt. Einst hatte der NSU aus den sächsischen Städten Chemnitz und Zwickau heraus seine rassistischen Morde und Anschläge verübt. Das Umfeld des Nazinetzwerks ist noch immer aktiv. Die milden Urteile im NSU-Prozeß haben die Neonaziszene ermuntert, ihr mörderisches Treiben fortzusetzen. Dies zeigen

die Hetzjagden auf Migrantinnen und Migranten in Chemnitz im letzten Jahr, die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und der Anschlag von Halle. Auch der Aufschwung der AfD – als parlamentarischer Arm der Neonazis – belegt, daß autoritäre, antidemokratische und faschistische Tendenzen in Teilen der Gesellschaft zunehmen.

Jeden Tag stellen sich migrantische, antifaschistische und antirassistische Menschen dem Rechtsruck entgegen – auch in Sachsen. Auf dem Tribunal werden Betroffene und Angehörige von Opfern die Geschichten rassistischer Gewalt von den 70er Jahren bis heute erzählen und sichtbar machen. Der Widerstand von Migranten und solidarischen Menschen soll hörbar werden. Am Tribunal beteiligen sich unter vielen anderen

Ali Tulasoglu, dessen Restaurant im Oktober 2018 in Chemnitz von Nazis niedergebrannt wurde, der Arabische Verein für Kultur und Integration, der diesen Sommer trotz starker Anfeindungen am Karl-Marx-Kopf in Chemnitz das Zuckerfest feierte, die „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektas“ und Mitat Özdemir von der Initiative „Herkesin Meydani – Platz für alle“ aus der Kölner Keupstraße, in welcher der NSU 2004 einen Bombenanschlag verübte, sowie das Netzwerk „We’ll come united“, das im Sommer eine Tour durch Lager und abgeschiedene Unterkünfte von Geflüchteten in Sachsen unternommen hat. (...)

Initiative „NSU-Komplex auflösen“

www.nsu-tribunal.de/anklage

Europaparlament entlastet Nazideutschland

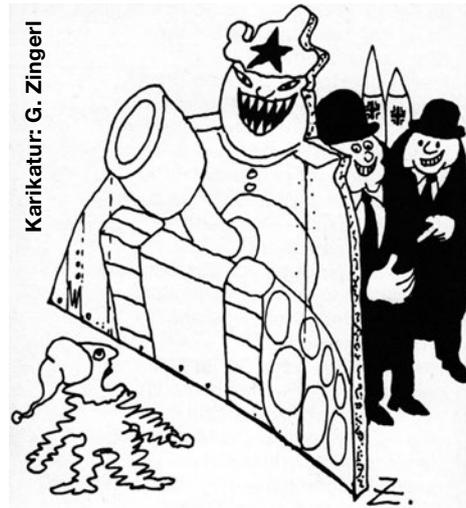
Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus ist seit Jahren fester Bestandteil konservativer – und zunehmend auch sozialdemokratischer – Geschichtspolitik. Vor allem aus osteuropäischen EU-Staaten kommen regelmäßig Initiativen, die fordern, man müsse sich „gleichermaßen“ vom deutschen Faschismus wie von kommunistischen Regimen beziehungsweise Ideologien distanzieren. So wurde schon 2008 in der sogenannten Prager Deklaration über „Europäisches Bewußtsein und Kommunismus“ die „Gleichheit“ kommunistischer und faschistischer Verbrechen beschworen. Zu den Unterzeichnern gehörte der spätere Bundespräsident Joachim Gauck. Solche Vorstöße zur Umdeutung der Geschichte haben in der Vergangenheit stets zu vernehmbaren Protesten vonseiten progressiver Historiker, Geschichtsaktivisten und Organisationen geführt. Jüdische Organisationen kritisierten insbesondere, damit werde auch die Schoah als singuläres Ereignis relativiert. Derzeit scheint jedoch der rechte Revisionismus die Oberhand gewonnen zu haben. Denn von Protesten war kaum etwas zu spüren, als das Europäische Parlament im September 2019 noch eins drauflegte: Eine Mehrheit von 81 Prozent der Abgeordneten verabschiedete eine Resolution, die über bisherige „Totalitarismus“-Erklärungen weit hinausgeht, indem sie die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg direkt leugnet. Der Weltkrieg, so das Europaparlament, sei vielmehr vom Nazireich und der Sowjetunion gleichermaßen herbeigeführt worden.

Der zentrale Satz in der Resolution „Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ lautet, „daß vor 80 Jahren, am 23. August 1939, die kommunistische Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutsche Reich den als Hitler-Stalin-Pakt bekannten Nichtangriffspakt und dessen Geheimprotokolle unterzeichneten, womit die beiden totalitären Regime Europa und die Hoheitsgebiete unabhängiger Staaten untereinander aufteilten und in Interessensphären einteilten und damit die Weichen für den Zweiten Weltkrieg stellten“. Und damit man genau versteht, was gemeint ist, wird zwei Seiten später noch nachgeschoben, daß der Weltkrieg „als unmittelbare Folge“ dieses Paktes und der Zusatzprotokolle „ausbrach, in deren Rahmen die beiden gleichermaßen das Ziel der Welteroberung verfolgenden totalitären Regime Europa in zwei Einflußbereiche aufteilten“.

Alles klar also? Der Zweite Weltkrieg wurde nicht etwa von Nazi-Deutschland begonnen, sondern war ein gemeinsames Projekt Hitlers und Stalins. Solche reversionistischen Darstellungen à la „Historikerstreit“ stießen früher auf große gesellschaftliche Widerstände. Heute dagegen finden sie größte Zustimmung: Für die Resolution stimmten nicht nur die Fraktionen der Europäischen Volkspartei (EVP), der Konservativen und Reformisten (EKR) sowie der Liberalen (Re-new), sondern auch die der Sozialdemokraten (S&D) und der Grünen. Ablehnung kam fast ausschließlich

von der Linken (GUE/NGL). Ein klares Zeichen für den Rechtsruck in Europa, auch auf geschichtspolitischem Feld.

Keine Frage: In manchen osteuropäischen Staaten, insbesondere im Baltikum und in Ungarn, ist die Geschichtsklitterung schon so weit fortgeschritten, daß man geradezu froh sein könnte, sie würden sich auf eine „Gleichsetzung“ von rechts und links beschränken. Tatsächlich aber macht sich im Baltikum eine Rehabilitierung faschistischer Kollaborateure der Kriegszeit breit, die keinen Zweifel daran läßt, daß die Kommunisten (oder gleich die Russen) das allergrößte Übel der



„Ein bißchen verstaubt und wurmstichig ist das Stück ja, aber es tut immer noch seine Dienste.“

Weltgeschichte gewesen seien. Der Holocaust wird zwar nicht direkt bestritten. Aber jüdische Einwohner, die sich damals zu den sowjetischen Partisanen retteten (wohin auch sonst?!), stehen im Ruf von Vaterlandsverrättern.

An einer Stelle wird dies in der Resolution wenigstens angesprochen, wenn sie „verurteilt, daß in einigen EU-Mitgliedsstaaten Geschichtsrevisionismus betrieben wird und Personen verherrlicht werden, die mit den Nationalsozialisten kollaborierten“. Roß und Reiter werden hier freilich nicht genannt, was den Abgeordneten dieser Länder die Zustimmung ermöglichte. Ganz anders, wo es um das heutige Rußland geht: Es wird gleich mehrfach als Inbegriff des Schurkenstaats markiert. Man sei, so die Resolution, „zutiefst besorgt angesichts der Bemühungen der derzeitigen russischen Führung, historische Tatsachen zu verfälschen und die vom totalitären Regime der Sowjetunion begangenen Verbrechen schönzufärben“. Die russische Gesellschaft wird aufgefordert, „ihre tragische Vergangenheit aufzuarbeiten“. Halte den Dieb, kann man da nur sagen.

Die anderen Passagen der Resolution bekräftigen, was schon bisher vom Europaparlament verlautbart wurde: Daß zwar die NS-Verbrechen schon alle „aufgeklärt“ seien, das Bewußtsein für die stalinistischen Verbrechen aber „nach wie vor dringend geschärft“

werden müsse. Wiederholt wird das „gemeinsame Erbe der von kommunistischen, nationalsozialistischen und anderen Diktaturen begangenen Verbrechen“ beschworen; zustimmend wird darauf hingewiesen, daß in einigen EU-Staaten sowohl die kommunistische als auch die nationalsozialistische „Ideologie“ verboten seien (wie sich eine Ideologie verbieten läßt, wird hier nicht weiter problematisiert). Ebenfalls zustimmend wird auf die Verbote von sowjetischen beziehungsweise kommunistischen und faschistischen Symbolen verwiesen (wobei zumindest in der Praxis des Baltikums Hakenkreuze gerne als Ausdruck vorfaschistischer Traditionen ausgelegt werden).

Widerspruch gegen die Resolution kam fast nur von links. Die spanische GUE/ NGL-Abgeordnete Sira Rego machte darauf aufmerksam, daß es auch innerhalb der EU noch ausreichend Staaten gibt, die sich einer politischen und juristischen Aufarbeitung des Faschismus verweigern: Sie komme aus einem Land, „das voller Plätze und Straßen ist, welche die Namen franquistischer Mörder tragen“.

Keine Frage: Die Bestimmungen in den geheimen Zusatzprotokollen von 1939 sind skandalös. Die sowjetische Führung ahnte nur zu gut, daß diese das eigene Image untergraben könnten, weshalb ihre Existenz bis 1989 gelehnt wurde. Durchaus nachvollziehbar ist auch, daß sich die baltischen Staaten und Polen nicht nur als Opfer Deutschlands, sondern auch der Sowjetunion betrachten. All das ändert aber nichts daran, daß es Nazi-Deutschland war, das auf den Weltkrieg systematisch vorbereitet hat. Zu behaupten, im August 1939 sei eigentlich noch alles offen gewesen und erst die sowjetische Unterschrift unter die Abkommen habe die „Weichen“ für den Krieg gestellt, impliziert den Umkehrschluß: Die Sowjetunion habe es damals in der Hand gehabt, den Weltkrieg zu verhindern. Das ist eine grobe Leugnung der Kriegsschuldfrage. Die Sowjets verhielten sich damals taktisch und versuchten, aus der desolaten Lage in Europa das Beste für sich herauszuholen. Für die Entstehung dieser Lage waren aber in erster Linie die Nazis verantwortlich. Und nicht nur sie: Die portugiesische Abgeordnete Sandra Pereira (GUE/NGL) und die lettische Abgeordnete Tatjana Schdanoka (Grüne) machten auf das Münchner Abkommen von 1938 aufmerksam. Damit, so Pereira, hätten die kapitalistischen Großmächte den Beginn des Zweiten Weltkrieges und den Einmarsch in die Sowjetunion vorbereitet. Als Ziel der Resolution benannte sie den Versuch, die Verantwortung der kapitalistischen Staaten für die NS-Verbrechen zu vertuschen.

Ulla Jelpke, MdB (Partei Die Linke)

(Leicht gekürzt aus: „Ossietzky“, 20/2019; siehe hierzu auch den Beitrag von Ulrich Schneider: Resolution aus der Fälscherwerkstatt, „junge Welt“ vom 8. Oktober 2019)

Die Resolution im Netz:

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021_DE.pdf

EIN PROLETARISCHES WEIHNACHTSMÄRCHEN

Die drei Freunde

Es war einmal eine ungeheure Stadt, die von unzähligen Menschen bewohnt war. Ein kleiner Teil dieser Menschen war sehr reich, und dieser Teil herrschte über alle übrigen, zwang sie, für ihn zu arbeiten, und gab ihnen einen so armseligen Lohn, daß die vielen mit ihren Kindern hungern mußten und im kalten Winter fast erfroren. In dieser ungeordneten Stadt lebten auch drei Freunde.

Der eine war ein alter, weiser Mann, der sein ganzes Leben hindurch in allen Büchern der Welt studiert hatte, um zu erfahren, wie man Unrecht in Recht verwandeln könne. Er war darüber ganz gebeugt geworden, sein langer, weißer Bart hing ihm beim Gehen fast zur Erde nieder. Der zweite war ein Arbeiter, der in einer der Fabriken der Reichen schuftete und dort täglich erkannte, wie ungerrecht es sei, daß die Faulenzer herrlich leben, während die Fleißigen hungern müssen. Der dritte aber war ein ganz junger Bursche, fast noch ein Kind, der Sohn eines armen Bäuerleins, das ein einziges kleines Feld und eine magere Ziege besaß. Auch Kaspar, so hieß der Bauernbursche, lernte schon frühzeitig die Ungerechtigkeit der Welt erkennen, wenn er die riesengroßen Felder und Herden bestaunte, die den Reichen gehörten, und dann das armselige Feld und die magere Ziege des Vaters betrachtete.

Am Feierabend kamen der Arbeiter, der Melchior hieß, und Kaspar häufig zu dem alten Manne, der den Namen Balthasar trug. In dessen Dachkammer saßen sie und sprachen über alles, was sie am Tage erlebt hatten; am häufigsten jedoch redeten sie darüber, wie man eine gerechte Welt aufzubauen vermöchte, in der jeder, der ehrlich arbeitet, auch ein gutes Leben hat. Der alte Balthasar schob die Brille zurecht, holte dickbäuchige Bücher herbei und wollte mit deren Hilfe das Rätsel lösen. Melchior aber lachte ihn aus, freilich auf gutmütige Art, denn er liebte den alten Freund, besah seine starken Fäuste und sprach: „Nicht deine gelehrten Bücher, lieber Balthasar, werden die neue Welt bauen, sondern meine starken Fäuste, zusammen mit denen meiner Arbeiterbrüder.“

Der kleine Kaspar jedoch, der, während er das Feld umgrub oder die magere Ziege weidete, viel grübelte, meinte: „Ich glaube, das Wissen und die starken Fäuste werden zusammen die neue Welt erbauen.“

Nun war der Winter gekommen, ein böser Winter mit wilden Schneestürmen und eisiger Kälte. Die Armen litten furchtbar, und niemand wollte ihnen helfen.

Da kam eines Abends Kaspar zu den Freunden gelaufen. Er schüttelte den Schnee von der Mütze und rief aufgereggt: „Hört, Freunde, ich hatte heute Nacht einen seltsamen Traum: Ich sah ein unendliches schwarzes Meer. Ein furchtbarer Sturm fegte darüber hin, blaue Blitze zuckten durch die Wolken, die Wellen waren hoch wie Häuser, und viele Schiffe, die auf dem Meer schwammen, wurden in die Tiefe gerissen. Furchtbare Angst überkam

mich, denn plötzlich befand auch ich mich auf einem Schiff, über das die Wogen hinwegspülten. Mit einem Male aber wurde es am Himmel hell, und aus einer nachtschwarzen Wolke schimmerte ein wunderbarer roter Stern hervor. Der Sturm legte sich, das Meer wurde still, leuchtete blau und friedlich, die Schiffe aber, die alle mit nützlichen und schönen Dingen beladen waren, fuhren in einen weißschimmernden Hafen ein. Und als ich gleich den anderen Seefahrern ans Land stieg, gelangte ich in eine wunderschöne Stadt. Dort gab es keine elenden Häuser und engen, schmutzigen Straßen. Alle Menschen lebten in schönen, von Gärten umgebenen Gebäuden. Und alle Menschen waren gut gekleidet und genährt, sahen froh und glücklich aus. Ich hielt auf der Straße einen Mann an und fragte ihn: ‚Wo bin ich?‘ ‚Du bist in der glücklichen Stadt der Werktätigen‘, antwortete er. ‚Hier geht es allen, die ehrlich arbeiten, gut.‘ Da dachte ich an euch und an alle Armen unserer Stadt und fragte weiter: ‚Wie gelangt man in diese Stadt?‘ Und der Mann erwiderte: ‚Folge dem roten Stern!‘ – Da erwachte ich.“

Die drei Freunde sprachen noch lange über den wunderlichen Traum und was er wohl für eine Bedeutung habe. Kaspar meinte: „Ich werde nun jeden Abend zum Himmel aufblicken, und wenn ich den roten Stern sehe, so werde ich ihm folgen, bis ich die glückliche Stadt der Werktätigen erreicht habe. Dann aber kehre ich zurück, um euch und alle Armen zu holen.“

Am folgenden Abend sagte Melchior, noch auf der Türschwelle stehend: „Auch ich sah in dieser Nacht den roten Stern.“

„Erzähle! Erzähle!“ riefen die beiden anderen, und Melchior hub an: „Ich sah vor mir ein ungeheures leeres Feld. Von zwei Seiten wälzten sich große, dicke, graue Staubwolken heran. Als ich genauer hinblickte, erkannte ich, daß es zwei Heere waren, die nun auf dem weiten Feld miteinander kämpften.

Das eine Heer war prächtig gekleidet, seine Soldaten ritten auf guten Rossen, und es verfügte über alle Waffen, die es auf der Welt gibt. Und zu Beginn waren auch seine Soldaten zahlreicher als die des anderen Heeres. Das andere Heer aber war in Lumpen gekleidet, die Soldaten hatten keine Schuhe an den Füßen und sie besaßen gar armselige Waffen. Und plötzlich befand auch ich mich unter den Zerlumpten und kämpfte mit ihnen. Aber die Schöngekleideten bedrängten uns gar sehr und stießen uns immer wieder zurück. Schon fürchtete ich, daß wir besiegt würden, da warf ich einen Blick nach rückwärts – und siehe: von allen Seiten strömten neue Zerlumpte herbei, und immer neue, und sie schlossen sich uns an und kämpften auf unserer Seite. Es entspann sich eine furchtbare Schlacht. Kanonen dröhnten, Schüsse knatterten, der Pulverrauch war so dicht, daß man nichts zu sehen vermochte. An meiner Seite fielen die Kameraden, und abermals ward mir bang ums Herz. Da teilte sich jählings der

dichte graue Rauch und ich sah hoch oben am Himmel einen roten Stern leuchten. Und im gleichen Augenblick drangen die Zerlumpten jubelnd vor, und die Feinde waren besiegt. Ich aber erwachte.“

„Es ist doch seltsam“, sprach Kaspar, „daß auch du den roten Stern sahst. Dies muß etwas bedeuten.“

„Ja“, nickte Melchior. „Deshalb will ich mit dir ausziehen und dem roten Stern folgen.“

Balthasar aber schüttelte den Kopf. „Träume sind Schäume. Seid nicht töricht, Freunde, und wagt keine Abenteurer, die euch das Leben kosten können.“

Melchior wollte zornig werden, aber Kaspar sprach: „Wir wollen warten, ob auch Balthasar den roten Stern sieht.“

„Ja“, entgegnete der Alte, „sehe auch ich ihn, so bin ich bereit, mit euch zu gehen.“ Aber heimlich seufzte er ein wenig, denn seine müden, alten Füße fürchteten den weiten Weg.

„Wir dürfen aber nicht allein gehen“, warf Melchior ein. „Denn erst, als alle Zerlumpten sich uns angeschlossen hatten, leuchtete der rote Stern auf, und wir konnten siegen.“

Sie beschloßen, falls Balthasar in der Nacht den roten Stern sähe, alle Armen der Stadt, Männer, Frauen und Kinder, mit sich zu nehmen.

Am folgenden Abend riefen, Balthasars Stube betretend, Kaspar und Melchior wie aus einem Munde: „Sahst du den roten Stern?“

Der alte Balthasar nickte. Er machte ein sehr ernstes, ja trauriges Gesicht und sagte: „Freunde, bevor ich meinen Traum erzähle, muß ich euch etwas gestehen: Als ihr gestern davon sprach, dem roten Stern zu folgen, lachte ich über eure Träume, weil ich vor der langen Wanderung, dem stürmischen Meer und dem Kampf Angst hatte. Ich wollte euch nicht verlassen und darum suchte ich euch zurückzuhalten Verzeiht mir!“ Und der arme, alte Balthasar sah so betrübt und beschämt drein, daß Kaspar ihm um den Hals fiel und Melchior ihm tröstend auf die Schulter klopfte:

„Schon gut, alter Freund, wir sind dir nicht böse.“

„Aber jetzt erzähle deinen Traum“, rief Kaspar ungeduldig.

Der alte Balthasar gehorchte: „Ich stieg einen hohen, steilen Berg hinan, durch einen dichten Wald. Auf der einen Seite war ein furchtbarer Abgrund, auf der anderen standen die Bäume so eng beieinander, daß schwarze Nacht herrschte und man kaum drei Schritte weit sehen konnte. Wurzeln und Gestrüpp wucherten aus der Erde, man mußte sich mit unsäglicher Mühe den Weg bahnen. Hoch oben, über den Wipfeln der mächtigen Bäume, leuchtete am Himmel ganz schwach und blaß der rote Stern. Müde und verzagt schritt ich dahin, stützte mich auf einen dicken Eichenknüppel, den ich mir selbst geschnitzt hatte. Da überkam mich mit einem Male eine entsetzliche Angst. Ich wußte nicht, wovor ich mich fürchtete, fühlte

nur, daß mir das Herz bis an die Kehle schlug und kalter Schweiß über meine Stirn floß. Nun führte mein Weg an einer tiefen, dunklen Höhle vorbei. Im Gehen lugte ich hinein und erblickte eine schauerliche Gestalt. Ein riesenhaftes, hageres Weib mit Raubvogelkrallen und einem Totenkopf erhob sich von der Erde, wo es geschlafen hatte, und sprang mit einem Satz vor mich hin. ‚Du Narr‘, höhnte die schrille Stimme des Weibes, ‚du willst dem roten Stern folgen? Glaubst du etwa, ich lasse dich an meiner Höhle vorbei? Oder denkst du, Schwächling, du könntest mich besiegen? Wisse, ich bin eines der gefährlichsten Ungeheuer, die im Kampf-Wald hausen. Wohl an die Tausend kamen auf ihrer Wanderung bis zu meiner Höhle, doch konnten sie mich nicht besiegen, und ihre toten Knochen bleichen im Walde.‘

‚Wer bist du?‘, fragte ich zitternd.

‚Ich bin die Feigheit‘, antwortete das Weib, und derweil ich es betrachtete, wuchs es und wuchs, wurde immer größer und größer und ward immer furchtbarer anzusehen, so daß mir vor Furcht die Sinne schwanden. Da hob ich in meiner Herzensangst die Augen zum Himmel empor und sah den roten Stern klar und herrlich leuchten. Mit einem Mal verschwand aus meinem Herzen das Bangen, ich hob meinen dicken Eichenknüppel und schlug dem Ungeheuer auf den scheußlichen Kopf; schlug ein-, zwei-, dreimal. Es schrie auf und stürzte tot zu Boden.

Ich aber wanderte weiter und vergaß alle Angst und Müdigkeit. Nach einer Weile gelangte ich zu einer Quelle, beugte mich nieder und trank von dem frischen Wasser. Auf den Steinen der Quelle hüpfte eine Bachstelze hin und her, und es schien mir fast, als verbeuge sich der kleine Vogel ein ums andre Mal vor mir. Um nicht unhöflich zu erscheinen, verbeugte auch ich mich. Da begann der kleine Vogel zu singen, und ich verstand seine Worte: ‚Guter Freund‘, sang der kleine Vogel, ‚du hast das furchtbare Ungeheuer des Kampf-Waldes besiegt. Nun mußt du noch den Drachen töten, der sich auf dem Goldfelsen sonnt. Dann ist der Weg frei in die glückliche Stadt der Werktätigen.‘

‚Was für ein Drache ist das, kleiner Vogel?‘

‚Der Drache Kapital. Seit Jahrhunderten verschlingt er Menschen und Dinge und wird dennoch nicht satt. Aber du darfst ihn nicht fürchten. Zwei Waffen vermögen ihn zu töten: Arbeitsame Fäuste und ehrliches Wissen.‘

‚Ich besitze nur die eine Waffe, kleiner Vogel‘, sagte ich verzagt. Aber der Vogel lachte und zwitscherte: ‚Sieh dich doch um, sieh dich doch um!‘ Als ich gehorchte, sah ich dich, Melchior, an der Spitze deiner Kameraden heranmarschieren und hinter diesen kamst du, Kaspar, gefolgt von deinen Freunden. Da wußte ich, daß uns der Sieg gewiß sei. Wir zogen zusammen weiter, gelangten an den Goldfelsen, auf dem der feuerspeiende Drache hockte, erschlugen ihn und wanderten

weiter. Als wir in der Ferne die Türme und Dächer der glücklichen Stadt der Werktätigen aufleuchten sahen, erwachte ich.“

Die drei Freunde beschlossen nun, in der folgenden Nacht auszuziehen, zusammen mit allen Armen der Stadt, Männern, Frauen und Kindern, um dem roten Stern zu folgen. Als sie an der Spitze einer großen Schar durch das Stadttor traten, sahen sie den roten Stern am Himmel leuchten und folgten ihm. Und alles kam so, wie die drei Freunde es geträumt hatten. Sie mußten den Kampf-Wald durchwandern und mit den Ungeheuern ringen, mußten auf dem großen Feld eine gewaltige Schlacht gegen die Schöngekleideten schlagen, mußten ein unendliches, nachtschwarzes Meer überqueren und kamen bei einem furchtbaren Sturm fast ums Leben.

Als sie aber vor dem Tore der glücklichen Stadt der Werktätigen standen, deutete Kaspar auf den strahlenden roten Stern und jauchzte: „Seht doch, der Stern, der uns geführt hat, ist wahrlich unser Stern, er trägt im Herzen die Zeichen der Arbeit: Hammer und Sichel!“

Und jubelnd, siegesfroh zogen sie alle durch die Tore der Stadt.

Hermynia Zur Mühlen

Aus „Das Schloß der Wahrheit“, Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg 1924

GEDANKEN ZUR ZEIT

Wie man einen Autor besser verstehen kann, als er sich selbst versteht „Ein reines Geistwesen“

Pater Anselm Grün, promovierter Theologe (Doktorarbeit über Karl Rahner) und – nach eigener Angabe – Autor von eher 250 als 200 Büchern, darunter Werke über Engel („Engel der Barmherzigkeit“, „Engel der Sanftmut“, „Engel der Geduld“ usw.) hat in einem Fernseh-Interview auf die Frage seines Gesprächspartners: „Was ist Gott?“ geantwortet: „Gott ist ein reines Geistwesen.“

Bravo, Pater! Das ist doch einmal eine bemerkenswert positive theologische Aussage, ohne Wenn und Aber, ohne Mystifizierung oder Hintertürchen, klar und deutlich, wie es besser scholastischer Tradition entspricht und auch und gerade dem Atheisten mit zwingender Logik einleuchtet!

Besondere Beachtung gebührt dabei dem Attribut „rein“ (lat. purus), mit dem der Begriff der Gottheit von allem Unreinen gereinigt und substantiell gesondert wird. Rein – wir nehmen den Autor beim Wort – heißt pur, unvermischt, frei von jedweder Zutat, ohne alles, was den Begriff des reinen Subjektes, hier des Geistwesens, in irgendeiner Weise einschränken, trüben, ja gar beflecken könnte.

Was, fragen wir da, könnte dieses Befleckende, Unreine, Schmutzige sein? – Nun, von anderen uns bekannten geistigen oder geistbegabten Wesen, nämlich von Menschen, wissen wir,

daß sie mit Körpern behaftet sind. Alles Körperliche aber, die Materie schlechthin, gilt von alters her als Widerpart des Geistes, wiewohl nach neuerer Ontologie der Körper der Träger des Geistes ist, das Fundament, auf dem dieser „aufruh“ (lat. Condicio sine qua non, ohne die es den Geist als Funktion höchstentwickelter Biomasse gar nicht geben kann.

Nicht so indes das „reine Geistwesen“, der Geist Gottes, der nach Anselm Grün frei über den Wassern schwebt, ledig allen materiellen Ballastes und damit, weil körperlos, auch ohne alle Personalität. Ein apersonaler Geist also, was – wie wir sogleich sehen werden – so manches bislang unlösbar scheinende theologische Rätsel nunmehr obsolet erscheinen läßt.

Ein Wesen ohne Körper ist nämlich nicht nur geschlechtslos (womit aller patriarchalen und aller feministischen Theologie in gleicher Weise eine Abfuhr erteilt ist), ein Wesen ohne Körper hat natürlich auch keinen Kopf, kein Gehirn, weder Stammhirn noch Rinde, kein limbisches System und keinen Cortex, kann also, hirnlos, wie es nun einmal ist, weder denken noch fühlen, weder wahrnehmen noch empfinden und somit auch keine moralischen oder intellektuellen Akte vollziehen. Damit entfallen alle jene personalen Attribute, die die klassische Theologie der Gottheit

von alters her zuzuschreiben pflegt: Allgüte, All-Liebe und Allbarmherzigkeit (Denn wo und wie, an welchem Sitz eines Gemüts sollten Gefühle der Empathie erzeugt und wahrgenommen werden, wenn kein neuronales Substrat existiert?), oder Wissen, gar Allwissenheit oder Allweisheit (Wo, in welchem Organ, auf welcher Festplatte sollten Informationen gespeichert werden?), ferner Allmacht (Entfällt mangels Masse und Energie!), Gerechtigkeit (Ohne Wertbewußtsein und Rechtsgefühl nicht denkbar!) und schließlich auch Wille, Planung und Intention als Aktions- und Ausdrucksweisen jeglicher Personalität.

Kurz: das „reine Geistwesen“ Anselm Grüns ist Omelett ohne Ei – ein unfreiwilliger logischer Witz.

Damit, mit seiner Definition Gottes als eines „reinen Geistwesens“ – wir verneigen uns mit Bewunderung – ist Anselm Grün in der Nachfolge des großen Karl Rahner eine denkerische Glanzleistung gelungen, indem er, wenn nicht expressis verbis und vermutlich ohne bewußte Absicht, so doch logisch zwingend den Schluß auf die reale Nicht-Existenz Gottes nahelegt. – Chapeau! Denn solch logisch zwingende Schlußfolgerung aus dem Munde eines katholischen Dogmatikers zu hören, so viel sprachimplizite Rationalität ... und daß ausgerechnet einmal die

Theologie als Magd der Philosophie dienen könnte, derlei hätte gerade der skeptisch voreingenommene Atheist bislang kaum für möglich gehalten!

Und in noch einem anderen Sinne ist Anselm Grün zuzustimmen:

Wenn Gott als reines, also körper- und hirnloses Geistwesen unmöglich ist, so kann er natürlich nicht faktisch, sondern nur fiktional in den Köpfen der Menschen existieren. Dort ist sein Platz, als Gedankending

oder Hirngespinnst, dort mag er – launisch, wie er ist, bald Nutzen stiften, bald Schaden anrichten, Völkermorde gebieten oder Werke der Barmherzigkeit, je nachdem, was der Priesterschaft gerade genehm ist, und dort mag er weiterhin sein Dasein fristen von Gnaden derer, die ihn denkend erschaffen oder auch wieder vergessen.

Was aber Anselm Grün, den Meisterschüler Karl Rahners, betrifft, so schlage ich vor, ihm in Anerkennung seiner radikal

revolutionären Dogmatik als einem Aufklärer des 21. Jahrhunderts die Ehrenmitgliedschaft im IBKA (Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten e. V.) anzutragen. Sollte er bescheiden ablehnen oder sich ob der Auslegung seines oben zitierten Lehrsatzes verwundert zeigen, so bedeute man ihm, daß das menschliche Denken mitunter auch ungewollt zu durchaus richtigen Ergebnissen gelangen kann!

Theodor Weißborn

Habemus papam

Wer schreibt, will etwas loswerden, und wer das auch noch vorliest oder veröffentlicht, hat das Bedürfnis, anderen etwas mitzuteilen, sie unter Umständen auch zu belästigen mit seinem Ich, seinem Ego. Das ist auch so mit Film, Fernsehen und Theater. Es sind Multiplikatoren.

Was man selbst ist, will, erlebt hat, an Erfahrungen gesammelt hat, soll vervielfacht werden. Andere sollen es auch erfahren. Ob sie wollen oder nicht. Der Großvater erzählt es seinen Enkeln. Die winken ab und gähnen. Oder hören zu und werden klüger. Manchmal. Am ehesten landet der Erzähler noch bei denen, die ähnliches erfahren haben und mit Interesse zuhören, die angefüllt sind mit den gleichen Geschichten und Erlebnissen, die interessiert sind, wie andere damit fertig geworden sind, wie sie alles verarbeitet haben.

Zum Beispiel dieses vergangene Jahrhundert. Blut, Tränen, Morden, Ängste, Hunger, Krieg, Gefangenschaft, Verwundungen, Angriffe auf Leib und Leben, Hab und Gut, Körper und Seele.

Für den Heutigen nicht vorstellbar, nicht nachvollziehbar. Man möchte nicht hören, sträubt sich, will wegschalten, wenn Bilder kommen aus Slums, verwahrlosten Vorstädten. Verhungerte Kinder mit riesengroßen verschreckten Augen. Auf die Kamera gerichtet, auf uns. Gesichter, in denen keine Hoffnung ist. Nur der Schrecken des täglichen Lebens und Resignation. *Noch* Resignation. Die irgendwann umschlagen wird in ein großes allgemeines Sich-Wehren. Davon will man nichts wissen, Noch nicht.

Heut' ist heut'. Mit dem Morgen werden wir schon fertig werden! Meint man. Hofft man. Das werden wir uns schon vom Hals halten. Mit Terrorbekämpfung, Bundeswehr und, wenn's denn sein muß, mit amerikanischen Bomben.

Und mit Gottes Hilfe. *Unser* Gott ist stärker als der Gott, zu dem die anderen beten. Das war schon immer das Rezept. Die eigenen Waffen segnen lassen. Jeder ließ die eigenen Waffen segnen von seinem eigenen Gott.

Wenn wir schon nicht wissen, ob wir einen Gott haben, so wissen wir doch präzise, daß wir seinen Stellvertreter haben. *Habemus papam.* (*Wir haben einen Papst.*)

Ich denke an meine Kindheit und frühe Jugend. Wir hatten Pius XI. Sein Bild stand bei meiner Großmutter auf dem Nachttisch. Im

Goldrahmen. Ich betrachtete ihn so oft, daß ich seinen Gesichtsausdruck immer noch abrufbereit in meiner Erinnerung habe. Ein freundlich lächelnder, gepflegter alter Herr mit der bedeutungsvollen Tiara auf dem Kopf. Er sah so rein, sauber und fein aus und war als Mensch so weit entfernt von unserer eigenen Realität, daß er uns schon überirdisch, jenseitig und gar heilig vorkam.

Er wurde ein Jahr nach meiner Geburt inthronisiert, vielleicht sagt man auch inauguriert, und starb 1939 in den politischen Vorkriegswirren. Er hatte sich – ebenso wie sein Nachfolger – deutlich mehr gegen die Linken als gegen die unter seiner Ägide an die Macht gekommenen italienischen und deutschen Faschisten gewandt.

Es war die Zeit, in der ich den Papst sehr verehrte.

Da mein Vater aus den Schlachten vor Verdun als Atheist nach Hause kam und sich zu seinem überzeugten Freidenkertum bekannte, willigten die Großeltern nur in eine Ehe ein, wenn die Kinder katholisch erzogen wurden. Mein Vater war pfiffig genug, dem zuzustimmen, da er der Überzeugung war, daß das spätere Leben in der Arbeiter- und Industriestadt Ludwigshafen schon von selbst für eine vernünftige und realistische Regulierung sorgen würde.

Pfiffig war auch ich, als ich auszurechnen in der Lage war, daß die Liebe bei meinen Eltern schon vor der Hochzeit mit der bekannten und vielbesungenen *Himmelsmacht* zugeschlagen hatte. Und so geschah das Wunder, daß mein Geburtstag nur 5 Monate nach dem Hochzeitstag meiner Eltern lag. Auf meine neugierige Nachfrage meinte meine Oma, ich hätte mich eben beeilt, es kaum erwarten können, auf Gottes wunderbare Erde zu kommen.

Auf dieser wunderbaren Erde wurde erst einmal gehungert. Nachkrieg, Inflation, Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosenzeit sorgten dafür, daß uns die Früchte nicht in den Mund wuchsen.

Die strenge katholische Erziehung hat mein Kindsein nicht unwesentlich beeinflusst. Die exakte Einhaltung der heiligen Sakramente, wie Beichte mit Gewissensforschung, Reue und Buße, hl. Kommunion, Firmung, meine zeitweise begeisterte Tätigkeit als Ministrant, meine Mitwirkung im Kirchenchor und im Schulorchester ließen mir wenig Zeit, meinen sportlichen Neigungen nachzugehen. Diese Zeit war aber auch verbunden mit einem

permanent schlechten Gewissen. Beichte, der Zwang zur Reinheit der Seele, stetige Überprüfung auch des kleinsten Sündenfalls, dazu die Widersprüchlichkeit zwischen Religion und nationalistischen und faschistischen Komponenten in Erziehung, Schulunterricht, Kunst und Literatur, all das waren Einflüsse, die sich unheilvoll vermischten mit falsch verstandenen philosophischen Ideen von Platon und Sokrates bis zu Nietzsche und den Neukantianern. Es war ein sperriges Gepäck, mit dem wir ins Leben gingen. Eine irritierende Mischung von dogmatischem Katholizismus und Herrenmenschen-Faschismus.

So innerlich zerrissen bot sich den Nazis ein leicht zu beackerndes Feld für ihre Weltherrschaftspläne, die wir in unserer Verblendung für Weltverbesserungspläne hielten.

Mein Vater war ein strenger Mensch, im Gegensatz zu meiner immer heiteren, immer zum Lachen und Singen bereiten jungen Mutter. Ihre schwere Krankheit und ihr relativ früher Tod machten meinen Vater noch verhaltener und verschlossener. Die beiden Weltkriege, eine politisch-weltanschauliche Unentschlossenheit führten ihn zwar nicht in die Arme der Nazis, ließen ihn aber auch nicht zum aktiven Gegner werden. Er gehörte zu den 98 % der deutschen Bevölkerung, die in dem Strom mitschwamm, der ins Verderben führte.

Habemus papam.

In dem päpstlichen Segen „urbi et orbi“ kommt dem Wort Frieden eine bedeutende Stellung zu. Die katholische Religion wurde in den zweitausend Jahren mehr und mehr weltumspannend, ihre Lehre in gleichlautend fast allen Sprachen verkündet. Hinter den gewichtigen Worten Frieden, Barmherzigkeit, Demut und Nächstenliebe steht eine gewaltige Organisation mit großem ökonomischem und politischem Einfluß.

Es ist mit wissenschaftlicher Gründlichkeit nachgewiesen, daß trotz des zweitausendjährigen weltweiten Wirkens noch kein wesentlicher Krieg, noch keine einzige Massenschlächterei verhindert wurde. Im Gegenteil! Es wurde in vielen Fällen mitgezündelt. Aus welchen Gründen auch immer.

Der Ruf, nein, der Aufschrei: *Die Waffen nieder!* kam 1889 von einer Frau: *Bertha von Suttner*, einer Einzelkämpferin ohne weltweiten Einfluß.

Die Kirche nahm diesen Ruf nicht auf, vervielfachte ihn nicht, wie sie es hätte tun können.

Der Schrei ging unter im Waffengeklirr. Der I. Weltkrieg stand vor der Tür. Die Waffen gingen nicht nieder, sondern sie wurden gesegnet. Von allen Seiten. Habemus papam.

Ich bin nicht gegen Religion. Sie legt dem Menschen Fesseln an, macht ihn besser. Stellt ihn vor Hürden und zeigt ihm Grenzen. Zwingt ihn zum Gutsein. Oder erinnert ihn wenigstens daran. Manchmal!

Ich habe oft und oft erlebt, wie Religion zur letzten Hilfe wurde. Im Krieg schrien oder stöhnten die zu Tode Verwundeten zur Mutter oder zu Gott. Da sollte Gott helfen, wo es meistens zu spät war. Aber er half wenigstens am Ende. Es heißt ja nicht umsonst im Gebet: „... und in der Stunde unseres Todes, Amen.“

Man ist dabei, die „neuen Länder“ zu rekatholizieren. Sie zurückzuholen in den Schoß der alleinseligmachenden römischen Mutter Kirche. Ich glaube nicht, daß die Beute sehr groß sein wird.

Es ist auch nicht lange her, da hörte ich aus der Riege der Pfarrerstochter Angela Merkel, von der Madonna de la sedia ihrer Regierung mit dem festgetackerten ewigen Lächeln, der Uschi von der Leyen: „... ich habe die Gewißheit, Gott hält mich sicher in seinen Händen. Mir kann nichts geschehen!“

Ich habe noch den jungen Teenager Ursula in Erinnerung in dem wohlbehüteten Schoß

der Ministerpräsidentenfamilie ihres Vaters. Schon damals lächelte sie in der Gewißheit, daß ihr nichts geschehen konnte.

Wie glaubwürdig wirkt diese Aussage gegenüber den Millionen Kindern und Erwachsenen, denen täglich, stündlich etwas geschieht? Hunger, Kälte, Obdachlosigkeit, Kriege, Mord und dazu Bomben auf den Kopf, geworfen von Menschen, die sich sicher in Gottes Hand befinden.

Wie glaubwürdig ist also das, was sie sagte, wie selbstgerecht und – halten zu Gnaden! – wie arrogant.

Ich bin kein Theologe. Aber mich treiben diese Fragen um. Unzählige andere auch. Und wir haben das Recht zu fragen. Überlassen wir Gott einen Teil der Verantwortung, die wir selbst zu tragen haben, indem wir seinen Namen – wie man jetzt verlangt – in die europäische Verfassung schreiben? Im Vertrauen, daß er es schon richten wird? In der Hoffnung, daß er uns schon helfen wird? Uns, die wir schon so viel besitzen, von dem andere nur träumen können?

An welcher Stelle steht Europa bei Gott? An zweiter, nach Amerika? Vielleicht auch erst zwischen Afrika und Asien? Wem hilft Gott zuerst? Den Scheichs in den Wüsten Arabiens oder unseren Managern in ihren klimatisierten Bürofestungen, gepolstert mit Geld

und abgesichert mit Panzerglas? Als wir 1939 auszogen, im Namen unseres Vaterlandes der Welt an die Kehle zu springen, stand auf unserem Koppelschloß *GOTT MIT UNS*.

Wir haben damals eine Blutspur durch die halbe Welt gezogen, die bis heute nicht getilgt ist.

Mit wessen Hilfe geschah das? Und gegen welche anderen Götter?

Fragen über Fragen.

Aber ich habe Hoffnung.

Habemus papam.

Der Deutsche, Benedikt der XVI., rief damals bei einem Polenbesuch in Auschwitz:

Warum schläfst du, Herr? Wach auf! Vergiß Dein Geschöpf Mensch nicht! Wörtlich sagte er das. Das gibt mir Hoffnung.

Es geht mir nicht darum, gegen irgendeine Religion zu polemisieren oder zu Felde zu ziehen. Wichtig ist, alle Aspekte der katholischen Kirche, alle reformatorischen Ziele von Luther bis heute zu vernetzen, mit allen sozialen und humanistischen Bewegungen zu bündeln und ein solches Übergewicht zu schaffen, daß endlich die Welt in einen Zustand der Gerechtigkeit versetzt wird, der wenigstens in Ansätzen dem gleicht, was am Anfang des alten Testaments als Hoffnung steht: DAS PARADIES.

Rudi Kurz

Alternative für Weihnachten

Das christliche Weihnachtsmärchen ist uns allen so vertraut, daß viele meinen, es stünde in jedem Evangelium. Doch nur Lukas erzählt es, und er spannt es fast gänzlich aus jüdischen und heidnischen Legenden heraus. Und da auch Markus, Matthäus, Johannes bloß fabelten, kommt selbst Albert Schweitzer zu dem Schluß: „Es gibt nichts Negativeres als das Ergebnis der Leben-Jesu-Forschung. Der Jesus von Nazareth, der als Messias auftrat, das Gottesreich verkündete und starb, um seinem Werk die Weihe zu geben, hat nie existiert.“

So ersetze man denn Weihnachtsmetten, Festpredigten und weiß Gott welche schimärischen Glückseligkeiten durch ein wenig Besinnung auf die *Geschichte*.

Ich rate, den Christbaum wieder im Wald, die Kerzen im Kaufhaus zu lassen und lieber sich selbst ein Licht aufzustecken. Schon bei geringer Erleuchtung nämlich erhellt: so wichtig wie all das weihnachtliche Glänzen und Lügen ringsum ist wenig, und wichtiger als die Not des Nächsten fast nichts. Besser ist es, einen Hungernden zu nähren, als sich selber zu überfressen und der Industrie das Geld in den Rachen zu schmeißen. Statt jährlich dem Weihnachtsmann aus Rom zu lauschen, sollte man einmal das Kapital der Kirche kennenlernen, ihren noch immer ungeheuren Landbesitz und die Gehälter der Prälaten. Mancher würde mehr staunen als über alle Weihnachtsmirakel bei Lukas und begriffe vielleicht, warum schon bei der Geburt des Herrn Ochs und Esel zugegen waren. „Das Volk“, sagt Arno Holz, „hat lange graue Ohren, und seine Treiber nennen sich

Rabbiner, Pfarrer und Pastoren.“ Kurz, statt „Am Weihnachtsbaum die Lichter brennen“ zu singen, könnte man sich erinnern, wo's denn sonst noch brennt auf der Welt; könnte man das widerliche Spielchen fortan umkehrt spielen: alle Tage quasi Weihnachten, und nur an Weihnachten Alltag. Ich schlage vor: am mysterienreichen Geburtstag des Herrn – von der ältesten Kirche, die es doch am besten wissen mußte, am 19. April, 20. Mai und 17. November vermutet – ab sofort das berühmte Thema „Und Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind“ fahren, sämtliche Kinderchöre, Domglocken, Dompfaffen schweigen zu lassen. Jede aufkommende Sentimentalität ist verpönt, streng bestraft wird, wer einen Christbaum hat, „Ihr Kinderlein kommet“ intoniert, ein frohes Fest wünscht, von Frieden salbattet oder sonst ein frommes Wort verliert. Statt dessen werde es obligatorisch, just an diesem Tag all das verstärkt, konzentriert, nun eben mit dem ganzen christlichen elan vital und d'amour zu betreiben, was sich sonst gleichmäßig über das Jahr verteilt: die Verbreitung von Unkonzilianz, Geifer, Gift, Gewalt, die kaum getarnte Barbarei, Kampf aller gegen alle. Man intrigiere und betrüge jetzt auf Teufel komm raus an Weihnachten, man verleumde, hetze und mache den andern kaputt. Aut Caesar aut nihil, aut vincere aut mori. (*Entweder alles oder nichts, entweder siegen oder sterben.*) Wer das ganze Jahr über umbringt, begehe nun bloß noch an Weihnachten seine Raub-, Lust- oder Justizmorde. Und auch alle Kriege finden künftig nur am „dies ater“ (*schwarzen Tag*) statt.

Dafür herrsche an den übrigen 364 Tagen aber absolute Waffenruhe, schönster Friede, benehme sich jeder so, wie man glauben könnte, daß wir uns benähmen, gälte auch nur im geringsten, was an Weihnachten hier aus dem Blätterwald schallt, aus der Glotze, den Kirchen. „Und Friede den Menschen auf Erden ...“ – während die Menschheit in jeder Minute des Jahres fast eine Million Mark für Rüstung hinwirft und alle paar Sekunden ein Kind verhungert. „Stille Nacht, heilige Nacht, *alles schläft ...*“ Wahrhaftig, so ist es.

Karlheinz Deschner
(1975; RF-Archiv)

Buch-Tips zum Thema:

- Karlheinz Deschner: Abermals krähte der Hahn. Eine kritische Kirchengeschichte. Eine Demaskierung des Christentums von den Evangelisten bis zu den Faschisten (div. Aufl.; EA 1962)
- Karlheinz Deschner: Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege (div. Aufl.; EA 1982/83)
- Karlheinz Deschner: Kirche und Faschismus. Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1968
- Kaspar Mayr: Der andere Weg – Dokumente und Materialien zur europäisch-christlichen Friedenspolitik. Verlag Glock und Lutz, Nürnberg 1957

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Wilhelm Piecks Beitrag im Kampf um die Aktionseinheit

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen

Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

20. November 1975

Der Herbst 1929 ist eine bewegte und angespannte Zeit im Leben Wilhelm Piecks – als Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands Mitstreiter Ernst Thälmanns, zugleich Politischer Sekretär der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz der KPD, Reichstagsabgeordneter und Abgeordneter des Preußischen Landtags. Im Oktober weilt er in der Tschechoslowakei auf einer Agitationsreise, wird verhaftet und nach Deutschland abgeschoben. Anfang November reist Pieck nach England, um vor Arbeitern zum Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu sprechen. Im selben Monat wird er in die Berliner Stadtverordnetenversammlung und in den Preußischen Staatsrat gewählt. Immer steht Wilhelm Pieck in der vordersten Reihe des Kampfes.

Im Oktober des Jahres 1929 werden die Menschen in den kapitalistischen Ländern durch den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise aufgeschreckt. Ausgehend von den USA greift die Krise rasch um sich und erschüttert das gesamte kapitalistische System bis in seine Grundfesten. Zu den am härtesten betroffenen Ländern gehört Deutschland. Die politische Krise der Weimarer Republik, seit 1928 immer deutlicher sichtbar, spitzt sich durch die Wirtschaftskrise rasch zu, die Widersprüche zwischen Monopolkapital und Arbeiterklasse mehren sich. Der Klassenkampf verschärft sich in diesen Jahren außerordentlich. Die Großbourgeoisie sieht den Ausweg im Abbau bürgerlich-parlamentarischer Herrschaftsformen und im Übergang zu unverhüllter diktatorischer Machtausübung. Die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals und der Großagrarier sehen diesen Ausweg in Gestalt der faschistischen Diktatur. Sie bedienen sich in zunehmendem Maße der Hitlerpartei. Riesengroß wird die Gefahr, die über Deutschland heraufzieht.

Not und Elend brechen über das Volk herein, vor allem über die Arbeiterklasse. Bald werden zehn bis zwölf Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter gezählt. Die Löhne sinken. Die Lebenshaltung der Werktätigen in Stadt und

Land liegt um 50 Prozent unter dem amtlich errechneten Existenzminimum. Verzweiflung erfaßt große Teile des Volkes. Viele, allzu viele lassen sich durch die nationale und soziale Demagogie der Nazis einfangen. Andererseits ist der revisionistische Einfluß auf erhebliche Teile der organisierten Arbeiterklasse nach wie vor bedeutend. Die Frage nach einer echten antikapitalistischen Alternative wird lebensnotwendiger denn je.

Die Kommunisten bieten diese Alternative. Am 24. August 1930 veröffentlicht das Zentralkomitee der KPD in der „Roten Fahne“

manns den Volkskampf gegen die drohende faschistische Diktatur. Wilhelm Pieck gehört zum Kollektiv der leninistischen Parteiführung, zu den hervorragenden Organisatoren dieses Kampfes. Im Auftrage der Fraktion der KPD erklärt er am 27. Oktober 1930 im Reichstag in einer großen Auseinandersetzung mit der Faschisierungspolitik der Brüning-Regierung: „... Wir haben ein wirkliches Programm zur sozialen und nationalen Befreiung der deutschen Werktätigen aufgestellt, ... ein historisches Dokument der revolutionären Bewegung ... Dieses Programm entspricht

den Grundsätzen von Marx und Lenin, dieses Programm ist zu einem großen Teil durch die russische Revolution in der Sowjetunion bereits verwirklicht. Unter Führung der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale werden die breiten werktätigen Massen den Kampf gegen die einheimischen und ausländischen Bedrücker führen ...“²

Die werktätigen Massen in einer einheitlichen Front gegen Imperialismus, Faschismus und drohenden Krieg zusammenschließen, ist Wilhelm Pieck wichtigstes Anliegen. Seine ganze Kraft, seine reichen politischen Erfahrungen, seine Bega-

bung und seine persönliche Haltung setzt er ein, um die Politik der KPD so zu entwickeln, daß dieses Ziel erreicht werden kann. Um die Lösung dieser Aufgabe ringt Wilhelm Pieck als Mitglied der Parteiführung der KPD und als führender Funktionär der Kommunistischen Internationale. Das Zentralkomitee delegiert ihn am 2. November 1930 als Parteivertreter der KPD zur Kommunistischen Internationale nach Moskau. Diese Funktion übt er bis Sommer 1932 aus.

Ganz im Sinne Thälmannscher Politik konzentriert Wilhelm Pieck seine Arbeit auf die Herstellung der Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten, auf die Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften zur Verhinderung der faschistischen Diktatur. Er gibt dabei hervorragende Beispiele revolutionärer Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments im Ringen um die Arbeiterein-



Der Antifaschistische Einheitskongreß am 10. Juli 1932 in Berlin vereinigte 1465 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands, darunter 132 Sozialdemokraten und 954 Parteilose.

das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“. Dort heißt es: „Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden um die Kommunistische Partei Deutschlands zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herrschaft des Kapitals zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie – sowohl im Innern wie von außen – gänzlich aussichtslos wird. Daher rufen wir alle Werktätigen, die sich noch im Banne der abgefeymten faschistischen Volksbetrüger befinden, auf, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus zu brechen, sich in das Heer des proletarischen Klassenkampfes einzureihen.“¹

Die Kommunistische Partei Deutschlands organisiert unter der Führung Ernst Thäl-

Um diese Einheit zu schaffen, muß der Hauptfeind der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes klar ins Visier gefaßt, muß sein Klassencharakter enthüllt werden. Das ZK der KPD erkennt sehr bald, daß die reaktionären Kreise der Großbourgeoisie Kurs auf die faschistische Diktatur nehmen, daß sie sich dazu der Nazipartei bedienen, daß diese Partei eine Partei des Monopolkapitals ist. Im Reichstag, in der schon erwähnten Rede, erklärt Wilhelm Pieck, daß die Hitlerpartei „von den großen Industrie- und Bankkreisen großgezüchtet, gehätschelt und mit Subventionen bedacht wird. Ja, die Bourgeoisie, die Hugenberg, Scholz und Brüning heben die Nationalsozialisten in die Ministersessel, weil sie wissen, die Nazis sind ein Arm des Monopolkapitals. Sehen Sie, hier oben auf dem Präsidentenstuhl sitzt ein Nationalsozialist, hinaufgehoben durch die Hilfe Hugenbergs, durch die Hilfe der Volkspartei, der Partei der Industriekapitäne, der Aufsichtsräte und der Großbanken ... Kann sich aber ein einziger Arbeiter in Deutschland vorstellen, daß ein Hugenberg, ein Bankdirektor der Volkspartei oder irgendein Zentrumsmitglied den Kommunisten Pieck wählt? Das kann sich keiner vorstellen. Und ich bin stolz darauf, daß mich nicht einer von ihnen gewählt hat.“³

Wilhelm Pieck prangerte in jenen Jahren immer wieder an, daß die faschistische Partei mit ihrem aggressiven Programm, mit ihrer den Interessen der reaktionären Clique des Finanzkapitals dienenden abenteuerlichen Politik der Feind der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes war, der Feind der Kommunisten und Sozialdemokraten, der Gewerkschafter und Christen, der Intellektuellen und der liberalen Bürger. Er tat das auf Versammlungen seiner Partei, auf Kundgebungen in vielen Städten, im Reichstag, im Preußischen Landtag und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Immer wieder rief er auf zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse, zum Bündnis mit den werktätigen Bauern, zur breiten Front aller Antifaschisten.

Die Nazis wollten den Kommunisten Pieck mundtot machen. Als Genosse Pieck am 25. Mai 1932 im Preußischen Landtag gegen den brutalen Terror der Hitlerfaschisten protestierte und öffentlich feststellte, daß durch die NSDAP der Massenmord gegen revolutionäre Arbeiter ins politische Leben eingeführt wurde, wollten die faschistischen Landtagsabgeordneten ihn niederschlagen. Sie griffen Wilhelm Pieck auf der Rednertribüne tätlich an, inszenierten eine Schlägerei. Die kommunistischen Abgeordneten verteidigten ihren Genossen. Der Überfall auf Wilhelm Pieck signalisierte den Ernst der faschistischen Gefahr.

Die Kommunisten antworteten auf Initiative Ernst Thälmanns am selben Tage mit dem Aufruf zur Antifaschistischen Aktion. Mit allen Mitteln sollten die Hitlerfaschisten daran gehindert werden, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen und andere Demokraten sollten sich endlich

gegen den gemeinsamen Feind zusammenschließen. Am 2. Juni 1932, eine Woche nach dem Überfall, stand Wilhelm Pieck wieder am Rednerpult des Preußischen Landtags. Zitat aus seiner Rede: „Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen zur Antifaschistischen Aktion auf, weil sie von einer ungeheuren Gefahr bedroht sind ... Mit aller Brutalität steht vor der Arbeiterschaft die Entscheidung: Will sie sich von dieser Regierung, von den Kräften, die hinter ihr stehen, in noch tieferes Elend, in den Krieg hineintreiben, sich von der faschistischen Diktatur niederschlagen lassen, oder will sie in einheitlicher Erhebung diese Regierung und die Kräfte, die hinter ihr stehen, dieses System, auf dem diese Kräfte fußen, hinwegfegen? Das ist nicht möglich durch eine neue Reichstagswahl, die jetzt oder später erfolgen soll ..., sondern nur durch den aktiven Massenkampf, durch den politischen Massenstreik der gesamten Arbeiterklasse. Wir Kommunisten rufen der Arbeiterklasse zu: Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid im revolutionären Massenkampf gegen die Bourgeoisie. Das ist der Zweck und der Sinn der Antifaschistischen Aktion, zu der die Kommunistische Partei die Massen aufruft.“⁴ Wilhelm Pieck fügte hinzu, daß die KPD alles tun werde, um die Bildung einer Naziregierung in Preußen und im Reich zu verhindern.

Immer wieder mahnte Wilhelm Pieck die Sozialdemokratische Partei, ihre Paktierpolitik, ihre Politik des Tolerierens großbürgerlicher Kräfte, ihren Antikommunismus aufzugeben, weil diese Politik unweigerlich die Spaltung der Arbeiterklasse zementierte. Das aber bedeutete, dem Faschisierungsprozeß Vorschub zu leisten. Zusammen mit John Schehr nahm Genosse Pieck am 8. Juli 1932 an der Aussprache teil, die Ernst Thälmann mit 20 sozialdemokratischen Funktionären führte, um im Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse voranzukommen. Die Antifaschistische Aktion gewann an Boden. In Betrieben wurde sie wirksam, auf dem Lande führte sie Arbeiter und Bauern zusammen. Sie wurde zur mobilisierenden Kraft der neuen Streikwelle im Herbst 1932. Der Naziterror konnte eingedämmt werden. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 büßte die Hitlerpartei über zwei Millionen Stimmen ein. Die KPD errang mit fast sechs Millionen Stimmen ihre bis dahin höchste Stimmenzahl bei Reichstagswahlen. Unermüdlich arbeitete Wilhelm Pieck, im Sekretariat des Zentralkomitees, mit dessen Leitung er Ende Mai 1932 betraut worden war, in den verschiedenen Parlamenten, in Versammlungen, in der Presse – und überzeugte immer wieder durch sein persönliches Beispiel. Auf vielfältige Weise brachte er zum Ausdruck, daß der antifaschistische Kampf in Deutschland Teil der internationalen antifaschistischen Bewegung und von großer internationaler Auswirkung war. Sieg des Faschismus in Deutschland bedeutete einen neuen Kriegsherd im Herzen Europas, bedeutete aktive Bedrohung der Sowjetunion durch die faschistische Speerspitze des internationalen Imperialismus. Antifaschistischer Sieg in Deutschland hieß Frieden für das deutsche Volk und Sicherheit

in Europa. So zugespitzt war die Klassenkampfsituation an der Jahreswende 1932/33. Im Dezember 1932 sprach Wilhelm Pieck wiederum im Reichstag. Auf dem Präsidentenstuhl saß der Faschist Göring. Mit Ernst und Leidenschaft legte Genosse Pieck den Standpunkt der KPD dar. „Immer größere Teile der werktätigen Massen begreifen“ – so sagte er in dieser Rede –, „daß ihr Leben und ihre Gesundheit, ihre ganze Existenz auf dem Spiele stehen und daß die Kommunisten recht haben, wenn sie ihnen sagen, daß ihnen weder ein Gott noch ein Hindenburg, noch ein Schleicher, noch ein Hitler oder Wels helfen wird, sondern daß alle nur dazu beitragen, das Massenelend zu vermehren; daß die Massen aus dem Elend nur herauskommen, wenn sie selbst Hand ans Werk legen, wenn sie selbst den Kampf aufnehmen und einig und geschlossen den Kampflosungen der Kommunistischen Partei folgen.“⁵ Aber diese Geschlossenheit des Handelns kam nicht mehr zustande. Die gemeinsame Front aller Antifaschisten konnte nicht geschaffen werden. Bis zuletzt lehnten rechte Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften alle kommunistischen Angebote ab. Der Faschismus trat seine grausame Herrschaft an.

Zweieinhalb Jahre nach der Errichtung der faschistischen Diktatur zog Wilhelm Pieck in Vertretung des vom Hitlerregime eingekerkerten Parteivorsitzenden Ernst Thälmann auf der Brüsseler Konferenz Bilanz des heroischen Kampfes der KPD. Er würdigte die Leistungen der Partei im Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den drohenden Faschismus, um eine breite antifaschistische Front. Und er bestätigte, daß die Hitlerherrschaft hätte verhindert werden können. Er nannte die Schuldigen an der faschistischen Diktatur, die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals. Er setzte sich mit der sozialdemokratischen Politik auseinander, welche die Einheitsfront der Arbeiterklasse verhindert hatte. Wilhelm Pieck scheute auch nicht das offene selbstkritische Bekenntnis von Mängeln und Fehlern in der Arbeit der KPD, die die Verwirklichung ihrer prinzipiell richtigen Politik hemmten. Die Erfahrungen der Jahre 1929 bis 1933 halfen ihm und anderen Genossen der Parteiführung, den neuen Weg zum Sturz der Hitlerdiktatur auszuarbeiten, jenes Programm, das den Grundstein für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau nach 1945 bildete.

Anmerkungen

- 1) *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, herausgegeben und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Dietz-Verlag, Berlin 1967, S. 127 f.*
- 2) *Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Bd. I, Dietz-Verlag, Berlin 1950, S. 129*
- 3) *Ebenda, S. 128*
- 4) *Ebenda, Bd. IV, Dietz-Verlag, Berlin 1955, S. 663 f.*
- 5) *Ebenda, S. 723 f.*

BEI ANDEREN GELESEN

Der Sohn eines NS-Verbrechers über die Rhetorik der AfD

Da spricht ja mein Vater!

Obwohl ich gegen die Todesstrafe bin, habe ich sie meinem Vater immer gegönnt. Es ist gut, daß er wohl wenigstens für ein paar Sekunden jene Todesangst spüren mußte, die er selbst millionenfach über unschuldige Menschen gebracht hat. Er hieß Hans Frank, er war Hitlers Generalgouverneur im besetzten Polen. Die Alliierten haben ihn dann in Nürnberg gehängt.

Jetzt aber tauchen wieder Väter von meines Vaters Art auf, die mein Hirn vergiften wollen. 80 Jahre bin ich alt. Mein Leben lang hörte ich dieses verdruckste Schweigen, dieses nicht wirklich Anerkennen-Wollen unserer Verbrechen. Doch nur wenn wir sie anerkennen, können wir trotz des damit verbundenen Schmerzes und der Wut ein ehrliches Leben ohne Haß hinlegen.

Oft betrachte ich meines Vaters Totenfoto. Wie er nach seiner Hinrichtung da liegt mit kaputtem Genick. Zur Zeit lacht er mich frech an, denn das Schweigen wurde beendet – von der AfD.

Mein Vater wurde 1946 auch für „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt. Nein, kein AfD-Mitglied ist per se ein Verbrecher, aber im Kampf gegen die Menschlichkeit kommen viele von ihnen gut voran. Seit Jahren verfolge ich ihren Auftritt und kann es nicht fassen: Da spricht ja mein Vater! Das ist ja genau seine verlogene, feige, tückische Argumentation!

Wie damals er wollen auch heute wohl viele AfD-Leute eine Diktatur. Das entnehme ich etwa den Drohungen der AfD gegen die unabhängige Presse und Justiz. Schon drei Jahre vor Hitlers „Machtergreifung“ telegraphierte mein Vater dem frisch in die Thüringer Landesregierung eingetretenen Wilhelm Frick: „Ich schweige in dem Gedanken, einige jüdische Redakteure wegen Beleidigung des nationalsozialistischen Innenministers hinter Schloß und Riegel gebracht zu sehen.“

88 Jahre später folgt meinem Vater drohend die AfD-Fraktion Hochtaunuskreis: „Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Pressehäuser gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt. Darüber sollten Medienvertreter hierzulande einmal nachdenken.“

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Heiko Heßenkemper scheint gleichfalls meines Vaters Meinung zu sein: „Wir müssen die Medien und den öffentlich-rechtlichen roten Propagandaapparat angreifen und schwächen.“

Hitler baute eine furchtbare Diktatur auf. Das deutsche Volk wehrte sich nicht. Für mich ist klar, warum: Unter den 80 Millionen Deutschen damals und heute waren und sind allenfalls 20 Millionen echte Demokraten, von denen sich höchstens Hunderttausend aktiv für die Demokratie einsetzen. Die übrigen Demokraten grummeln abgeschlafft

daheim vor sich hin. Folge: Die schweigende Mehrheit von rund 60 Millionen Deutschen würde sich gegen eine AfD-Diktatur nicht wehren.

Obwohl ich in Archiven nur wahllos herausgegriffene 5000 Entnazifizierungsakten der mehr als drei Millionen durchgearbeitet habe, weiß ich: Die beste Demokratie, die wir je erlebten – unsere jetzige also –, wurde auf Lug und Trug und Meineid aufgebaut. Warum das klappte? Erst gehorchten die Deutschen der Nazidiktatur. Als Hitler und seine Verbrecherclique ausgemordet hatten, wurde uns von unseren Befreiern diese Staatsform befohlen. Wieder gehorchten wir. Doch nie von Herzen: Vergiftet waren die nachfolgenden Generationen von ihren Eltern und Großeltern, die Hitlers Diktatur mit aufgebaut und bis zum Ende unterstützt hatten.

AfD-Vormann Björn Höcke nennt die Gedächtnisstelen in Berlin für die von uns ermordeten Juden ein „Denkmal der Schande“. Seine Linie hat schon mein Vater 1946 in seinen letzten Worten vor dem Urteil vorgegeben: „Die riesigen Massenverbrechen entsetzlicher Art, die, wie ich jetzt erst erfahren habe, vor allem in Ostpreußen, Schlesien, Pommern und im Sudetenland von Russen, Polen und Tschechen an Deutschen verübt wurden und noch verübt werden, haben jede nur mögliche Schuld unseres Volkes schon heute restlos getilgt.“

Mein Vater konnte glänzend Chopins Klaversonaten spielen und soll – wie es der dabei anwesende italienische Autor Curzio Malaparte schilderte – mit denselben feinfühligsten Fingern zum Gewehr gegriffen haben, um ein jüdisches Kind zu erschießen, das verzweifelt durch ein Loch in der Gettomauer gekrochen kam. Und wer machte sich unlängst fast schon auf den Weg, meinem Vater zu folgen? Beatrix von Storch! Sie postete bei Facebook ein potentiell todbringendes „Ja“ auf die Frage: „Wollt Ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?“

Da hilft keine Entschuldigung. So etwas zeigt jene Empathielosigkeit, die vielen AfD-Mitgliedern eigen ist. Deswegen sitzt Storch auch weiterhin im Bundestag. Vielleicht spricht sie dereinst einen Satz wie jenen, den meine Mutter zehn Jahre nach meines Vaters Tod an eine Freundin schrieb: „Wenn ich an früher denke, wir waren gnadenlos.“

Bei Brigitte Frank war es späte Einsicht. Bei Storch würde es vielleicht Stolz sein.

Auch der AfD-Humor folgt dem meines Vaters. In Lemberg packte er ihn 1942 vor ein paar Hundert deutschen Besatzern aus. Auf der Fahrt zu einem Veranstaltungsort waren ihm keine Juden mehr begegnet: „Was ist denn das? Es soll doch in dieser Stadt einmal Tausende und aber Tausende von diesen Plattfußindianern gegeben haben – es war keiner

mehr zu sehen. Ihr werdet doch am Ende mit denen nicht böse umgegangen sein?“

Und wie beschrieb das Protokoll die Reaktion des deutschen Publikums?

Große Heiterkeit.

Als sich AfD-Senior Alexander Gauland 2017 die damalige Migrationsbeauftragte Aydan Özoğuz vorknöpfte, waren Anklänge an Vaters Späße zu hören: „Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“

Vater konnte seinen Witz direkter setzen, weil er schon die Macht hatte: „Hier haben wir mit dreieinhalb Millionen Juden begonnen, von ihnen sind nur noch wenige Arbeitskompanien vorhanden, alles andere ist, sagen wir einmal – ausgewandert.“

Wir Deutschen wurden durch unsere Massenverbrechen während des „Dritten Reiches“ zu einem auserwählten Volk: Wir wissen genau, daß mangelnde Zivilcourage, fehlendes Mitgefühl und verabscheute Toleranz zu Diktatur und Vernichtungslagern führen. Dennoch berauschen sich bestimmt so manche AfD-Sympathisanten – auch dank Gaulands Verkürzung der zwölfjährigen Massenmordorgie zum „Vogelschiß“ – wieder an Tiraden, die mein Vater vorformulierte. Der schrieb ein Jahr nach Ende des Ersten Weltkriegs: „Ich glaube an den Deutschen Geist. Er wird uns emporheben aus diesem Elend, in das uns der verrohte, sinnlos aufgehetzte Pöbel stürzen wird. Bei Gott, dieser Mob wird einmal leicht zur Ordnung gebracht werden. Nur durch die Diktatur wird Deutschland gerettet werden.“ Der Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier sprach 2015, als er noch AfD-Nachwuchs-Chef war, wie einst Hans Frank: „Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz, ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk, und zwar nur für das Volk, gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“

Ich sehe meinen toten Vater Tränen lachen, denn mit einer unabhängigen Justiz ließe sich nichts „ausmisten“.

Mit ihr könnte auch AfD-Mann Uwe Junge, Fraktionschef in Rheinland-Pfalz, nicht halten, was er verspricht: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden!“

Ein anderer AfD-Mann aus Ennepetal in Nordrhein-Westfalen ist wie mein Vater gleichfalls ohne Mitleid: Man „sollte sich nicht wundern, wenn der Bürger in Ermangelung von Alternativen selber das Heft in die Hand nimmt und Bürgerwehren gegen solche Umtriebe

formiert. Ob diese dann im Falle eines Falles noch die 110 wählen oder direkt die erwischten ‚Import-Fruchtchen‘ dem Vater Rhein zwecks Überprüfung der in NRW noch rudimentär vermittelten Schwimmfähigkeiten übergeben, bleibt der Phantasie des Lesers überlassen.“

Als NSDAP-Mitglied wußte mein Vater genau, daß er gegen die Menschlichkeit handelt. So, wie es die AfD heute wissen muß. Wer trotzdem Mitglieder, die demokratiefeindliche Drohungen rauszuhauen, nicht umgehend aus der Partei entfernt oder selbst entsetzt austritt, macht sich mitschuldig. Und wer mit dieser Partei politisch kungelt, wird selbst zum demokratieverachtenden AfD-Mitglied.

Nur Demokratie kann Menschlichkeit garantieren.

1934, ein Jahr nach der Machtübernahme, konnte mein Vater Vollzug melden: „Wir haben durch die Stärke unseres Vorgehens gegen den Verbrecher im weitesten Sinne, vor allem durch den rücksichtslosen Vollzug der Todesstrafe, durch die Einführung der Sondergerichte, die Einführung des Volksgerichtes zum Schutze von Volk und Staat eine Disziplinierung all der minderwertigen Strömungen erreicht, die die Sicherheit des anständigen Teils des deutschen Volkes im weitesten Maße gewährleistet.“

Ich fürchte, daß die AfD irgendwann all jene Deutschen als „Verbrecher im weitesten Sinne“

verfolgen könnte, die sich ihr nicht unterwerfen und somit nicht zum „anständigen Teil des deutschen Volkes“ gehören.

Triumphierend nickt mir mein Vater zu.

Niklas Frank

Der Autor, geboren 1939, ist der Sohn des ehemaligen NS-Generalgouverneurs im besetzten Polen, Hans Frank. Er arbeitete als Journalist und veröffentlichte 1987 das Buch „Der Vater. Eine Abrechnung“.

(Aus: „Spiegel online“, 6. September 2019; siehe auch die „Panorama“-Sendung vom 10. Oktober. 2019)

Das Spremberger Kinderheim und der Partisan

Neulich hatte ich eine kleine CD zum Jubiläum eines Waisenkinderheimes in Spremberg in den Händen. Auf ihr besangen dessen Bewohner einen „Schmenki“, das Heimgespenst.

Es ging um den guten Geist des Hauses, der immer schon da war und es heute noch ist, in einem Leben, das auch für Kinder fröhlich und spannend sein kann. Das Heim trug den Namen „Fritz Schmenkel“ – ein Deserteur aus der Wehrmacht, einer der prominentesten Überläufer zur Sowjetarmee, ein Partisanenaufklärer.

Da der vom Ministerrat an zivile und militärische Einrichtungen verliehene Name nach 1989 systematisch getilgt wurde (Straßen in drei Städten tragen aber noch den Namen Fritz Schmenkel), war diese CD und das Lied der Kinder ein außergewöhnliches Erlebnis für mich.

Fritz Schmenkel gelang 1941 nach Verbüßung einer Haftstrafe im Wehrmachtsgefängnis Torgau (wegen wiederholten unerlaubten Entfernens von der Truppe) und unter dem Vorwand des Meldens zum Fronteinsatz das Überschreiten der „feindlichen Linie“ in Belorußland. Als die Partisanen sich von seiner Aufrichtigkeit überzeugt hatten und seine Bereitschaft und außergewöhnlichen Fähigkeiten für den Aufklärungsdienst entdeckten, ließen sie ihn dafür weiter ausbilden.

Vom 20. Januar 1943 bis 6. Februar 1943 war Fritz Schmenkel für seine Partisaneneinheit als Aufklärer im Handlungsraum der Vernichtungsoperation „Sternlauf“ im Smolensker Raum eingesetzt. Ein Jahr nach dieser Operation geriet er im Dezember 1943 bei einem Aufklärungsauftrag in die Hände der deutschen Feldgendarmarie und wurde am 22. Februar 1944 nach Verurteilung durch das Kriegsgericht Minsk hingerichtet.

Während heute im „geeinten“ Deutschland ehemalige Mitglieder des NKFD immer noch für eine angeblich halbherzige Entnazifizierung in der DDR (mit Beispielen von „strammen“ Nazis bis in obere Machtbereiche) mißbraucht werden, war es der DDR Verpflichtung, Fritz Schmenkels zu gedenken. Bei uns kam jetzt nach mehr als 30 Jahren eine

der Fritz-Schmenkel-Büsten aus Karl-Marx-Stadt ans Tageslicht. Zwei weitere Plastiken, einst mit Standort in einer Wach- und Sicherungseinheit, müssen als zerstört bzw. außer Landes gebracht gelten.

Für die aufgefundene Büste wird ein neuer Standort gesucht. Die Aufstellung wird natürlich auch Geld kosten (Sanierung der Büste, Sockel, Fundament). Der Schöpfer der Max-Hoelz-Büste in Falkenstein, Dipl.-Bildhauer Frank Diettrich, steht uns beratend zur Seite.

Die Broschüre der VVN-BdA „Gegen das Vergessen“ wird dann über einen dokumentierten Erinnerungsort mehr verfügen. Bei den geplanten Rundgängen zwischen den einzelnen Erinnerungsorten, z. B. im Stadtteil Kassberg, unter dem Titel „Was uns Straßen erzählen“, wird nicht nur vom Leben und Tod Fritz Schmenkels, sondern auch davon berichtet werden, daß ihm und anderen Opfern von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der DDR Gerechtigkeit widerfuhr.

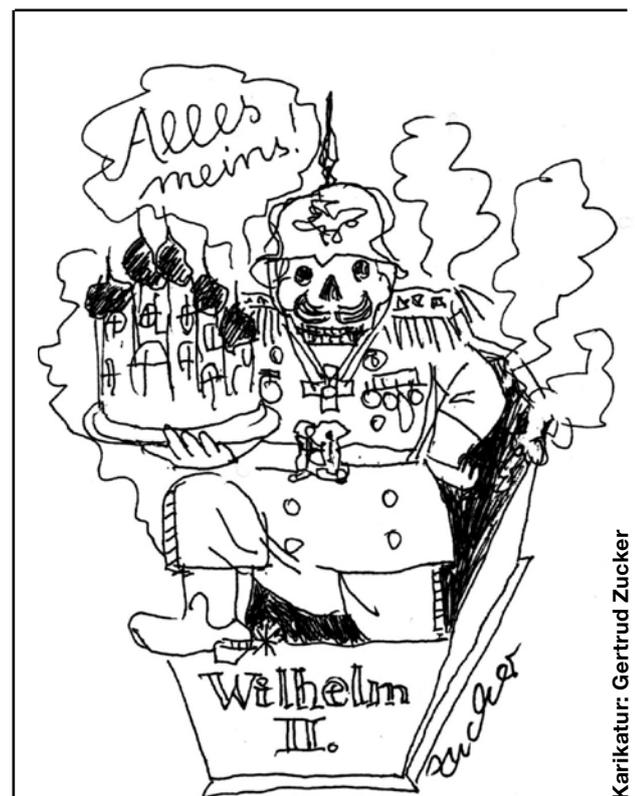
1977 wurde der 62jährige Willi Friedrich Karl Brand vom Stadtgericht Berlin als Angehöriger der Wehrmacht und der Feldgendarmarie, u. a. auch wegen seiner Teilnahme an der großangelegten Vernichtungsaktion gegen Partisanen an der Operation „Sternlauf“ im Raum Smolensk, bei der er Gendarmen und „Bandenbekämpfer“ befehligte, verurteilt. Ihm wurden weitere Verbrechen wie eine Beteiligung an der Lebendverbrennung von Frauen und Kindern zur Last gelegt. In den Vernehmungen bekundete Brand unumwunden seinen Haß gegen den „Bol-

schewismus“ und gegen Partisanen, weshalb er auch Frauen und Kinder erschöß. Das Urteil wurde mit einem Urteil des Obersten Gerichts der DDR rechtskräftig.

Peter Blechschmidt

Chemnitz

Gerne erinnern wir mit diesem Beitrag erneut an Fritz Schmenkel. Siehe hierzu u. a. auch den Beitrag „Fritz Schmenkel ist unvergessen“ im RF 219 (Seite 10), die Bücher von Wolfgang Neuhaus (Kampf gegen Sternlauf, 1969) und Theodor Gladkow (In den Wäldern von Smolensk, 1983) sowie die Filme von Rainer Hausdorf (Fritz Schmenkel, 1969) und Janos Veiczi (Ich will euch sehen, 1978).



Karikatur: Gertrud Zucker

Fontanes Werke leben fort

Am 30. Dezember 2019 wäre Heinrich Theodor Fontane, der als literarischer Spiegel Preußens und als bedeutendster deutscher Vertreter des Realismus gilt, 200 Jahre alt geworden.

Theodor Fontane (30. 12. 1819 bis 20. 9. 1898) ist als Romanschriftsteller ein Vertreter des kritischen Realismus im 19. Jahrhundert. Er war zunächst als Apotheker, nach 1850 als Schriftsteller und Journalist tätig, u. a. als Auslandskorrespondent in London. Berühmt wurde Fontane zunächst durch seine Balladen („Archibald Douglas“, „John Maynard“ u. a.), doch zeigte sich, daß Fontane noch lange in konservativer Einstellung zur preußischen Geschichte gefangen war. Erst als Sechszigjähriger begann seine entscheidende Schaffensperiode. In den letzten 20 Jahren seines Lebens schrieb er etwa 20 Romane und Erzählungen – Meisterwerke der deutschen Literatur. Realistisch stellt er die reaktionären Verhältnisse im damaligen Deutschland dar.

In seinem bedeutendsten Roman „Effi Briest“ zeigt er, wie das Glück einer Familie der herzlosen Tradition und unmenschlichen Moral des preußischen Adels geopfert wird. Fontane weiß von der moralischen Überlegenheit einfacher Menschen, wenn er auch nicht erkennt, daß sie die Kraft haben, sich und damit die Gesellschaft zu befreien.

Seither ist viel über den „märkischen Wanderer“, den „charmanten Plauderer“, den scharfen Beobachter und „Meister der Milieudarstellung“ gesagt und geschrieben worden. Und auch noch gut zweihundert Jahre nach seiner Geburt verdient Fontane, in Erinnerung gerufen zu werden.

Theodor Fontanes vollendet geübte Kunst des „heiteren Darüberstehens“ ist viel beachtet und zitiert worden. Selbst sein scheinbarer gesellschaftlicher wie politischer Wankelmut wandelt sich unter diesem Gesichtspunkt zur Tugend. Nicht selten scheint er seiner Zeit voraus zu sein.

Theodor Fontane, von dem behauptet wurde, daß die Arbeiterklasse außerhalb seines Blickfeldes lag, nimmt zunächst den Brandenburger ordentlich Maß: „Die Märker haben viele Tugenden, wenn auch nicht so viele, wie sie sich einbilden ...“ Schon hier führt Fontane einen Schlag gegen die tugendsamen märkischen Frömmeler, die pastoralen Politiker, die sich tatsächlich einen Haufen Tugenden einbilden, aber beileibe nicht haben. Die Märker sind „ohne rechte Begeisterungsfähigkeit und vor allem ohne rechte Liebenswürdigkeit. Im übrigen sind sie neidisch, schabernackisch und engherzig ...“

Nur wenn es „was Großes gibt (wie im Wahljahr vielleicht), dann brodelt's hier nicht bloß und sprudelt und strudelt, dann steigt statt des Wasserstrahls ein roter Hahn auf und kräht laut in die Lande hinein!“

Vollkommen eindeutig und von widerstrebenden Gefühlen weitgehend verschont war seine Position zur Bourgeoisie. Er haßte sie und bekämpfte sie mit seinen Mitteln.

„Ich hasse das Bourgeoishafte mit einer Leidenschaft, als ob ich ein eingeschwoener Sozialdemokrat wäre.“ Anlässlich des Geburtstages seiner Schwester Jenny und den dort vorgefundenen Gratulanten äußert sich Fontane wie folgt: „Ich kann den Bourgeois-ton nicht ertragen und in derselben Weise, wie ich in früheren

Jahrzehnten eine tiefe Abneigung gegen Professorenweisheit, Professorendünkel und Professorenliberalismus hatte, in derselben Weise dreht sich mir jetzt angesichts des wohlhabend gewordenen Speckhökertums das Herz um.“ Fontane würde jedoch verkannt, betrachtete man ihn nur als den späten Schreiber, der die Wirren seines vergangenen Lebens einsichtig kunstvoll verarbeitet. Diese Einsichten errang er im Kampf mit dem Leben, in dem er auch einige Male unterlag. Er mußte mitten im Gewühl gestanden haben, bevor er darüber schreiben konnte. Fontane war ein Mensch seiner Zeit und zugleich ihr distanzierter weitsichtiger Repräsentant. In Brandenburg wird der 200. Geburtstag Theodor Fontanes gefeiert. Unter dem Titel „fontane.200“ gibt es ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm. Bad Freienwalde stellt das Fontanehaus im Ortsteil Schiffmühle in den Fokus des Jubiläumsjahres. Es ist einer der wenigen erhaltenen authentischen Orte der Fontanes. Dort lebte sein Vater Louis Henri mit seiner Haushälterin. „Hätte Theodors Vater nicht in Schiffmühle gelebt, Fontane wäre wohl nicht nach Freienwalde gereist.“ Und er hätte wohl auch nicht schreiben können: „Und so wandere ich und schaue in die Gärten und sehe auf den Leinen neben den großen weißen Laken, auch lustig winkende Socken in immer wieder langen Reihen im frischen Wind wehen. Und das Gemüt wird mir recht heiter bei diesem Bilde, und der Weg durch die Wälder und Fluren geht mir noch einmal so gut von den Füßen.“

Heinz Pocher
Strausberg

Die Einheit – eine Abrechnung

Daniela Dahns jüngstem Buch „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute“ ist größte Resonanz vorauszusagen. Die Arbeit hat Biß, ist zupackend, ist faktenreich und durchweg spannend. Man schlage eine beliebige Buchseite auf, stets wird man etwas Besonderem zustimmen wollen. Nicht zu Unrecht, so sagt man sich, fragt Daniela Dahn: „Wer wagt es heute Menschen wie Bruno Baum und Julian Grimau zu beleidigen?“ Womit zwei ermordete Antifaschisten Erwähnung finden, nach denen in der DDR Straßen und Plätze benannt worden waren. (Was dann nach dem Mauerfall umgehend geändert wurde ..., weg mit diesen Roten!)

Später im Buch zeigt Daniela Dahn, wie ein Jurist namens Thümmeler, der es 1941 zum Gestapo-Chef in Chemnitz gebracht hatte, einen Anwalt beauftragt, im Chemnitzer Rathaus nachzufragen, „was denn aus seiner [im Krieg zusammengerafften, W. K.] Kunstsammlung geworden sei“. Anonym läßt er das erkunden, ein Unterton von „Wir sind wieder da!“ bleibt aber deutlich. Laut einer „Spiegel“-Umfrage im Jahr 1992, heißt es anderswo, äußerten sich Ostdeutsche

weniger antisemitisch, rechtsradikal und ausländerfeindlich als Westdeutsche. „Erst in den letzten Jahren“, konstatiert Daniela Dahn, „näher sich die Werte langsam an – die innere Einheit in ihrer unerwünschten Form.“ Zum Vorwurf „verzweigten“ Denkens von „indoktrinierten“ DDRlern, erlaubt sich Daniela Dahn zu entgegnen: „Wieviel Gehirnwäsche habt ihr [Westbürger, W. K.] eigentlich über euch ergehen lassen, um bis heute die Mär zu glauben, die Amerikaner hätten euch nach dem Krieg Freiheit und Demokratie gebracht?“ Weiter im Buch ist zu lesen: „Wenn deutsche Hartz-IV-Empfänger heute Flaschen sammeln, dann nicht wegen der Rettung von Geflüchteten, sondern wegen der Rettung von Banken.“ Und umseitig erfährt der Leser, daß die „Bekämpfung der Fluchtursachen ... zweifellos die beste Lösung“ sei – schon seit Jahrzehnten aber würde das vergeblich verlangt. „Warum sollte es gerade jetzt gelingen?“ Und auf der folgenden Seite wird festgestellt: „Die Ignoranz von heute ist unser Notstand von morgen.“ Genug der Zitate? Jawohl, genug! Nur dieses noch: „Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist nur übriggeblieben.“

Und wenn gegen Ende des Buches Daniela Dahn jedwede Rüstung ablehnt, sie Entrüstung über Gewalt fordert, ist sie zum Kern der Misere vorgedrungen. „Auf einem eurer Plakate“, ruft sie den Scharen junger Leute von Fridays for Future zu, „habt ihr die Worte CLIMATE CHANGE durchgestrichen und darüber SYSTEM CHANGE geschrieben.“ Und damit, liebe Leser, klingt das so herrlich streitbare Buch aus ...

Walter Kaufmann

(Aus „Ossietzky“, Heft 18/2019)



Daniela Dahn:

Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute.

Die Einheit – eine Abrechnung. Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, Hamburg 2019, 288 S., 14 €

Gau(c)klereien zum 70. Jahrestag der BRD-Gründung

Vor kurzem beging die BRD den 70. Jahrestag ihrer Staatsgründung. Aufmerksame Zeitgenossen werden sich nun fragen: Hoppla, war da was? Na, zumindest nicht viel, außer ein paar politische Sonntagsreden im Mai. Zum 50. und 60. Staatsjubiläum zelebrierte man ungefähr das gleiche Szenario. Vielleicht sind deshalb vielen Menschen in der annektierten DDR noch immer die Bilder der Festlichkeiten zu deren 40. Geburtstag gut im Kopf verankert – und ein Bericht aus der ARD-Tagesschau, in dem damals diese Festivitäten als „aufwendig“ bezeichnet worden waren. Aus dem Munde des Klassenfeindes klang das schon fast wie ein Lob oder auch wie das Eingeständnis, daß man derartige Aktionen wohl niemals hätte auf die Beine stellen können. Die seit der „Wiedervereinigung“ vergangenen 30 Jahre haben das inzwischen mehr als eindeutig bewiesen. Wann immer aber die politische Stimmung in der BRD ganz tief im Keller ist, wird Bundespräsident a. D. Joachim Gauck aus der Versenkung geholt, um der Bevölkerung das kapitalistische Paradies schönzureden. So hat sich der ehemalige Pastor für das ZDF auf die Suche nach der Einheit begeben. In seinen einleitenden Worten faselt Gauck von „glücklichen Zeiten“ mit fast herrschender Vollbeschäftigung. Den Leuten gehe es folglich gut. Wie oft wollen uns die politisch (Ex-) Verantwortlichen diese Platitüde eigentlich noch um die Ohren hauen? Ein Blick auf die zentralen Straßen und Plätze Berlins allein genügt, um klar zu erkennen, daß das eben nicht so ist. Gauck aber hat andere Sorgen. So kann es der einstige Kirchenmann noch immer nicht

verstehen, welche „Wut“ und welcher „Haß“ den höchsten BRD-Repräsentanten bei den Einheits-Feierlichkeiten im Oktober 2016 in Dresden entgegengeschlagen war – ihn eingeschlossen. Schließlich handele es sich doch um Akteure, die aus dem Volk kommen und von diesem demokratisch gewählt worden sind. Sich selbst kann Gauck damit allerdings nicht gemeint haben. Zur Erinnerung: Sein Vorgänger Christian Wulff war einst medial aus dem Amt gemobbt worden. Dann erpreßte die FDP im politischen Hinterzimmer CDU-Kanzlerin Merkel mit der Androhung eines Koalitionsbruchs zur Absegnung von Gaucks Kandidatur für das höchste Staatsamt. Letztlich wurde er von der Bundesversammlung gewählt, die derartig zusammengesetzt ist, daß hier nichts gegen den Baum gehen kann. Wo bitte war bei diesem Vorgang die Masse des Volkes involviert?

So eine Suche nach der Einheit kann natürlich nicht vonstatten gehen, ohne daß die gute alte „Stasi“-Keule wieder aus dem Sack geholt wird. Gauck trifft sich hierzu eigens mit Marianne Birthler in der einstigen MfS-Zentrale an der Berliner Normannenstraße. Beide fabulieren dort in ihren Erinnerungen mit Halbwahrheiten vom „Kommunismus“ oder der „Diktatur einer Partei“ in bezug auf die DDR. Immerhin läßt sich Birthler noch zu einer Äußerung hinreißen, die tiefe Einblicke in ihre politischen Absichten vom Herbst 1989 gewährt. Sie wollte schon immer „Bürgerin eines freien Landes sein und in einem Rechtsstaat leben“. Das sei erreicht worden. Somit ist klar, daß es dieser Dame zu keiner Zeit um einen reformierten

Sozialismus in der DDR ging, sondern immer um die Abschaffung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden. Später wird noch Lothar de Maizière als letzter DDR-Ministerpräsident von Gauck vorgeladen, um mit ihm einmal mehr über seine eventuellen MfS-Verstrickungen zu diskutieren. Einigen können sich die Herren erneut nicht. Aber der einstige Bundespräsident scheint sich noch immer in seiner alten Rolle als Inquisitor zu gefallen.

Fast schon bewundernswert sind Gaucks einfache Lösungen für den Weg ins BRD-Glück. Denn die Demokratie böte doch die Möglichkeit, zahlreiche Unternehmen oder Parteien zu gründen, läßt er verlauten. Sollte wohl im Klartext heißen: Fortan gibt es in diesem Land 60 Millionen Unternehmer und 20 Millionen Landtags- oder Bundestagsabgeordnete und damit keine Probleme mehr. Und was ihn immer noch umzutreiben scheint: sein immerwährender Kampf gegen den Sozialismus zu seinen Rostocker Zeiten, denn er ist nach wie vor Thema auf der Suche nach der Einheit.

Am Ende watet Gauck samt Lebensgefährtin Daniela Schadt den Ostseestrand von Mecklenburg-Vorpommern entlang. Die große Welle der Erkenntnis kommt auch hier nicht. Der Altbundespräsident lobt zwar noch den Aufbau Ost mit den sanierten Innenstädten, Marktplätzen und Autobahnen. Aber kein Wort zu dem gnadenlosen Raubzug in der Wirtschaft, der Vernichtung von Kultur, Sport oder auch Nahverkehrsstrukturen.

Fazit: Einheit gesucht und nicht gefunden!

Rico Jalowitzki

Willenserklärung

des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR

Wir, die Teilnehmer an der heutigen Veranstaltung aus Anlaß der 70. Wiederkehr der Gründung des ersten deutschen Friedensstaates, der Deutschen Demokratischen Republik, melden Widerspruch zur gegenwärtigen Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik an.

Wir vermitteln die historische Wahrheit: Die Erhaltung und Festigung des Friedens war in der DDR im Verbund mit den sozialistischen Länder Staatsdoktrin. Die größte Gefahr für den Frieden in Europa entstand durch die Grenzöffnung vor 30 Jahren und die Zerschlagung dieses ersten deutschen Friedensstaates.

Wir fordern, die in der DDR gültige Maxime „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen“ zur Maxime für ganz Deutschland zu machen.

Wir stellen fest, daß die Militärdoktrin der Bundesregierung sich an den Interessen des Finanz- und Monopolkapitals ausrichtet. Junge Menschen dienen als Kanonenfutter für imperiale Ziele, zur Rohstoffsicherung und Unterdrückung anderer Länder. Sie werden durch scheinheilige falsche Versprechen und Lügen verführt, Waffen gegen andere Völker einzusetzen.

Wir fordern Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und Stop aller Waffenexporte. Zur Sicherung des Friedens in Europa sind gutnachbarliche Beziehungen zu Rußland oberstes Gebot.

Fast 30 Jahre nach dem Beitritt ist Ostdeutschland zur Kolonie in Deutschland verkommen. Die wesentlichen Merkmale eines Kolonialsystems wurden durchgesetzt:

- das politische, juristische und wirtschaftliche System des „Mutterlandes“ wurde komplett übergestülpt

- das Eigentum in Händen westlicher Konzerne und Bürger konzentriert
- die Wirtschaft weitgehend zerstört und zur Zulieferung an die westlichen Konzerne degradiert
- ausgebildete Arbeitskräfte sind millionenfach abgewandert
- wirtschaftliche und soziale Leistung sind weit zurückgeblieben
- die Kommandohöhen in der Politik, der Wirtschaft und der Verwaltung wurden durch Bürger aus den alten Bundesländern besetzt
- die kulturelle Identität Ostdeutschlands wurde verfälscht und mißachtet.

Wir fordern die Regierung auf, ihre Ankündigungen zum Stop des Sozialabbaus und zur Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Bundesländern sowie die Achtung der Würde aller Menschen gemäß Einigungsvertrag und Grundgesetz umzusetzen.

Wir wenden uns gegen jede Form des Rechtsruckes, den sich daraus entwickelnden Faschismus und Rassismus sowie den Mißbrauch des Flüchtlingselektors für populistische volksverhetzende politische Ziele.

Wir stellen fest, daß die Krise des kapitalistischen Systems immer breiter um sich greift. Mit imperialer Machtpolitik versucht das deutsche Kapital, Krisenerscheinungen im eigenen Land auf Kosten anderer Länder zu bewältigen.

Wir fordern die Beendigung dieser Krisenpolitik und Solidarität mit allen von der Krise betroffenen Menschen in allen Ländern.

Neuenhagen, 7. Oktober 2019

Die DDR stand bis zuletzt an der Seite Afghanistans

Erst mit dem Sturz der Monarchie und der Ausrufung der Republik im Jahre 1973 in Afghanistan wurden einige Mitglieder der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA), vor allem aus den Reihen der Offiziere, die Prinz Mohammad Daud zur Macht verholpen hatten, ins Kabinett aufgenommen. Diese bewirkten, daß Afghanistan die Deutsche Demokratische Republik (DDR) diplomatisch anerkannte. Mit der Aprilrevolution 1978 leitete die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistans (DRA) unter Führung der DVPA eine grundlegende Umgestaltung der feudalen und vorfeudalen Verhältnisse im Land und eine „sozialistische Orientierung“ am Hindukusch ein. Obwohl Afghanistan für die DDR noch nicht als Schwerpunktland in der Außen- und Entwicklungspolitik galt, leistete sie umfangreiche Hilfe und Solidarität. Schon 1979 wurde ein Handelsabkommen und eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Humboldt-Universität Berlin und der Universität Kabul über einen akademischen Austausch abgeschlossen. Noch im gleichen Jahr begannen Medienspezialisten aus der DDR afghanische Kollegen in fortschrittlichem Journalismus auszubilden. Ab 1980 entwickelte sich zwischen beiden befreundeten Ländern eine vielfältige Kooperation. In Kabul wurde die Botschaft der DDR eröffnet, und es wurden Kultur- und Wirtschaftsabkommen abgeschlossen. Darüber hinaus intensivierte sich die Zusammenarbeit der DVPA mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) sowie zwischen Medieneinrichtungen wie dem Fernsehen, dem Rundfunk und den Nachrichtenagenturen beider Länder. Am 21. Mai 1982 wurde während des Besuchs von Babrak Karmal, Vorsitzender des Revolutionsrates und Generalsekretär der DVPA, in Berlin ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit ratifiziert. Bis Mitte 1987 gab es bereits über 30 staatliche Abkommen zwischen beiden Staaten. Schwerpunkt der Solidaritätsarbeit war der Bildungssektor. Basierend auf dem beiderseitigen Kulturabkommen von 1980 ratifizierten die DDR und die DRA Ende 1981 ein Regierungsabkommen über die Aufnahme von Hochschulabsolventen und Studenten sowie über die gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Zeugnisse. In diesem Rahmen wurden jährlich 50 afghanische Studierende mit DDR-Stipendien ausgestattet, von denen bis zu 15 zur Promotion zugelassen wurden. Voraussetzung für die Zulassung zum Studium waren natürlich entsprechende Deutschkenntnisse. Zusätzlich besuchten die Kandidaten einen einjährigen vorbereitenden Sprachkurs am Herder-Institut in Halle. Der Frauenanteil unter den afghanischen

Studierenden lag bei 10 bis 20 Prozent. 1982 reiste der Staatssekretär des afghanischen Ministeriums für Hoch- und Fachhochschulen, Abdullah Spantgar, in die DDR und verhandelte über weitere Stipendien für afghanische Studierende. Auch die Bereitstellung einer Laboreinrichtung für die Medizinische Fakultät der Universität in Kabul wurde vereinbart. Bis Mai 1982 hatten über 600 Afghanen die Möglichkeit, an DDR-Bildungseinrichtungen in verschiedenen Fachrichtungen ausgebildet zu werden. Im afghanischen Bildungsministerium arbeiteten DDR-Berater in den Abteilungen für Planung, Haushalt, Sport und Kindergärten. Afghanistan übernahm vollständig das Bildungssystem der DDR. Eine Freundschaftsbrigade der FDJ war seit September 1986 am Elektro-Mechanischen Technikum Kabul eingesetzt, einer Berufsschule, die 1937 aus einer Werkstatt der Firma Siemens hervorging und nach dem 2. Weltkrieg im Rahmen der Entwicklungspolitik von der BRD gefördert wurde. Der Verfasser dieses Beitrags ist Absolvent dieses Technikums. Die DDR-Helfer waren als Ausbilder und Lehrer in Metall- und Elektroberufen tätig und wirkten auch an der Entwicklung des Lehrplanes mit. Zudem arbeiteten sie „ein Projekt zur technischen Ausrüstung“ des Technikums aus. Die erste Bildungseinrichtung, an der Deutsch-Unterricht neu eingeführt wurde, war das Mahmud-Hotaki-Lyzeum in Kabul. Die ersten drei DDR-Deutschlehrer trafen bereits 1980 an dieser Schule ein. Sie und eine größere Nachfolgegruppe erarbeiteten neue Lehrpläne und Unterrichtsmittel. Geplant war, die Absolventen dieser Schule an die Universität und die besten unter ihnen zum Studium in die DDR zu schicken. Der Unterricht in deutscher Sprache sollte nach Englisch und Russisch zur dritten Fremdsprache im afghanischen Bildungswesen werden. Deshalb führte man ab 1986 Deutsch als Fremdsprache schrittweise an mehreren Kabuler Schulen und in der Provinz Balkh im Norden des Landes ein. Die afghanischen Lehrkräfte erhielten im Heimatland und in der DDR regelmäßige Weiterbildungskurse, darunter Studienplätze und Aspiranturen. Ab 1988 begann die Erarbeitung einer neuen Lehrbuchreihe mit einer modernen didaktischen Konzeption. Im gleichen Jahr wurden Spezialklassen für die Studienvorbereitung in der DDR eingerichtet. Ab 1990 bildete sich am Mahmud-Hotaki-Lyzeum in Kabul ein Deutschlehrerkollektiv heraus, das führend an der Durchsetzung der neuen didaktisch-methodischen Konzeption beteiligt war. Hier wirkten sowohl afghanische Lehrkräfte als auch Lektoren aus der Deutschen Demokratischen Republik. Die Solidarität der DDR mit der DRA war grenzenlos. Jährlich brachte die DDR-Fluggesellschaft Interflug Solidaritätsgüter nach Kabul, die über das DDR-Solidaritätskomitee und mit Soli-Spenden von

Mitgliedern der FDJ und des FDGB finanziert wurden. 1985 betrug die Gesamtsumme der Spenden mehr als 200 Millionen DDR-Mark, mehr als die Hälfte davon wurde von FDGB-Mitgliedern erbracht. Auch das Rote Kreuz und die evangelische Kirche der DDR – im Rahmen der Aktion „Brot für die Welt“ – stellten Solidaritätslieferungen für Afghanistan bereit. Eine der ersten Lieferungen im Februar 1981 enthielt 200 Laborgeräte für die Fächer Physik, Biologie und Chemie vom VEB Metallbau und Labormöbelwerk Apolda, drei Tonnen Arzneimittel, vor allem Antibiotika, Vitaminpräparate und schmerzstillende Mittel aus dem VEB Berlin-Chemie, dem VEB Arzneimittelwerk Dresden, dem VEB Jena-pharm und dem VEB Fahlberg-List Magdeburg, des weiteren Verbandsmaterial und 2000 Anoraks. Die Behandlung von afghanischen verwundeten Zivilisten und Sicherheitskräften, die von der Konterrevolution angegriffen worden waren, wurde aus Solidaritätsmitteln finanziert. Mitte 1987 hatten die für die RDA verwendeten Solidaritätsgelder ein Gesamtvolumen von über 75 Millionen DDR-Mark erreicht. Die DVPA bekam eine komplette Druckerei aus der DDR als Geschenk. Eine Freundschaftsgesellschaft DDR-Afghanistan wurde gegründet. Im Sommer 1980 entstand in Afghanistan die Nationale Vaterländische Front. Damit sollte eine breite Teilhabe der Bevölkerung am revolutionären Prozeß ermöglicht und die Basis der Unterstützer der Revolution erweitert werden. Auch hierbei hat die DDR unterstützend gewirkt. Dr. Norbert Podewin, ehemaliges Mitglied des Nationalrates der Nationalen Front der DDR und Historiker, war diesbezüglich einer der führenden Berater in Kabul. Die diplomatische Vertretung der DDR schlug der afghanischen Partei- und Staatsführung vor, nach dem Muster der DDR ein Mehrparteiensystem einzuführen. Kurz danach wurde die Gründung einer Bauern- und einer Islamischen Partei sowie die unabhängige afghanische Linkspartei zugelassen. Diese Parteien existieren heute noch. Die afghanische Polizei und der Geheimdienst (KhAD) waren seit Anfang des 20. Jahrhunderts fast nahtlos ein Projekt Deutschlands bzw. der BRD. Als die Bundesrepublik ihr Engagement beendete, übernahm die DDR ab 1980 die Aus- und Weiterbildung der afghanischen Polizei und zum Teil auch des Geheimdienstes. Afghanische Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere wurden in der DDR ausgebildet. Die Nationale Volksarmee (NVA) unterstützte die afghanische Armee mit Nachrichtentechnik. Festzuhalten bleibt, daß die DDR faktisch bis zum letzten Atemzug aktive Solidarität mit Afghanistan leistete. Dieser Staat ist nicht mehr da, aber das afghanische Volk wird dessen Solidarität nie vergessen. Die DDR lebt im kollektiven Gedächtnis der afghanischen Patrioten.

40 Jahre DDR – nur Geschichte?

Rotfüchse aus Eberswalde trafen sich am 70. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Wir sangen die DDR-Nationalhymne, tranken Rotkäppchen-Sekt, naschten Halloren-Schokokugeln und aßen Torte aus einer Konditorei der bundesdeutschen Gegenwart. Wir sahen uns Filme an und hörten vertraute Kampflieder aus dem vorigen Jahrhundert, aber aus nicht vergangenen Zeiten. Wir nahmen auch ein Video zur Kenntnis, auf dem ein junger Mann die DDR erklärte. In Punkt sieben kam er zum Schluß, daß sie eine Diktatur war. In seinem Vortrag kamen die Worte Frieden, Freundschaft, Solidarität nicht vor. Sie kommen auch bei anderen nicht vor, wenn sie über die DDR schwatzen. In der Nationalhymne des bürgerlichen Deutschlands fehlen sie. Dafür heißt es dort, daß Einigkeit, Recht und Freiheit des Glückes Unterpfand sind. Und so waren wir schnell bei den Themen: Was war die DDR? Warum haben wir verloren? Wie geht es weiter? Drei Genossen der Gruppe hatten am gleichen Tag an der Veranstaltung teilgenommen, in der das OKV an den 70. Jahrestag der Gründung der DDR, des ersten deutschen Friedensstaates, erinnerte. Dort sagte Hans Modrow, daß „eine gute Zukunft ohne Nachdenken über den Sozialismus im 21. Jahrhundert“ nicht möglich sei. Das sehen wir genauso.

Wir sprachen über unsere DDR. Unter uns herrscht kein Zweifel, daß sie die größte Errungenschaft des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung war und bleibt. Als sie existierte, ging von deutschem Boden kein Krieg aus. Die Jugend der DDR sang „Frieden, Freundschaft, Solidarität“ und lebte diese Werte. Wir waren uns auch einig darin, daß die DDR noch nicht ideal und vollkommen war, daß ihren Führungen Fehler unterliefen. Der Aufbau eines

sozialistischen Staates war etwas Neues, noch nicht Erprobtes. Für diese neue Aufgabe gab es noch kein Musterprojekt und keine Anleitung. Jeder Schritt war einer ins Neuland, jede Handhabe eine neue Prüfung. Nicht die Fehler unserer Führungen ließen den ersten sozialistischen Anlauf auf deutschem Boden scheitern. Wenn dem so wäre, dann hätte die deutsche Bundesrepublik schon längst untergehen müssen. Es gelang uns nicht, ein im Klassenkampf mit dem Kapitalismus wettbewerbsfähiges sozialistisches ökonomisches System zu entwickeln.

Sofort kam die Volksrepublik China ins Gespräch. Sie will bis 2049 so weit sein, daß sie die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus schaffen kann. Wir wünschen ihr, daß ihr Gesellschaftskonzept erfolgreich ist. Das Weiterleben der sozialistischen Idee sehen wir auch im Kampf der linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik. Zum 25. Treffen des Forums von São Paulo im Juli dieses Jahres trafen sich in Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, 400 Delegierte von 120 fortschrittlichen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen aus 70 Ländern. Es kamen Delegierte von allen fünf Kontinenten. „Einheit und Frieden“ waren die Schlagworte der Veranstaltung. Im Schlußwort bezeichnete der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel die Einheit als das entscheidende Kampfmittel, um der Gegenoffensive des Imperialismus und der Oligarchie zu trotzen. Er sagte: „Um die Träume und Hoffnungen zu retten, als der europäische sozialistische Versuch zusammenbrach, gründeten Fidel und Lula dieses Forum als Ausdruck der fortschrittlichen Kräfte, damit sie ihre Aktionen in dem begründen, was sie eint und nicht in dem, was sie trennt.“ Wir verstehen diese Worte auch als eine Mahnung an die

linken Kräfte der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben aber auch Zweifel, daß sie verstanden wird.

Der kubanische Präsident betrachtet „die Gegenoffensive des Yankee-Imperialismus und der Oligarchie als Ausdruck der imperialistischen und oligarchischen Angst vor der Linken an der Macht“. Die Rückschläge der Fortschrittskräfte in einigen Ländern seien Ergebnis der Spaltung, die zwischen ihnen aufkommt. Diese zerlege und schwäche den erklärten Willen, einheitlich zu wirken. Es gäbe Linke, die kein strategisches politisches Programm haben, die von den sozialen Bewegungen getrennt wirken und sich selbst als Alternative ausschließen. Trifft das nicht auch für linke Kräfte in unserer politischen Landschaft zu? Wir sprachen über die Solidarität, die von der DDR ausstrahlte. Heute befinden sich Kuba, Nikaragua und Venezuela im Fadenkreuz der imperialistischen und oligarchischen Angriffe. Keine Frage, daß wir solidarisch an ihrer Seite stehen. Auf die Frage, wie wir diesen Ländern heute helfen können, lautet unsere Antwort: am besten, indem wir in Deutschland für politische Verhältnisse sorgen, die Schluß mit den Angriffen auf die um ihre Befreiung kämpfenden Völkern machen. Das ist ein langer Weg! Die Idee vom Sozialismus lebt fort, weil es die DDR gab, nicht weil sie verlor und annektiert wurde. Die Idee zu erhalten und weiterzutragen, ist eine große Verantwortung. Uns darf nicht abschrecken, daß wir angegriffen werden. Wir sitzen nicht in den Kaffeestuben der bürgerlichen Parlamente. Wir leben im Alltag, unter den einfachen Menschen. Neben Drohungen gibt es doch auch Sympathiebekundungen. Ist das nicht Ansporn genug, um weiterzumachen?

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Der Verein „Erinnerungsbibliothek DDR“ hat sich aufgelöst

Noch sind es nur einzelne Stimmen, die gegen das Gebrüll „DDR-Unrechtsstaat-Diktatur“ für andere Töne plädieren. So nutzte der Historiker Götz Aly seine Kolumne in der „Berliner Zeitung“ am 17. September für den Hinweis: „Weil die staatlichen Akten der DDR so übermächtig erscheinen, kommt es darauf an, in höherem Maße als im Westen private Nachlässe aus allen gesellschaftlichen Ecken zu sichern.“ Und er führte Beispiele an: „die Dokumentationen und Gesprächsabende des Erzählalons Rohnstock, den Katrin Rohnstock seit Jahren mit bewundernswerter Energie organisiert, ebenso das Projekt Erinnerungsbibliothek DDR“. Für Aly, „bleibt es falsch“, die DDR-Bürger mit Schlagworten der genannten Art „geschichtlich zu erledigen“. Eben das war in den vergangenen Wochen wieder Mode in deutschen Großmedien.

Die „Erinnerungsbibliothek DDR“ entstand unabhängig und sicher auch gegen das permanente Totschlagspektakel. Über den vor Jahren getroffenen Beschluß des Vereins, sich nach getaner Arbeit und aus Altersgründen

aufzulösen, wurde bereits berichtet. Rechtskräftig geschah das nun im Münzenberg-Saal des nd-Gebäudes in Berlin. Den Anstoß, der zur Vereinsgründung führte, hatte ein Artikel über den als „Taubendoktor“ bekannten Veterinär Rolf Funda aus Staßfurt in Sachsen-Anhalt geliefert, der Heiligabend 2011 unter dem Titel „Der Traum von einer ganz besonderen Bibliothek“ im „neuen deutschland“ erschienen war. Die Autorin Gabriele Oertel schrieb darin über seine Idee, möglichst viele Autobiographien zu sammeln, um sie für spätere Generationen aufzubewahren. Funda selbst schilderte 2014 im „RotFuchs“ das Echo auf seinen Text so: Es „brach eine wahre Flut von Anrufen, E-Mails und Briefen über mich herein. Niemals hatte ich mit einer derart überwältigenden Reaktion gerechnet. Und so zeichnete sich bald ab, daß dieses Projekt einen einzelnen hoffnungslos überfordern würde, so daß sich nur ein gemeinnütziger Verein dieser großen Aufgabe stellen könnte.“

Seine Bilanz: Mehr als 1000 Bücher von mehr als 2000 Autorinnen und Autoren hat der

Verein gesammelt, Bücher, „die vom Leben in der DDR künden“. Die „Erinnerungsbibliothek“ habe den „Löwenanteil der Aufzeichnungen“ erhalten, die nach 1990 vor allem von freigestellten und „davongejagten“ Führungskräften der DDR verfaßt wurden. Sie seien als in der DDR Aufgewachsene des Schreibens mächtig, ohne Schriftsteller oder Journalisten zu sein. Die Sammlung sei „eine Goldgrube für spätere Zeiten, in denen man sich für den kleinen Staat wieder interessieren wird“.

So sah das auch das Bundesarchiv, das die Erinnerungsbibliothek vor einigen Jahren in seinen Bestand aufnahm. Damit sei die Sammlung auf Dauer gesichert, so Funda, unabhängig von politischen Konjunkturen.

Die 41 anwesenden Vereinsmitglieder (von 95) votierten einstimmig für die Auflösung des Vereins mit Wirkung zum 10. Oktober. Die Liste der vorhandenen Bücher, die zum Teil schon Signaturen des Bundesarchivs tragen und damit für Interessenten zugänglich sind, bleibt bis Ende 2039 auf der Vereinswebseite zugänglich.

Arnold Schölzel

Die DDR mit den Augen eines Schweizer Lehrers gesehen

Mißtrauisch geworden ob unglauwbwürdiger Berichterstattung der Schweizerpresse über die Lebensbedingungen in der DDR, wagte ich es vor mehreren Jahren, selber ins verfeindete Land zu reisen, um mir aus eigener Anschauung ein Bild über Land und Leute und vor allem über das Bildungs- und Erziehungswesen zu machen. Über einen langen Zeitabschnitt besuchte ich die erste Arbeiter-und-Bauern-Republik auf deutschem Boden mehrmals und vermochte so die stetige Entwicklung eines kriegsverwüsteten Landes zum modernen, leistungsfähigen Industriestaat gut zu verfolgen. Wegen solcher Studienreisen wurde ich, wie auch andere wahrheitssuchende Kollegen, angefeindet und diskriminiert. Heute sind Besuche dieses sozialistischen Landes salonfähig geworden, führte doch der Verband der Berufsschullehrer im Herbst 1970 eine Studienreise nach Dresden, dem Ausbildungszentrum für Fachlehrer, mit behördlichem Segen und kräftiger Subvention durch. Es gibt eben in der DDR sehr, sehr viel Schönes und Interessantes zu sehen und zu hören und vor allem zu lernen. Manch früherer Todfeind der Republik mußte nun zurückbuchstabieren. Die Deutsche Demokratische Republik konstituierte sich am 7. Oktober 1949 aus der ehemaligen russischen Besatzungszone. Ich habe das Land von zirka der dreifachen Ausdehnung der Schweiz mit einer rund dreimal größeren Bevölkerungszahl in verschiedenen Richtungen durchquert und mit vielen arbeitsamen und freundlichen Menschen gesprochen und bis heute gute Kontakte unterhalten. Erstaunlich ist die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe vom Einzelbauernhof zum genossenschaftlich organisierten Großunternehmen der LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft). Der Zusammenschluß aller Kräfte war der einzige Weg, um die Produktion, mit modernsten Ackerbaumaschinen und hygienischen Stalleinrichtungen, zu steigern und jedem Bauern die Möglichkeit zu bieten, sich einen höheren Lebensstand zu erarbeiten. Der Besucher findet in der DDR landschaftlich sehr schöne Gebiete. Beispielsweise die in der Eiszeit entstandene Seenplatte in Neubrandenburg mit prächtigen Getreide- und Kartoffelfeldern riesiger Ausdehnung neben herrlichen Wasserflächen und Wäldern, oder das Erzgebirge mit den schattigen Wäldern und grünen Hügelzügen. Zur Zeit der Sommerferien, wenn die Schüler für acht Wochen die Schulbücher zuklappen und in Schul- und Pionierlagern frohe Tage erleben, sich erholen, neue Kräfte sammeln, wandern sie oft in Begleitung ihrer Lehrer durch ihre schöne Heimat. Einmal hatte ich Gelegenheit, eine Schülergruppe in der „Sächsischen Schweiz“, einem Ausläufer des Elbsandsteingebirges, zu besuchen. Strahlende Kinderaugen in freier Natur und ein

Willkommgruß „Freundschaft!“, mit dem auch jeder Schulbesuch beginnt, erfreuten die Besuchergruppe.

Eine Exkursion auf die im Thüringer Wald gelegene „Wartburg“ weckte Erinnerungen an die Reformation der christlichen Lehre durch Martin Luther, der hier einige Zeit lebte. Vor drei Jahren (1967) wurden hier oben gleich drei große Festveranstaltungen durchgeführt: Erstens das 900jährige Jubiläum der Burggründung; zweitens waren es 450 Jahre her, daß Luther zur Reformation schritt; drittens versammelten sich vor hundertfünfzig Jahren auf der Wartburg erstmals die fortschrittlichen Studenten, um eine Studienreform zu erkämpfen, welche das passive Lernen durch die Teilnahme an der Forschung ersetzen müsse, um das selbständige Denken zu entwickeln. Zugleich war das Wartburgfest dem Gedenken an den Völkermord in Leipzig und der nationalen Einigung gewidmet. Das Reformationsfest gab erneut Anlaß zu freundlicher Kooperation von Christen und Marxisten zum vertrauensvollen Miteinander von Kirche und Staat.

In der DDR werden alle Traditionen des Humanismus gepflegt, was in der Fürsorge für die arbeitenden Menschen, für die Familien, für die Alten, vor allem aber in der Sorge um die Jugend zum Ausdruck kommt (kostenlose, alle Behandlungen einschließende ärztliche Betreuung und Spitalpflege, kostenfreies Studium usw.). Eine der großen Leistungen ist ohne Zweifel die geistige Umerziehung des ganzen Volkes, welches zwölf Jahre unter dem Naziteror gelebt hat und weitgehend verdorben wurde. Zirka 80 Prozent aller Lehrer mußten wegen faschistischer Gesinnung entlassen und durch Arbeiter und Frauen ersetzt werden, welche in sechsmonatiger Schulung für den Unterricht vorbereitet wurden. Im mehrjährigen Fern- und Abendunterricht qualifizierte sich die neue Lehrer- und Pädagogengeneration zu vollwertigen Pädagogen.

Die sich aufdrängenden Vergleiche unseres Schulwesens mit demjenigen der DDR offenbaren uns ein Bild der Zerrissenheit. Von den fünfundzwanzig Kantonen wissen wir, daß ebenso viele und grundverschiedene Schulgesetze mit verschiedener Schulpflichtdauer von sieben bis acht und neun Jahren bestehen, daß jeder Kanton eigene Seminarien besitzt und eigene Lehrmittel herausgibt. Demgegenüber steht das sozialistische Deutschland mit dem einheitlichen Schulsystem mit zehn Jahresklassen. In der DDR steht jedem Kind ein gediegener Bildungsweg offen. Die polytechnische Zehnklassenschule, eine Berufslehre, die Fachschule und Universität. Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Schulungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Erziehung einer vielseitig und harmonisch entwickelten Persönlichkeit.

Der Kern des polytechnischen Unterrichts in den Klassen sieben bis zehn ist die Ver-

bindung von Kopf- und Handarbeit, wie sie von unserem großen Lehrer und Volkserzieher Heinrich Pestalozzi postuliert wurde. Bei uns wird ja sehr viel von Pestalozzi gesprochen, aber in der DDR werden seine Gedanken verwirklicht. Im modernen polytechnischen Unterricht handelt es sich um die harmonische Verbindung der erworbenen wissenschaftlichen Grundlagen mit den heutigen Grundprinzipien der industriellen Produktion. Die Verantwortung für die Schule wird mitgetragen von den Elternbeiräten und Betriebspatenschaften. Aus ihr wächst ein neuer Mensch heran – arbeitsam, selbstbewußt und stolz auf das Erreichte, aber das Lernen geht immer weiter.

Am Beispiel der DDR ist zu erkennen, was Menschen guten Willens aus eigener Kraft erbauen können. Ausgehend von praktisch Null wurde im kriegsverwüsteten, desorganisierten Land eine gewaltige Aufbauarbeit vollbracht. Trotz ständiger Bedrohung durch Revanchisten ist der Staat der Arbeiter und Bauern gewachsen und steht heute gefestigt da. Seine hochentwickelte Industrie, die jährlich eine um mehr als sechsprozentige Zunahme der Produktion erarbeitet, steht in Europa an sechster Stelle. Die Republik setzt großes Vertrauen und Hoffnung in die Jugend, deren Vertreter überall auf verantwortungsvollen Posten anzutreffen sind. Diese Jugend pflegt auch ein reges kulturelles Leben und bevölkert Museen, Theater und Konzerte. Für sie wurde die Parole geprägt: *Arbeite mit – plane mit – regiere mit!*

Demgegenüber hat es die Jugend in der Bundesrepublik viel schwerer. Die Umweltbedingungen (schlechte Filme, pornographische Literatur, Rauschgifte, Gewalttätigkeiten, neofaschistische Revanchistenorganisationen) wirken sich auf die Erziehungsarbeit schlimm aus. In der BRD stehen prozentual weit geringere Mittel für das Schul- und Bildungswesen zur Verfügung als in der DDR. Die Hauptschuld an diesem Mißstand liegt in der unsinnigen militärischen Aufrüstung, welche enorme Geldmittel verschlingt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß anläßlich der letzten Budgetberatung im Bundestag von einem Bildungsnotstand gesprochen wurde. Es fehlt an Lehrern, Schulräumen und Studienplätzen.

Wann endlich kommt unser Bundesrat seinem Auftrag zur Wahrung der Neutralität nach und anerkennt die Realität der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik? Mit allen faschistischen Ländern – Spanien, Portugal, Griechenland – unterhält er diplomatische Beziehungen, aber noch nicht mit der souveränen, friedliebenden DDR, welche seit zweiundzwanzig Jahren existiert ...

A. Richard

(Aus: *Neue Wege – Beiträge zu Sozialismus und Religion*, Zürich, Heft 4/1971)

Eurozentrismus

Moderne, Religion und Demokratie

Wer kennt diese Weltkarte nicht: Europa plaziert sich in der allerschönsten Mitte und wirkt irgendwie bedeutender als die peripher gelegenen Kontinente Afrika, Asien und Amerika. Die sind eigentlich riesig, aber der Blick auf die Weltkarte belehrt uns: Europa ist das Zentrum dieser Welt. Von den meisten Europäern wurde diese Weltsicht verinnerlicht, wobei man im Westen Europas das russische Osteuropa gern auch einmal für asiatisch hält. Jedenfalls gehört es, wie heute wieder mit Nachdruck phrasiert wird, „nicht wirklich“ zu Europa. Mit diesem Eurozentrismus setzt sich der ägyptisch-französische Autor Samir Amin in einer Aufklärungsschrift auseinander, die bereits 2008 in Lyon erschien und zum Teil Texte aus dem Jahre 1988 enthält. Jetzt endlich ist dieses bedeutsame Werk auch auf Deutsch erschienen. Dem Verlag und seinem Verleger ist dafür sehr zu danken, denn was Amin in diesem relativ schmalen Band zur Sprache bringt, das zielt mitten hinein in die heute geführte politische Europa-Diskussion und deckt die Verlogenheit und die mangelnde Bildung der meisten Europa-Protagonisten auf.

Der im August letzten Jahres verstorbene Ökonom und Politikwissenschaftler Amin ist auch in der internationalen Politik kein Unbekannter. Er war Regierungsberater in Ägypten und Mali, zehn Jahre lang Direktor des Afrika-Instituts für Ökonomische Entwicklung und Planung in Dakar und bis zuletzt Leiter des Dritte-Welt-Forums. Als Professor in Poitiers, Dakar und Paris veröffentlichte er zahlreiche Schriften zur Situation und Entwicklung der „Dritten Welt“. Einige der arabisch bzw. französisch verfaßten Texte liegen in deutscher Übersetzung vor. Jetzt also „Eurozentrismus“. Und es ist bemerkenswert: Auch nach der Niederlage des europäischen Sozialismus beharrt Amin darauf, Marxist geblieben zu sein – im Unterschied zu vielen Linken, die sich im Kapitalismus eingerichtet hätten. Ohne Marx lasse sich die Welt gar nicht verstehen, und es würde uns jene ökonomische Analytik fehlen, die uns in die Lage versetzt, die gesellschaftlichen Gesetze des Ökonomischen und die ökonomischen Maßgaben des Gesellschaftlichen durchschauen zu können. Und auch dieses ist für Amin klar: Wenn unsere Welt nicht irreversibel zerstört werden will, dann gibt es für sie nur *eine* „Lösung“: in der „Perspektive einer sozialistischen Alternative“ (S. 241). Entweder es kommt zu einer „globalen sozialistischen Transformation“ (S. 171), oder wir geraten weltweit in apokalyptische Realitäten, in die „schlimmste Barbarei“ (S. 162). Sozialismus oder Barbarei. Das klingt nicht nur radikal, es ist auch ganz radikal gemeint. Dabei ist Amin alles andere als ein rigoristischer Dogmatiker. Er ist eher ein historisch argumentierender und dialektisch reflektierender Pragmatiker; aber

ein Pragmatiker, der an die Wurzeln geht. Und hier sieht er einen Kapitalismus (einen, wie er durchgängig betont, „real existierenden Kapitalismus“), der bereits in seiner geschichtlichen Genese den Keim zur Zerstörung in sich trägt. Von Anfang an lebt er nicht nur von der Ausbeutung der Arbeit, sondern auch von einer zunehmend globaler und aggressiver werdenden Polarisierung. Der Kapitalismus lebt von der wesenseigenen Polarisierung von Zentrum und Peripherie.

Der „real existierende Kapitalismus“ und seine „weltweite Expansion hat die Vereinheitlichung der Welt nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Sie hat vielmehr eine neue Polarisierung geschaffen, die an der Peripherie die vorkapitalistischen Gesellschaftsformen den Bedürfnissen der Kapitalproduktion in den zentralen Formationen unterwirft. Indem der Kapitalismus diese Polarisierung in jeder weiteren Etappe seiner globalen Expansion reproduziert und vertieft, hat er eine andere Revolution auf die Tagesordnung gesetzt als die proletarische Weltrevolution: die der Völker der Peripherie, die Opfer dieser Polarisierung sind. Wir stoßen hier wieder auf einen Aspekt der ungleichen Entwicklung, weil die Notwendigkeit einer Infragestellung des Kapitalismus ... viel stärker in den Peripherien als in den entwickelten Zentren zum Ausdruck kommt. Das muß man zur Kenntnis nehmen und daraus Schlüsse ziehen.“

Gewisse Analogien zu Lenins Imperialismus-Analyse lassen sich bei Amin durchaus erkennen, auch wenn Lenin andere Schlußfolgerungen gezogen hat. Aber die Oktoberrevolution fand ja durchaus nicht im Zentrum des Kapitalismus statt, sondern an seiner Peripherie. Und Lenin war auch nicht der Meinung, Rußland müsse zuerst die Entwicklung zu einem entwickelten Kapitalismus durchlaufen, bevor es sich von diesem revolutionär befreien könne. 1917 konnte von einem entwickelten Kapitalismus in Rußland gar nicht die Rede sein.

Für Amin ist das überhaupt der springende Punkt: die Vorstellung einer geschichtlichen Entwicklung, die notwendig die Stadien Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus durchlaufen müsse, um schließlich im Kommunismus anzukommen. Erst wenn eine Gesellschaftsformation „überreif“ geworden ist, entspringt ihr eine andere. Diese Vorstellung, so Amin, spiegelt die Geschichte nicht adäquat wider. Sie kann sogar kontraproduktiv werden, wenn man sich auf einen solchen Algorithmus politisch verläßt. Geschichtliche Verläufe formieren sich auch anders, nämlich im Spannungsfeld von Zentrum und Peripherie. Das Römische Reich wurde von peripheren Barbaren entmacht, und in eben dieser Peripherie entwickelte sich schließlich ein kapitalistisches

Zentrum, das nun seinerseits neue Peripherien schuf und schafft (aktuell: Europa der zwei Geschwindigkeiten). Und das nicht zufällig, sondern mit einer dem Kapitalismus innewohnenden Notwendigkeit. Expansion und Globalisierung gehören zu seiner Charakteristik: „die Unterentwicklung der einen ist Resultat der Entwicklung der anderen“, ein Satz, der „nicht umkehrbar ist“ (S. 234).

Amin bestreitet keineswegs die Tatsache, „daß jede Entwicklung in letzter Instanz bestimmt ist durch die ökonomische Basis“ (S. 212), aber er will die Perspektive weiten und auf Zusammenhänge hinweisen, die sich zu dieser „letzten Instanz“ komplementär verhalten und einen Ansatz für politische Schlußfolgerungen erlauben. Und die sind für die „Dritte Welt“ überlebensnotwendig.

Folgt man Amin, dann müßte man sagen, daß allein schon der Begriff „Dritte Welt“ in die Irre führt, denn die „Erste“ und die „Dritte Welt“ gehören zu *einem* System, und eine „dritte“ Welt gibt es nur, weil es eine „erste“ Welt gibt. Zentrum und Peripherie sind eine *Einheit*. Genau diese Erkenntnis steht im Fokus von Amins Analytik, die in die Lage versetzt, zu verstehen, daß das Zentrum seine Peripherie auch genauso sieht – wiewohl das offiziell zu einem Staatsgeheimnis, zu einem Systemgeheimnis erklärt werden muß. Amins entscheidende Schlußfolgerung lautet denn auch: Die „Dritte Welt“ wird sich von der Ersten nur befreien können, wenn sie sich von dieser „abkoppelt“ und einen radikalen „Bruch“ vollzieht, statt auf eine „Angleichung durch Nachahmung und Aufholen“ zu setzen (S. 160). Das Zentrum wird niemals zulassen, daß es „aufgeholt“ wird.

Und tatsächlich, was wir in der Geostrategie des Westens (des Zentrums) erleben, ist genau dieses: Wo immer sich die Peripherie abzukoppeln versucht, wird das mit Sanktionen, Staatsstreichen und Bombardements beantwortet, bis hin zur völligen Zerstörung von Staaten. In den Kriegen unserer Tage geht es um Erdöl *und* um Abkoppelung. Für den Westen ist das alles ganz selbstverständlich, denn er hat sich mit einer Herrschaftsideologie umgeben, die geradezu metaphysisch davon ausgeht, daß das Zentrum *natürlich* das Zentrum ist, dem sich alle anderen unterzuordnen haben. Deshalb pflegt er einen Eurozentrismus, der unhinterfragbar sein will.

Amin freilich hinterfragt ihn ganz radikal und kommt dabei zu höchst unkonventionellen Thesen. Europa schmücke sich mit den alten Griechen, doch in Wahrheit wurde Griechenland vom Abendland „annektiert“. Und das geht so: „Man kappt ... die Verbindung Griechenlands zum alten Orient (Ägypten, Mesopotamien, Syrien, Persien), man setzt es dem Orient sogar entgegen (das europäische Athen, die Demokratie

– auch wenn sie sich Sklaven hielt –, im Gegensatz zu den asiatischen Persern, die natürlich Barbaren waren ...) so wie man später das Christentum mit dem Islam konfrontiert (und dabei vergißt, daß es aus dem Orient kommt), das griechische Kind mit dem osmanischen Despoten etc. Das ist eine Legende, die aus dem 19. Jahrhundert stammt.“ (S. 213)

Das ist nicht die einzige Legende, die Amin zerstört. Auch der Mythos von den christlich-jüdischen Wurzeln der abendländischen Kultur wird von ihm entmythologisiert, und den „Einschnitt zwischen Antike und Mittelalter“ findet er bereits in der Zeit Alexander des Großen (S. 123). „Eurozentrismus“ ist ein überaus anregendes Buch, mit vielen Analysen und

facettenreichen Informationen auch zu Geschichte und Gegenwart des Islam. Seine Lektüre kann nur nachdrücklich empfohlen werden.

Dieter Kraft

Samir Amin: Eurozentrismus. Moderne, Religion und Demokratie. Mangroven-Verlag, Kassel 2019, ISBN 9783946946083, 242 S., 25 €

BUCHTIPS

► **Rolf Gloël u. a.:** **Gegen rechts argumentieren lernen** Aktualisierte Neuausgabe

Rassistische und nationalistische Vorstellungen und Taten müssen als das genommen werden, was sie sind: Äußerungen eines politischen Standpunktes, der sich nicht durch Ächtung (siehe den Umgang der etablierten Parteien mit AfD, Pegida etc.) oder Verbote (Parteienverbote, Strafverfolgung nach Übergriffen auf Flüchtlinge etc.) aus der Welt schaffen läßt. Es gilt, Menschen, denen völkische und ausländerfeindliche Urteile einleuchten, brauchbare und stichhaltige Argumente gegen Rassismus und Nationalismus nahezubringen. Die Autoren wollen diese kritische Auseinandersetzung fördern. Sie setzen sich dabei von der verbreiteten Methode ab, nationalistischen Positionen dadurch den Wind aus den Segeln nehmen zu wollen, daß um deren glaubwürdigere „Besetzung“ konkurriert wird. So führen etablierte Parteien, aber auch Pädagogen und Wissenschaftler angesichts der Wahlerfolge der AfD eine Diskussion, inwieweit sie es versäumt haben, die „berechtigten Sorgen der Bürger“ – als die sie die zunehmende Zustimmung zu nationalistischen und ausländerfeindlichen Parolen deuten –, „ernst zu nehmen“. Die Autoren dieser Handreichung zeigen statt dessen, wie es gelingt, die „rechten“ Standpunkte und deren „Logik“ als solche ernst zu nehmen und ihnen mit Argumenten entgegenzutreten.

„Wer gegen rechts kritisch-argumentativ Front machen will ..., dem ist mit der umfangreichen Materialsammlung und deren scharfsinnigen Schlußfolgerungen eine äußerst lesenswerte Handlungsanleitung gegeben.“ (hlz – Zeitschrift der GEW Hamburg)

VSA-Verlag, Hamburg 2017, 192 S., 16,80 €

► **Heinz-Jung-Stiftung (Hg.):** **Wer ist denn hier der Verfassungseind?** Radikalenerlaß, Berufsverbote und was von ihnen geblieben ist

Der „Radikalenerlaß“ löste in Westdeutschland und Westberlin eine verfassungswidrige Überprüfung mehrerer Millionen und die Verfolgung Zehntausender Anwärter für den öffentlichen Dienst oder dort bereits Beschäftigter aus. Er richtete sich nahezu ausnahmslos gegen engagierte Linke und führte zu zahlreichen Berufsverböten. Sie reichten von Universitätsangehörigen, Lehramtsanwärtern und Lehrern über Postboten bis hin zu

Lokomotivführern. In Publizistik und politischer Bildung wird darüber weitgehend geschwiegen. Im vorliegenden Band gehen Historiker, Politikwissenschaftler und Juristen

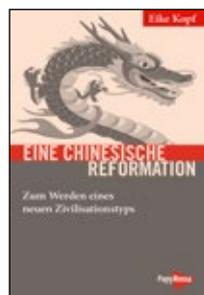


der Vorgeschichte, der politischen Funktion, der historischen Einordnung, der rechtlichen Bewertung und den Auswirkungen des Radikalenerlasses nach. Es werden ausgewählte Fälle vorgestellt, die Solidaritätsbewegungen mit den Betroffenen im In- und Ausland geschildert, und es wird die stockende Aufarbeitung nachgezeichnet. Anhand neuerer Fälle wird die fortbestehende Aktualität dieses unbewältigten Skandals nachgewiesen.

PapyRossa-Verlag, Köln 2019, 230 S., 18 €

► **Eike Kopf: Eine chinesische Reformation** Zum Werden eines neuen Zivilisationstyps

Ein kurzer Rückblick auf die Einleitung der welthistorischen Rolle des städtischen Bürgertums in der Schweiz, den Niederlanden, England, den USA, Frankreich, Deutschland und Skandinavien seit Beginn der Reformation von 1517, auf die Schlußfolgerungen von Fried-



rich Engels und Karl Marx seit 1847 hinsichtlich einer Übergangsetappe zu einem höheren Zivilisationstyp sowie auf die Entwicklung

der Volksrepublik China läßt die im Titel der vorliegenden Studie aufgeworfene Überlegung aufkommen: Bewirkt das in China bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts konzipierte und bisher gemeisterte Anfangsstadium des Sozialismus nicht eine ähnliche weltgeschichtliche Initialzündung – auf dem Niveau des 21. Jahrhunderts?

Aus dem Inhalt: Jubiläen der Weltgeschichte seit 1517; Zur Übergangsperiode; Marx und Engels zur politischen Übergangsperiode; Lenin zur politischen Übergangsperiode; Die Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts zur Übergangsperiode; Von der Dialektik und ihrer zielgerichteten Nutzung; Chinas Anfangsstadium des Sozialismus.

PapyRossa-Verlag, Köln 2019, 152 S., 12,90 €

► **Heinz Langer: Zärtlichkeit der Völker** Die DDR und Kuba

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“ Meist wird dieser Satz Ernesto Che Guevara zugeschrieben, oft Pablo Neruda. Beide könnten ihn gebraucht haben, um die Bedeutung des Zusammenhalts der Völker im Ringen um eine wahrhaft menschliche Gesellschaft deutlich zu machen.



Dieses Buch erzählt von den Beziehungen zwischen der DDR und Kuba, von der solidarischen Verbundenheit ihrer Völker, Staaten und Politiker. Heinz Langer begleitete diese Beziehungen vom Anfang bis zu ihrem erzwungenen Ende – auch als Botschafter der DDR in Kuba. Es ist ein sehr persönlicher Bericht über die Freundschaft zwischen der DDR und Kuba, der Schwierigkeiten und Mißverständnisse nicht ausspart, doch immer von großer Sympathie zeugt.

Verlag Wiljo Heinen, Berlin und Böklund 2010, 174 S., 9,50 €

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Dezember

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 5. Dezember um 15 Uhr Wahlversammlung der Regionalgruppe.

Interessierte Leser des „RotFuchs“ sind als Gäste herzlich eingeladen.

Ort: Café Babette, Brandenburger Straße 71 (Am Brandenburger Tor), 14467 Potsdam

■ Regionalgruppe Bernau

Am 7. Dezember um 15 Uhr lädt die Regionalgruppe alle Leser des „RotFuchs“ und Interessierte zu einem **Gedankenaustausch und zur Vorbereitung von Veranstaltungen** im kommenden Jahr ein.

Ort: Stadthalle am Steintor, Hussitenstraße 1 (Seiteneingang), 16321 Bernau

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 11. Dezember um 14.30 Uhr spricht Ellen Brombacher, Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, zum Thema: **Hat die Partei Die Linke ein Glaubwürdigkeitsproblem?**

Ort: Restaurant Kaminfeuer, Bistede 1, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Frankfurt/Oder

Am 13. Dezember um 15 Uhr **Jahresabschlussveranstaltung.** Alle Freunde des „RotFuchs“ sind herzlich eingeladen.

Ort: City-Treff „Bez Granic“, Slubicer Straße 8, 15230 Frankfurt/Oder

■ „RotFuchs“-Gruppe Luckenwalde

Am 14. Dezember um 10 Uhr **Begegnung mit dem Liedermacher und Mitbegründer des Oktoberklubs Hartmut König** „Sag mir, wo du stehst“ (autobiographische Lesung und Lieder)

Ort: Begegnungsstätte für Senioren „Haus Sonnenschein“, Schützenstraße 37, 14943 Luckenwalde

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 14. Dezember um 10 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Kann Rußland mit der Qualität seiner neuen Waffen die USA und die NATO an den Verhandlungstisch zwingen?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Kongreß gegen Imperialismus

In Havanna ist am 3. November das dreitägige „Antiimperialistische Treffen für Solidarität, für Demokratie und gegen den Neoliberalismus“ zu Ende gegangen. An der Abschlußtagung im Kongreßpalast der Hauptstadt nahm neben Präsident Miguel Díaz-Canel und dem Ersten Sekretär der KP Kubas, Raúl Castro, auch Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro teil. Mehr als 1300 Teilnehmer aus 85 Ländern feierten die Politiker und andere Repräsentanten von progressiven Regierungen, regionalen Bündnissen und sozialen Bewegungen mit stehenden Ovationen. Maduro erinnerte in seiner 45minütigen Rede an die historische Rolle Kubas, das als erstes freies Land der Region die anderen Völker Amerikas motiviert habe, vereint gegen den Imperialismus zu kämpfen. Gegenwärtig zeigten die Rebellion des chilenischen Volkes, der Widerstand Kubas gegen die Blockade, die Abwehr von Putschversuchen in Venezuela,

Nikaragua und Bolivien sowie die Erfolge der Linken in Argentinien und Mexiko, daß dieser Beitrag Kubas hochaktuell sei. Díaz-Canel betonte, daß es auf globaler Ebene Rückschritte in so wichtigen Bereichen wie Frieden, Selbstbestimmung und Souveränität der Nationen, Umwelt, Kampf gegen den Klimawandel, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit gegeben habe. In Lateinamerika und der Karibik bestehe erstmals seit langer Zeit sogar wieder die Gefahr kriegerischer Konflikte. Im Gegensatz zur aggressiven Politik Washingtons engagiere sich Kuba weltweit für Humanität, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit. Bisher hätten zum Beispiel mehr als 400 000 Experten des kubanischen Gesundheitswesens Hilfeinsätze in 164 Ländern geleistet. „In dieser Minute unterstützen mehr als 23 000 unserer Ärzte und Spezialisten die einfache Bevölkerung in 65 Staaten“, so Kubas Präsident. „Eine andere Welt ist

möglich und dringend nötig. Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen!“

Die Teilnehmer verabschiedeten einen 61 Punkte umfassenden Aktionsplan. 2020 solle zum Jahr einer „Offensive der Völker für Demokratie und gegen Neoliberalismus“ werden, heißt es darin. So soll es Ende Mai eine weltweite Aktionswoche unter dem Motto „Nein zum Imperialismus, ja zum Leben!“ geben. Schon der 16. November wurde zum „Internationalen Tag des Protestes gegen die US-Blockade“ ausgerufen. Dann sollen vor allen diplomatischen Vertretungen Washingtons weltweit Aktionen gegen die US-Politik durchgeführt werden. Die europäischen Kuba-Solidaritätsgruppen haben verabredet, vom 16. bis 19. Juli 2020 in Rußland zusammenzukommen, um ihre Arbeit zu koordinieren.

Volker Hermsdorf, Havanna
(Aus „junge Welt“, 5. 11. 2019)

Das Buch zum Jubiläum der Schweizer Friedensbewegung

Ein reich illustriertes Paperback „Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde. 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung“ zeichnet die bewegte Geschichte von den „Friedenspartisanen“ bis zur heutigen SFB nach, von ihren Wurzeln bis zur Gegenwart. Zurückgegriffen wird dabei auf SFB-eigene Dokumente und Publikationen, auf die Äußerungen ihrer Repräsentanten, auf ihre Aktivitäten – ebenso wie auf Quellen ihrer Kontrahenten, speziell bei der politischen Polizei. Denn die Geschichte der Schweizerischen Friedensbewegung ist von Anfang an auch eine Geschichte des kalten Krieges, des Überwachungsstaates und der Repression – und entsprechend natürlich auch des Widerstandes, der Solidarität. Vor allem aber ist sie eine Geschichte engagierter, wunderbarer, dem eigenen Leben, dem Leben ihrer Mitmenschen und der Welt zugewandter



Persönlichkeiten. Zwei besondere Anhänge runden das Buch ab und führen wieder zurück zu den Wurzeln: ein längst in Vergessenheit geratener Essay von Anna Seghers über den Vorabend des Pariser Friedenskongresses von 1949 und ein Auszug aus dem Picasso-Buch „Für den Tag gedruckt“ von Katja Herlach über die Arbeit des großen spanischen Künstlers für die französische und die Weltfriedensbewegung.

Martin Schwander: Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde. 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung 1949–2019.
Verlag SFB, Basel 2019. Paperback, 464 Seiten, illustriert. 28 Franken plus Porto. Bestellungen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel. Telefon: 061 261 02 89, Mail: buecher-waser@bluwin.ch



Zu einem Beitrag des „neuen deutschland“ vom 21. August, der sich unter der Überschrift „Festival im Gedenken ...“ mit dem 30. Jahrestag der „Wiedervereinigung“ befaßte, erlaube ich mir, folgendes zu ergänzen:

Wäre es nicht historisch wahrheitsgemäßer, neben den sieben Originalschauplätzen des 30. Jahrestages der „Wiedervereinigung“ einen achten einzurichten? Vielleicht auf dem Gelände Werk für Fernsehlektronik oder anderswo? Hier könnten sich Treuhandgeschädigte vieler Industriebereiche wie Betriebsleiter, Wissenschaftler, Konstrukteure, Techniker, Brigaderevertreter einfinden, die buchstäblich über Nacht ihre Arbeit verloren.

Auch das gehört zu diesen Zeiten und brachte Hunderttausenden nicht nur finanzielle Einbußen. Nein, auch Schmerz und Demütigung.

Atti Griebel, Berlin

Leserbrief in der „Märkischen Oder-Zeitung“, 12./13. 10. 2019

Natürlich hat der nicht nur von Christen geachtete EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm recht, wenn er die bisher fehlende „Aufarbeitung“ rügt. Die seit 30 Jahren geübte permanente „Aufarbeitung“ war und ist eigentlich nur eine Abrechnung mit der DDR und ihren Menschen. Man verzeiht es ihnen nicht, über vierzig Jahre ein Drittel Deutschlands den historisch mehr als schuld-beladenen Machteliten entrissen zu haben. Der Haß auf alles, was nur nach Sozialismus klingt, wird deshalb kaum jemals enden. Der objektive und weise Kirchenmann nennt positive Beispiele aus Ostdeutschland wie die Kinderbetreuung und die Beschäftigung von Frauen. Beides sei nicht in die gemeinsame Zukunft eingebracht worden. Zu nennen wären aber unter anderem auch der konsequente Antifaschismus, der hohe Grad sozialer Gerechtigkeit, die vergleichsweise geringe Kriminalität, das hohe Kultur- und Bildungsniveau im Land sowie nicht zuletzt die Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit der Menschen in der DDR untereinander. Im Leitartikel über das geteilte Deutschland spricht der Autor richtig von einem *Einheitsmärchen*.

Volker Link, Frankfurt (Oder)

Im 30. Jahr des „Mauerfalls“ sollte sich in unserem Denken und Handeln die 1989 auf vielen Kundgebungen vorgetragene Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen!“ endlich verwirklichen. Bei all den vorhandenen Konflikten

ertönt seitens verantwortlicher Politiker unseres Landes und leider auch von Journalisten als erstes der Ruf nach militärischem Eingreifen. Sollten wir Deutschen nicht vorangehen in dem Bestreben, zuallererst jedwede Auseinandersetzungen in der Welt mit friedlichen Mitteln zu lösen?

Bezeichnend, daß sich nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Syrien die „Verteidigungsministerin zu Wort meldet und einen weiteren Auslandseinsatz der Bundeswehr erwägt. Der Außenminister bleibt gleich außen vor. Die Diplomatie wird anscheinend seitens der Bundesregierung nicht als erste Wahl bei Konfliktlösungen gesehen.

Leider wird auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sowie im bundesdeutschen Blätterwald gleich noch in „großdeutscher“ Manier unter dem Motto der Verantwortung für die Welt nachgelegt – runter von der Tribüne des Betrachtens sowie der Zurückhaltung und rein ins kriegerische Getümmel.

Die Bundesrepublik sollte vorangehen in einen Entspannungsprozeß mit Überlegungen wie: staatliche Neutralität und Austritt aus der NATO sowie sofortige Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Dies müßte auch seinen Niederschlag in einer neuen Verfassung finden. Der Bundesadler müßte durch die Friedenstaube ersetzt werden und die Nationalhymne durch die „Kinderhymne“ von Brecht. Das unselige Balkenkreuz auf Bundeswehr-Flugzeugen, -Panzern usw. sollte sofort verschwinden. Alles Forderungen, die im „Einigungsprozeß“ nicht nur an den Runden Tischen gestellt worden sind. Schon vergessen?

Raimon Brete, Chemnitz

Zum Frühstückskaffee hören wir Radio-Sachsen-Nachrichten, um zu wissen, was es Aktuelles gibt. Am „Tag der Einheit“ am 3. Oktober und schon Wochen vorher pausenloser Einheitsjubiläum, Freiheitsglocken ertönten, Erinnerungsklänge auf allen Kanälen, Genscher, Mauer, „Stasi“, prügelnde DDR-Staatsmacht, Sturm gen Westen, „Maueropfer“ und alles, was die DDR gewesen sein soll und sein muß ... Dann ist das morgendliche Wort der Kirche, des Pfarrers, zu hören und erinnert an die gewonnene Freiheit. Freiheit, Freiheit und nochmals Freiheit, aber konkreter wird es kaum. Konkret nur eines: Millionen DDR-Bürger erlangten ihre Freiheit, Grenzen und Mauern öffneten sich, und sie durften ihrem jahrzehntelangen Gefangen- und Eingeschlossen-Sein endlich entfliehen. Wohin? In die Freiheit! In die Demokratie! In die glanzvolle bunte Warenwelt unbegrenzten Konsums, frei von jedem Mangel und unerfüllten Wünschen. Der Schritt ins Paradies, oder war es anders zu verstehen? Einer grausamen Hölle der Unterdrückung endlich entkommen, so die Lesart seit 30 Jahren.

Dann hören wir den göttlichen Vertreter von Dankbarkeit reden. Wie dankbar sollten wir doch dafür sein, was letztlich auch Gottes Werk gewesen sei. Kurz kam mir in Erinnerung, was dem DDR-Funk und Fernsehen stets nachgesagt wurde: marxistisch-leninistische Indoktrination. Das Wort Gottes, politisch klar definiert, das ist anscheinend ganz unideologisch. 30 Jahre Freiheit, meinte der

Gottesmann, seien auch eine Bilanz. Jetzt wird es spannend, dachte ich. Was wird es zu bilanzieren geben? Zunächst: dankbar hätten wir zu sein – für die buntere Welt, den Glanz, die Fassaden und alles Schöne, was die DDR-„Hölle“ nie hatte.

Kritische Töne nur sehr verhalten. 30 Jahre sind auch millionenfach andere Erfahrungen als nur Freiheit und Demokratie, wozu es immer noch Geld, viel Geld, Arbeit, Lohn oder Rente braucht, die ausreicht fürs Leben. Gesundheit, Pflege, Wohnen, Bildung, Kultur, Sport, soziale Fürsorge, Kinderbetreuung, Fahrpreise, Teilhabe an den reichen Angeboten der Märkte, davon kein Wort. Kein Wort von Armut, Armentafeln, Flaschensammlern, Angst und Sorge um die eigene Existenz, kein Wort von Rüstung und Krieg, von Feindbildern, die es nie mehr geben sollte. Dafür Wehklagen über „Maueropfer“, aber kein Wort über Grenzen und Mauern, an denen heute Tausende zu Tode kommen, die auch nur Freiheit wollen. Kein Wort zu täglich im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlingen, die eine ganz andere Not treibt, als sie je einen einzigen DDR-Bürger getrieben hat.

So göttlich, ehrlich und friedlich-freihetlich wird uns der „Tag der Einheit“ erklärt.

Roland Winkler, Aue

Seit 30 Jahren wird mir immer wieder gebetsmühlenartig eingetrichtert, daß ich bedauernswerterweise in einem Unrechtsstaat geboren wurde und dazu verdammt war, dort 40 Jahre lang zu leben und zu leiden. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig deutete nun zaghaft an, daß der Begriff Unrechtsstaat vielleicht doch nicht so ganz treffend sei. Aber gleich darauf folgt von CDU-Mann Rehberg ein christliches Donnerwetter. Er weiß es eben besser.

Ist die gesellschaftliche Entwicklung der DDR für viele Politiker immer noch so gefährlich, daß man selbst nach 30 Jahren nicht auf ihre Verunglimpfung verzichten kann?

Was ist denn nun ein Unrechtsstaat? Nach dieser Definition habe ich jede Menge Literatur durchforscht. Auf Sachebene bin ich nicht fündig geworden. Diese Begrifflichkeit ist sowohl im Staats- als auch im Völkerrecht nicht definiert.

Der Begriff ist ausschließlich als politischer Kampfbegriff gebräuchlich. Hier wird er sehr oft benutzt, um den politischen Gegner zu verunglimpfen und zwar immer dann, wenn der politischen Argumentation die Sachebene abhanden gekommen ist. „Unrechtsstaat“ ist also nur ein Vehikel für unfaire, sachstandslose politische Argumentation und offenbart lediglich die Ohnmacht der Agitatoren.

Karl Marx schrieb in der „Kritik des Gothaer Programms“: „Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab“ auf ungleiche Individuen bestehen. Aber ist das auch in der heutigen BRD so? Hat das Recht wirklich für die unterschiedlichsten Individuen die gleichen Konsequenzen? Würden wir bei Betrugereien wirklich so sanft behandelt wie beispielsweise die Großkonzerne der Autoindustrie?

Oder ein anderes Beispiel, das mich heute noch sehr berührt: ein Brief vom damaligen Bundesfinanzminister Theo Weigel an die Treuhänder. Sinngemäß sicherte er Haftungsausschluß bei grober Fahrlässigkeit zu. (Der vollständige

Wortlaut findet sich in dem Buch von Otto Köhler: „Die große Enteignung. Wie die Treuhänder eine Volkswirtschaft liquidierte.“ Ich kann doch aber nur Haftungsausschluß gewähren, wenn ich von vornherein strafbares Handeln erwarte. Soll denn das nun eine zu befürwortende Rechtsstaatlichkeit auf Ministerialebene sein? Oder ist es vielleicht die zunehmende Kluft zwischen Armen und Reichen? **Jürgen Barz, Wismar**

Die bundesdeutschen Medien sind nach wie vor dabei, intensiv die DDR und ihre Bürger, das Leben in der DDR und die sozialistische Wirtschaft als negative geschichtliche Epoche darzustellen. Dabei stehen, selbst nach 30 Jahren des vollzogenen Anschlusses der DDR an die BRD, an vorderster Stelle die Sicherheitsorgane. Dienststellen wurden zunächst ausgeraubt und dann dem Vandalismus überlassen, deren Tätigkeit als ungesetzlich, sogar als verbrecherisch bezeichnet.

Ich war 30 Jahre Angehöriger der Volkspolizei, davon 33 Jahre bei der Kriminalpolizei. Dabei habe ich direkt auch mit der Tätigkeit und den Auswirkungen der westlichen Geheimdienste und deren Methoden zu tun bekommen. Insbesondere wird gegen das MfS und seine Tätigkeit, seine Mitarbeiter vorgegangen, ihren größten und wirksamsten Gegner. Dazu wird ihm u. a. vorgehalten, sehr viele informelle Mitarbeiter (IM) genutzt zu haben. Dazu ist zu sagen: Kein Geheimdienst kann ohne Informanten arbeiten, auch der BND nicht. In welchem Umfang dieser deutsche Geheimdienst heute agiert, läßt sich an der neuen gigantischen Dienststelle in Berlin ablesen. Mit welchen Mitteln und Methoden hier gearbeitet wird, kann sich der „Normalbürger“ z. T. gar nicht vorstellen.

Und noch etwas: Für mich wurde der Anspruch auf Nachzahlung des Rentenanteils Bekleidungs- und Verpflegungsgeld bestätigt. Aber in Sachsen-Anhalt gibt es einen Innenminister, der die Zahlung „aussetzt“, was darauf schließen läßt, daß er mit dem baldigen Ableben eines 90jährigen rechnet.

Gerhard Bochnig, Giersleben/Anhalt

Die Artikel im „RotFuchs“ finden ja im allgemeinen meine Zustimmung (vor allem die, die sich mit der gegenwärtigen Weltlage befassen), aber besonders in der dem 70. Jahrestag der Gründung der DDR gewidmeten Ausgabe erscheint mir der Rückblick allzu stark im milden Weichzeichner der Verklärung. Natürlich gab es großartige Errungenschaften. Aber warum nahm dann die DDR ein so jämmerliches Ende? Leider ist es doch so, daß man (bei kritischer Analyse) den positiven Seiten meist auch negative Anmerkungen hinzufügen muß – und die zeitigten in der Summe eine fatale Konsequenz. Ja, es ist bitter, und es tut weh, aber wer über die folgende Bemerkung nicht reflektiert, wird einem wahrhaftigen Gedanken an die DDR nicht gerecht. Stefan Heym (im Oktober 1989): „Noch nie in der Geschichte ist ein Staat auf so lächerliche Weise in die Krise geraten wie die DDR. Kein Reformator verkündete neue Thesen, nein, die aktuelle Notlage ist entstanden durch Absentierung der Bevölkerung; statt Barrikaden Massenauszug; statt Streiks und Demonstrationen Botschaftsbesetzung; statt Zusammenstößen mit der Polizei Ungarnreisen.“

Thomas Kacza, Berlin

Wir trauern um einen guten Freund, einen aktiven Streiter für die gerechteste Sache der Menschheit, für den Frieden und eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes und aller friedliebenden Menschen.

Als Arbeiterkind geboren, lernte er sehr früh die Ausbeutung und Unterdrückung seiner Klasse, die grauenhafte Zeit des deutschen Faschismus, dessen Verbrechen und das hinterlassene Leid und Elend für Millionen Menschen in Europa und in der Welt kennen.

Er wurde zu einem glühenden Verfechter der Interessen und der Rechte der Jugend. Bis ins hohe Alter blieb er stets den Zielen seiner Klasse und aller friedliebenden Menschen treu. Die Freundschaft zu den Völkern der Sowjetunion – und in den letzten Jahrzehnten zu den russischen Menschen – war für ihn eine Herzenssache. Er scheute sich zu keiner Zeit, seine ganze Kraft für die Sache des Friedens, des gesellschaftlichen Fortschritts und einer glücklichen Zukunft aller Völker einzusetzen. Helmut Müller, langjähriger Funktionär der FDJ, war aufrichtiger Freund und Förderer der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“. Als Parteifunktionär und Mitglied der Volkskammer der DDR war er für viele junge Menschen unseres Landes nicht nur Freund, Interessenvertreter und Helfer, sondern auch Vorbild.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Dieter Luhn, Berlin

(Für den Arbeitskreis Geschichte der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“)

Nach langem, sehnsüchtigem Warten erreichten mich vor kurzem die zwei neuesten Ausgaben des „RotFuchs“. Was für eine Freude für mich hier „unten“ in meiner Einsamkeit! Die zwei Hefte erfüllten und verkürzten mir ein langes Wochenende.

In letzter Zeit gab es viele die Postbeförderung behindernde Streiks. Eigentlich sollte sich eine Kommunistin darüber freuen. Aber wenn sie bewirken, daß ich weder die „junge Welt“ noch den RF bekomme, gehört mehr linkes Bewußtsein dazu, als ich manchmal aufbringen kann. Der „RotFuchs“ wurde mir zum ersten Mal von Peter Hacks dringend empfohlen. Ihm verdanke ich auch meine Liebe zu sozialistischen Deutschland, die für eine westdeutsche Fabrikantentochter ja nicht selbstverständlich ist. Als ich in Lyon vor einer erstaunten Jury über ostdeutsche Literatur promoviert habe, hörte ich, daß sie nicht gewußt hätten, daß in der DDR – wohl unter strengster Zensur – eine reichhaltige Literatur entstehen konnte. Stolz erzählte ich ihnen von Hacks' anspruchsvollen Dramen. Als sie das nicht glauben wollten und weiter in hämischen Ton fortfuhren, geriet ich außer mir, so daß aus meiner Promotion beinahe nichts geworden wäre. Aber es legte sich eine dunkle Afrikanerhand auf meinen Arm, um mich zu beruhigen und so meinen akademischen Titel zu retten.

Bei westdeutschen Klassentreffen mokieren sich die ehemaligen Kameraden über meine seltsame Einstellung, und die Unterrichtsletztent meinten, mein Klassenverrat habe aber nicht geholfen, auch wenn ich regelmäßig den „RotFuchs“ und die „junge Welt“ läse, wie ich ihnen gestand – nächstes Mal werden wir es besser machen, pflegte ich zu erwidern. „Wir wohl nicht mehr“, war ihre Reaktion. Dann unsere

Kinder, erwiderte ich darauf, es bliebe ihnen ja auch keine andere Wahl, wenn sie auch wie wir noch Kinder aufziehen wollten.

Heidi Urbahn de Jauregui, Montpellier

Zu Detlef Kannapin: Keine Allianz / Eine neue Studie zum Nichtangriffsvertrag von 1939 verfehlt ihr Thema. RF 261, S. 18

Wer eine Mitschuld resp. Mitverantwortung der Sowjetunion am Ausbruch des 2. Weltkrieges erkennen will – der 1939 abgeschlossene Nichtangriffsvertrag der UdSSR mit Hitlerdeutschland bietet den willkommenen Anlaß dazu –, muß mindestens sagen, was sie denn anders, also wohl „richtig“ hätte machen sollen. Doch gerade das geschieht nicht. Nur Möglichkeiten der Sowjetunion allein standen ihr zur Wahl. Und warum? Weil weder Frankreich noch England, noch die USA – und auch Polen – ein Militärbündnis, also ein gemeinsames Vorgehen gegen Hitlerdeutschland mit der UdSSR vereinbaren wollten. Diese Mächte waren von einer anderen Sucht befallen: dem Antikommunismus, hier in Gestalt des Antisowjetismus.

Seitens der Sowjetunion gab es daher nur die drei eigenen Möglichkeiten: 1. Deutschland allein den Krieg zu erklären, 2. nichts zu machen oder 3. das zu machen, was sie gemacht hat. Punkt 1 hätte den 2. Weltkrieg nicht verhindert, im Gegenteil: er wäre – gleich über den gegen Polen hinaus – als Krieg gegen die Sowjetunion fortgesetzt worden, und damit zwei Jahre vor seiner eigentlichen Eröffnung im Juni 1941. Denn erst mit dem Einfall in die Sowjetunion begann ja dieser Krieg als wirklich großer Krieg, als Weltkrieg. Alles, was davor war, war er noch nicht; Frankreich und England setzten dem Einfall Deutschlands in Frankreich im Mai 1940 (!) nichts Handfestes entgegen; Frankreich ergab sich – im Grunde kampfflos.

Punkt 2 dagegen – die Sowjetunion „macht nichts“ – hätte den Vormarsch der deutschen Armeen an die sowjetische Grenze, Hunderte Kilometer weiter östlich, bedeutet. Daß es zur Besetzung – oder gar zum Anschluß – auch der baltischen Länder an Deutschland geführt hätte, ist wahrscheinlich.

Nur Punkt 3 allein, der Nichtangriffsvertrag, ist es, welcher der Sowjetunion real die Atempause von zwei Jahren verschafft hat. Ich halte ihn für den wichtigsten Punkt dieses Vertrages. Die Sowjetunion gewann zwei Jahre, sich auf den unvermeidlichen Krieg vorzubereiten – der Beginn dieses Krieges zeigt dann, wie notwendig diese beiden Jahre waren. Erst dicht vor Moskau bzw. in Stalingrad gelang ihnen die Wende im 2. Weltkrieg.

Und was die Westmächte betrifft, die zwar Deutschland im September 1939 den Krieg erklärt hatten, aber ihn nicht aktiv führten, so hatten sie zwei Jahre Zeit, über ein neues Verhältnis zur Sowjetunion nachzudenken und sich auf eine militärische Unterstützung der UdSSR vorzubereiten. Über die Kehrtwende im Westen sollte man mal intensiver nachdenken; sie lohnt als Ausgangspunkt eines neuen Verhältnisses zu diesem Land nicht nur für 1941 (den 2. Weltkrieg), sondern für immer.

Hermann Jacobs, Berlin

Am 10. September fand in der Landesvertretung von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ein Symposium statt, das sich

mit der weiteren Ausgestaltung des deutsch-russischen Verhältnisses befaßt. Grundtenor sollte die weitere Verbesserung der Beziehungen und das Gestalten von vertrauensfördernden Maßnahmen sein.

Neben dem Botschafter der Russischen Föderation, Sergej J. Netschajew, waren weitere bekannte Personen des öffentlichen Lebens wie Gernot Erler (Staatsminister a. D.), Horst Teltschik (Kanzleramtsminister a. D.), Markus Meckel (letzter Außenminister der DDR), Ulrich Brandenburg (Botschafter a. D.), Ernst-Jörg von Studnitz (Botschafter a. D.) und Generaloberst a. D. Anton W. Terentjew (letzter kommandierender General der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland) erschienen. Sogar der Enkelsohn des langjährigen Außenministers der UdSSR, Andrej Gromyko, war als Vertreter des Europainstituts in Moskau anwesend.

In der Diskussionsrunde wurde viel über das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen gesprochen. Es wurde zwar betont, daß dieses Verhältnis einer Verbesserung bedarf, wie das jedoch in der Praxis aussehen sollte, blieb unklar. Herr Erler und Herr Teltschik blockierten sich selbst mit ihren Aussagen zur Krim und zum Ukraine-Konflikt. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß die Russische Föderation gegenüber der westlichen Welt eine „Bringe-Pflicht“ zu erfüllen habe, bevor diese willens ist, ihre Haltung zu Rußland zu ändern. Der russische General A. W. Terentjew wies unter anderem darauf hin, daß es viele Versprechen und Zusagen seitens der BRD und anderer westlicher Länder gegeben hat, die jedoch entweder nicht eingehalten bzw. nur halbherzig umgesetzt worden sind. Bezeichnend für die Haltung des Westens ist, daß der Botschafter der Russischen Föderation anlässlich des 80. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges am 1. September 1939 ein öffentliches Statement abgeben mußte, in dem er einen ehrlichen und verantwortungsbewußten Umgang mit geschichtlichen Ereignissen anmahnt. Für viele Menschen aus der DDR ist es ein Affront, erleben zu müssen, wie die deutsche Bundesregierung eine Politik gegenüber Rußland betreibt, welche die Interessen der Menschen und den völkerverbindenden Gedanken mißachtet.

Da ich an der Betreuung der Delegation der russischen Generale und Offiziere beteiligt war, konnte ich auch an der Veranstaltung teilnehmen. Diese kamen als Vertreter des Veteranenverbandes „Ehemaliger Angehöriger der Westgruppe und der anderen Militärverbände der sowjetischen Streitkräfte in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen“. Generaloberst a. D. Terentjew ist Präsident dieses Verbandes, der seit seiner Gründung nicht nur in Rußland selbst, sondern auch in der BRD sehr aktiv ist. Leider fand diese Konferenz in den hiesigen öffentlich-rechtlichen Medien nur geringe Beachtung.

Lothar Schlüter, Berlin

Heute werden Preise und Ehrungen für kulturelle Leistungen in der Regel an Kritiker „feindlicher“ Länder vergeben. Vorbei sind die Zeiten, wo Literaturnobelpreise an Michail Scholochow, Halldor Laxness oder Rabindranath Tagore vergeben wurden, wie es von Nobel festgelegt worden war: Mit dem Preis für Literatur sollte ausgezeichnet werden, „wer Werke für die vorzüglichste und idealistischste Richtung

geschaffen hat“. Heute wird oft literarischer oder künstlerischer Durchfall prämiert. Dabei hofiert die BRD politische Irrlichter und ehrt sie als „Menschenrechtler“. 2015 hatte sich der „Starkünstler“ Ai Weiwei aus China verdrückt, weil er dort mit seiner Kunst ideologisch angeeckt war und nebenbei noch Steuern hinterzogen hatte. Aber die freiheitlich-demokratische BRD wurde nicht seine neue Heimat, weil dieses Land „selbstzensuriert, fremdenfeindlich und keine offene Gesellschaft“ sei, außerdem fehle es an dem Respekt vor abweichenden Meinungen, maulte er rum. Das sind unangenehme Nebengeräusche im Chor der „Aktivisten“ beim Kampf gegen den ökonomischen und politischen Feind China.

Dr. Gerd Machalet, Siedebollent

Die Wahlen in der EU, in Sachsen und in Brandenburg schienen einige Führungskräfte der Partei Die Linke zu überraschen. Das verwundert nicht. Seit Jahren verweigern sie energisch jede Analyse. Analysen zum Zustand der Partei, zur Entwicklung in Deutschland, in Rußland, Syrien, Venezuela fehlen und führen zu Haltungen, die dem Mainstream folgen, Solidarität verweigern und den Blick für die Realität trüben.

Die Sucht, unbedingt mitregieren zu wollen, hat zur Anpassung geführt. Das eigene Profil ging immer mehr verloren. Es wurde auch nicht zur Kenntnis genommen, daß der Umgang der Partei mit der DDR-Geschichte für eine größere Anzahl ehemaliger Mitglieder ein Austrittsgrund war, wobei jeder auch eine Anzahl von Wählern mitnimmt.

Der dominierende rechtsopportunistische Flügel der Partei hat nie begriffen, daß man mit negativen Urteilen über die DDR nach den ersten fünf Jahren immer weniger ankam. Die Thüringer Genossen gingen noch einen Schritt weiter und eiferten mit bei der Verteufelung der DDR. Führungskräfte wie Sahra Wagenknecht, die dagegen angingen, wurden gemobbt, was schließlich erfolgreich war. Nun fehlen neben überzeugenden Inhalten auch Persönlichkeiten, die der Partei ein Gesicht geben.

Der Abwärtstrend der Partei wird sich wohl kaum aufhalten lassen.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Die Beilage zum „RotFuchs“ 261 anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der DDR ist sehr gelungen und dem Ereignis würdig. Mit Freude habe ich die sechs Beiträge gelesen und dabei festgestellt, daß ich alle fünf Autoren persönlich kennengelernt habe und noch mit zweien davon befreundet bin. Mir wurde an einigen Stellen warm ums Herz. Wir wissen, was wir unserem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden verdanken und haben allen Grund, uns daran auch immer wieder zu erinnern.

Ralph Dobrawa, Gotha

Eine besondere Freude habt ihr uns nicht nur mit der Beilage, sondern vor allem mit dem Titelbild und unserer ganz persönlichen Beziehung dazu gemacht. Mein Mann Ralf war in Berlin bei den Grenztruppen der DDR stationiert, ich lernte ihn bei einem Besuch in der Hauptstadt 1971 kennen. Ein Jahr später verbrachten wir unsere Hochzeitsreise in Berlin, und wir wohnten im wunderschönen Hotel „Stadt Berlin“, in der 27. Etage. Einkaufsummel? Natürlich im Centrum-Warenhaus! Es zieht uns immer wieder mal

nach Berlin. Leider ist es nicht mehr der tolle Alexanderplatz von früher. Und das gepflegte Ambiente um das Hotel herum ist verschwunden. Schade, aber auch hier tragen wir unsere Erinnerung im Herzen.

Siglinda Funke, Dresden

Für die zehnjährige Belieferung mit dem „RotFuchs“, die vielen interessanten und lesenswerten Artikel und die stets pünktliche Zustellung möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich freue mich jeden Monatsbeginn auf Ihre Zeitschrift, besonders auf die Beiträge über die DDR. Vor 50 Jahren, im September 1969, hörte ich zum ersten Mal den Rundfunk der DDR, damals den Deutschlandsender, von 1971 bis 1990 die „Stimme der DDR“. Ich verbinde damit schöne Erinnerungen, die ich nicht missen möchte und die mir niemand nehmen kann. Zu Recht kann man heute den „RotFuchs“ als eine „Stimme der DDR“ bezeichnen, die standhaft und kämpferisch geblieben ist. Ich wünsche Ihnen allen alles Gute und viel Erfolg für die Zukunft und verbleibe als

Ein Leser aus München

Wieder geht es im Eiltempo dem Jahresende entgegen, und als ständiger Leser des „RotFuchs“ möchte ich Anerkennung und Lob all denen aussprechen, die nach wie vor am Gelingen der anspruchsvollen Zeitschrift beteiligt sind. Der Oktober-Ausgabe war eine Beilage hinzugefügt, die man auf keinen Fall übersehen darf. Ich beziehe mich besonders auf den Beitrag von Dr. Friedrich Wolff „30 Jahre weiter und keine Gerechtigkeit“.

Ich war persönlich schon immer ein Gegner der Ungerechtigkeit und habe mich stets kritisch damit auseinandergesetzt, da ich festgestellt habe, daß 30 Jahre „Einheit“ viel mehr Ungerechtigkeiten hervorgebracht haben, als zu DDR-Zeiten überhaupt vorstellbar war. Den Beitrag von Friedrich Wolff teile ich voll und ganz. Deutlich werden die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft aufgezeigt, aber auch Mängel nicht verschwiegen. So habe ich dies alles mit Genugtuung gelesen, wie sicher viele andere auch.

Ich warte schon wieder auf den nächsten „RotFuchs“ und interessante Artikel zu Fragen dieser bewegten Zeit.

Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen





■ Regionalgruppe **Rostock**
Am 14. Dezember um 10 Uhr spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit ISOR Rostock der Staatsrechtler Prof. Dr. Horst Bischoff zum Thema: **Strafrenten – Markenzeichen des bundesdeutschen Rechtsstaates. Wie weiter?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ „RotFuchs“-Gruppe **Torgau**
Am 14. Dezember 10 Uhr lädt die „RotFuchs“-Gruppe alle Freunde des „RotFuchs“ zu einem **Gedankenaustausch** in Vorbereitung des „Elbe Day“ 2020 ein.

Ort: „Komm Treff“, Schloßstraße 14/16, 04860 Torgau

■ Regionalgruppe **Berlin Marzahn-Hellersdorf**
Am 17. Dezember um 18 Uhr spricht der Journalist Dennis Simon zum Thema: **Meinungsfreiheit und medial gesteuerte Meinungsbildung in der BRD**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe **Leipzig**
Am 18. Dezember um 17 Uhr öffentliche Mitgliederversammlung der „RotFuchs“-Regionalgruppe und gemeinsamer Jahresabschluß mit dem Marxistischen Forum

Ort: Liebknechtshaus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Nein zum Wettrüsten! (Sowjetisches Plakat, 1978)

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
 Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
 Tel. 0160-238 30 85
 E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
 ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
 Dr. Martin Baraki
 Konstantin Brandt
 Prof. Dr. Götz Dieckmann
 Prof. Dr. Achim Dippe
 Ralph Dobrawa
 Dr. Peter Elz
 Peter Franz
 Bernd Gutte
 Helmuth Hellge
 Eberhard Herr
 Wolfgang Herrmann (Dreesch)
 Erik Höhne
 Lutz Jahoda
 Rico Jalowietzki
 Ralf Jungmann

Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser
 Prof. Dr. Anton Latzo
 Bruno Mahlow
 Dr. Bernhard Majorow
 Prof. Dr. Herbert Meißner
 Jobst-Heinrich Müller
 Horst Neumann
 Cornelia Noack
 Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
 Prof. Dr. Rolf Sieber
 Gisela Steineckert
 Peter Steiniger
 Johann Weber
 Theodor Weißborn
 Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
 Edda Winkel
 Dr. Reiner Zilkenat

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Siegfried Lachmann,
 Heinrich Ruynat, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
 12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
 vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel

Tel. 030-654 45 94

Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
 10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
 WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Jürgen Thiele
 Prerower Platz 6, 13051 Berlin
 Tel. 030-981 56 74

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
 IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
 BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.